Inhaltsverzeichnis

I. Struktur und Organisation 2

Mitgliederpolitik 4

Beschäftigte 6

II. Allgemeine Entwicklung 6

Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und Bildung des neuen Senats 6

Erste Senatorin mit Migrationshintergrund in Berlin 9

Ausscheiden vom Integrationsbeauftragten, Günter Piening 12

Neuer Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen 13

Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt / Gentrifizierung 14

Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes 15

Die Aufarbeitung der rassistischen Morde des so genannten NSU 15

III. Politikfelder und Beratung 22

Beratung/Recht 22

Arbeitsmarkt 22

Bildungspolitik 26

Antidiskriminierungsarbeit 30

IV. Kontakte zu Dachverbänden 44

V. TBB als Ansprechpartner der Berliner Politik 46

VI. Finanzen 51

ANLAGE: Wahlprüfsteine 52

I. Struktur und Organisation

Am 12. März 2011 fand im -Saal des Rathaus Schöneberg die ordentliche Delegiertenversammlung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg statt.

Der hier gewählte Geschäftsführende Vorstand beschloss auf seiner konstituierenden Sitzung am 15. März 2012 folgende **Aufgabenverteilung**:

■ Hilmi Kaya Turan	Sprecher
■ Çiçek Bacık	Sprecherin
■ Serdar Yazar	Sprecher
■ Mehmet Koç	Kassenwart
■ Derya Sarıca	Stellvertr. Kassenwartin
■ Alişan Genç	Beisitzer
■ Esin Özuzun	Beisitzerin
■ Nalan Arkat	Beisitzerin

Ersatzmitglied:

■ Aydın Özsoy

Weitere Entwicklungen innerhalb des Vorstandes

■ Nach dem Rücktritt von Nalan Arkat übernahm Aydın Özsoy die Funktion des Beisitzers.

■ In der Geschäftsführung wurde zum Nachfolger von Kenan Kolat, Serdar Yazar ernannt, der vor seiner Bewerbung aus dem Vorstand zurückgetreten ist. Alişan Genç wurde innerhalb des Vorstandes zum einem der Sprecher gewählt.

■ In der Vorstandssitzung am 29.05.2012 entschieden sich die Vorstandsmitglieder allesamt zurückzutreten und eine außerordentliche Delegiertenversammlung (DV) einzuberufen. Bis zur DV setzte der Vorstand seine Arbeit kommissarisch fort. Hintergrund für diese Entscheidung ist eine vorgenommene Satzungsänderung, die zu eine Veränderung der Aufbauorganisation zu Folge hatte:

Durch die Satzungsänderung wurden die Entscheidungsgremien bestehend aus Geschäftsführenden Vorstand (GV) und Vorstand (V) auf Vorstand (V) und Vertreterrat (VR) geändert. Dieser Änderung musste Rechnung getragen werden. Durch den Rücktritt der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes konnte der Weg für die Wahlen zur Vorstand entsprechend der neuen Satzung ermöglicht werden.

Neben der satzungsmäßigen Aufgabenteilung wurden für die Vorstandsmitglieder nachfolgende **Zuständigkeitsbereiche** festgelegt:

Politischer Bereich	**Verantwortlich**
Ausbildung, Arbeitsmarkt	**Alişan Genç**, Taner Atakan
Bildung	**Nalan Arkat,** Esin Özuzun, Taner Atakan
Diskriminierung, Gender	**Serdar Yazar,** Aydın Özsoy, Derya Sarıca
Jugend	**Derya Sarıca**, Mehmet Koç
Kultur	**Çiçek Bacık**, Derya Sarıca
Rentner	**Aydın Özsoy**, Nalan Arkat
Gesundheit	**Nalan Arkat**
Religion (Islam)	**Serdar Yazar**, Çiçek Bacık, Aydın Özsoy, Alişan Genç
Sport	**Çiçek Bacık**, Mehmet Koç
Migration und Partizipation	**Hilmi Kaya Turan**, Alişan Genç, Çiçek Bacık
Medien	**Çiçek Bacık**
Familie	**Esin Özuzun**, Mehmet Koç
Frauen	**Esin Özuzun**, Mehmet Koç
Wissenschaft	**Çiçek Bacık**
Umwelt	**Nalan Arkat**
Andere Tätigkeiten	
Kontakt zu Mitgliedsvereinen	**Mehmet Koç,** Taner Atakan, Alişan Genç, Aydın Özsoy
TGD Vertreterrat	**1) Alişan Genç**, Çiçek Bacık **2) VS-Mitglied**
MRBB Vertreterrat	**Serdar Yazar**, Mehmet Koç
Islam-Forum / AK Islam-Schule	**Alişan Genç**, Serdar Yazar, Mehmet Koç
Kulturbeirat	**Çiçek Bacık**
Bezirksbeirat Friedrichshain-Kreuzberg	**Mehmet Koç**
AK Migranten SenWFT	**Mehmet Koç**, Aydın Özsoy
Personalzuständiger	**Hilmi Kaya Turan**, Mehmet Koç, Serdar Yazar

Mitgliederpolitik

Die Basisarbeit und die Kontakte mit den Mitgliedsvereinen gehören zu den wichtigsten Zielen des Türkischen Bundes. Eine herausragende Eigenschaft von Interessenvertretungen muss sein, dass die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Dach und Basis rege und beständig erfolgt.

Im Berichtszeitraum wurden die Vereine Çorum-Der und IMA (neuer Name: FAM- Füreinander Miteinander e.V) und Türkische Gesellschaft für soziale und politische Lösungen e.V. Mitglied. Somit erhöht sich die Zahl der Mitgliedsvereine auf 30.

Im Januar 2012 wurde eine zweitätige Klausurtagung veranstaltet, bei der Vorstand und die Mitglieder teilgenommen haben. Das Hauptaugenmerk lag darin, die Zusammenarbeit in den letzten Jahren zu reflektieren und diese effizienter zu gestalten. In den zwei Tagen gab es eine Reihen von Ideen, wie die Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes intensiviert und das Know-How effektiv genutzt werden kann.

Auch kamen die Mitglieder bei einem Grillfest im Juni dieses Jahres zusammen.

Der Vorstand hat sich in dieser Legislaturperiode sehr darum bemüht, auch einzelne Interessierte als Mitglied anzuwerben. Die Zahl der Einzelmitglieder stieg somit von 56 auf 75.
Um zukünftig die Einzelmitglieder in die Verbandsarbeit einzubinden und ihnen mehr Gestaltungsraum in der Verbandsarbeit einzuräumen fand im Mai diesen Jahres einen Austauschtreffen zwischen dem Vorstand und den Einzelmitgliedern statt.

Der Vorstand ist der Meinung, dass die Gewinnung von neuen Mitgliedern große Sorgfalt erfordert. Wir müssen Mitglieder werben, die die Prinzipien und die Arbeitsweise des TBB nachvollziehen und akzeptieren können bzw. wollen.

Mitglieder des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Juristische Personen

1. Bahadın Solidaritätsverein Berlin (BAHADIN-DER)
2. Bengi Türkisches Folklorezentrum (TÜHABİLİM)
3. Berliner Ensemble für klassische türkische Musik
4. Berliner Gesellschaft Türkischer Mediziner (BGTM)
5. Birikim Kulturzentrum
6. SV Hürriyet – Burgund
7. Bund Türkischsprachiger Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitswesen
8. Deutsch-Türkisches Akademiker-Forum (DeTAF)
9. Esmeralda Frauentreff
10. Freunde der deutsch-türkischen Europaschule Kreuzberg
11. Freundschaftsverein Berlin-Mersin
12. Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren (EM-DER)
13. Berliner Sozialdemokraten (BSD)
14. Karadeniz Kulturverein
15. KSF Anadolu- Umutspor 1970
16. Malatyaspor
17. Schwarzmeer Natur- und Umweltverein
18. Stimme der Kulturen (SdK)
19. Tokat und Umgebung zeitgenössischer demokratischer Verein
20. TÖYED – Türkischer Behinderten-, Alten- und Rentnerverein
21. Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg
22. Türkischer Frauenverein Berlin (BTKB)
23. Türkischer Kulturrat in Berlin (BTK)
24. Türkisches Sportbegegnungszentrum
25. Türkisches Wissenschafts- und Technologiezentrum (BTBTM)
26. Verein der türkischen Reiseagenturen Berlin (BETÜSAB)
27. YEKDANE – Berliner Gesellschaft für Kunst und Kultur
28. FAM (ehem. IMA)
29. Çorum-Der
30. Türkische Gesellschaft für soziale und politische Lösungen e.V.

Natürliche Personen

- Personengruppe: Gewerkschaftsfunktionäre
- Personengruppe: Sonstige natürliche Personen

Gesamt: 75 Mitglieder

Beschäftigte

Der TBB versteht sich nicht als „klassischer“ Träger von Projekten, sondern möchte seine politische Arbeit mit passenden Projekten flankieren. Einerseits soll der Projektalltag das Problembewusstsein innerhalb des Verbandes zu bestimmten Themengebieten zu stärken und Berliner_innen wichtige Dienstleistungen anzubieten, andererseits wird der Ansatz verfolgt, durch modellhafte Projekte der Politik konstruktive Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

2011 waren in den verschiedenen Projekten des TBB zeitweilig bis zu 26 Personen beschäftigt, überwiegend mit Zuwendungsabhängigen befristeten Arbeitsverträgen. Momentan (Stand: 11.08.) sind im TBB 14 Personen beschäftigt.

II. Allgemeine Entwicklung

In dem Berichtszeitraum gab es eine Reihe von Ereignissen und Entwicklungen, die aus Sicht des TBB von besonderer Bedeutung und entweder Anlass für die politischen Aktivitäten des TBB waren, oder die Arbeit des TBB stärker beeinflusst haben.

Den Fokus möchten wir auf folgende Themen setzen:

- **Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und Bildung des neuen Senats**
- **Erste Senatorin mit Migrationshintergrund in Berlin**
- **Ausscheiden vom Integrationsbeuftragten Günter Piening**
- **Neuer Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen**
- **Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt / Gentrifizierung**
- **Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes**
- **Die Aufarbeitung der rassistischen Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)**

1) Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und neuer Senat

Am 18. September 2011 fanden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. In Berlin regiert nun nach einer zehnjährigen Regierungszeit der SPD und DIE LINKE, die große Koalition aus CDU und SPD.

Der TBB hat den Wahlkampf kritisch begleitet und hat einen wichtigen Beitrag zur Meinungsfindung von Wähler_innen und der politischen Öffentlichkeit im Hinblick auf die Positionen der Parteien zu Fragen der Partizipationspolitik geleistet.

Alle im letzten Senat vertretenen Parteien nahmen Stellung zu den im Folgenden aufgeführten Wahlprüfsteinen. Die Antworten der Parteien wurden auf einer Pressekonferenz am 25.08.2011 vorgestellt.

RBB Online, 25.08.2011

Migrationspolitik

Prüfsteine aus Migrantensicht: TBB prüft Wahlprogramme

Welche Partei entspricht am ehesten den Anforderungen, die der Türkische Bund Berlin Brandenburg TBB für die Wahl in Berlin aufgestellt hat? Wohl am ehesten die Linken, hieß es bei der Präsentation der "Wahlprüfsteine".

14 von 15 Forderungen des Verbands habe die Linke zugestimmt, sagte TBB-Sprecher Hilmi Kaya Turan am Donnerstag.

Nur zum Islamkunde-Unterricht an den Schulen sei ein klares Nein gekommen, die Partei bestehe auf dem religionsneutralen Ethik-Unterricht.

Der TBB hatten den fünf im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien einen Katalog mit 15 Forderungen unter anderem nach einem Antidiskriminierungsgesetz, zu zweisprachigen Bildungsangeboten oder zur doppelten Staatsbürgerschaft vorgelegt und um Stellungnahmen gebeten.

In einem Punkt waren sich alle fünf Parteien mit dem Verband einig: Sie befürworten die Einrichtung eines Lehrstuhls für Islamische Theologie an einer Berliner Universität, damit auch in der Bundeshauptstadt islamische Religionslehrer ausgebildet werden können.

Wenig Gemeinsamkeit mit CDU/FDP

Die wenigsten Übereinstimmungen mit seinen Wahlprüfsteinen verzeichnete der TBB bei CDU und FDP. Deren Antworten seien auch knapper ausgefallen als die der anderen Parteien, sagte TBB- Vorstandsmitglied Alisan Genc. Er äußerte sich verärgert über Anmerkungen der CDU, dass das Ausländerrecht der Türkei deutlich restriktiver ausfalle als das deutsche. Türkisches Recht könne nicht Maßstab für Forderungen in der Bundesrepublik sein, meinte Genc.

Die Vorstellung der Wahlprüfsteine war Auftakt einer Reihe von TBB-Veranstaltungen mit den Parteien vor der Wahl am 18. September. Am 29. August etwa werden am Kottbusser Tor die fünf Direktkandidaten der großen Parteien für den Kreuzberger Wahlkreis 3 auf ihre politischen Positionen abgeklopft. Diese Kandidaten haben alle türkische Wurzeln.

Keine Wahlempfehlung

Der 1991 gegründete TBB versteht sich als überparteilicher und nichtreligiöser Dachverband. Er vertritt nach eigenen Angaben 26 türkische Mitgliedsorganisationen und zahlreiche Einzelmitglieder. Die Wahlprüfsteine sollen auch noch im Internet veröffentlicht werden.

Traditionell gibt der Verband keine ausdrückliche Wahlempfehlung. Von den

Berliner Wahlberechtigten haben rund zehn Prozent ausländische Wurzeln, 1,2 Prozent sind nach Angaben des Landeswahlleiters türkischstämmig.

Wahlveranstaltungen

Der TBB begleitete den Wahlkampf mit zwei Wahlveranstaltungen. Der Wahlkreis III in Friedrichshain-Kreuzberg sorgte bei diesen Wahlen für eine besondere Aufmerksamkeit, da gleich vier Direktkandidat_innen der etablierten Parteien Türkeistämmig waren. Unter dem Motto „**Wahlen in Berlin: Pilotprojekt Kreuzberg (WK III) – Vorbild für Partizipation?“** versuchten am 29. August 2011 Dr. Turgut Altuğ (Bündnis 90/Die Grünen), Muharrem Aras (SPD), Gumbert-Olat Salonek (FDP), Figen İzgin (Die Linke) und Ertan Taşkıran (CDU) potenzielle Wähler_innen von ihren Ideen zu überzeugen.

Nach unserer erfolgreichen Diskussionsrunde veranstalteten wir am 02.09.2011 eine weitere Wahlveranstaltung mit Politiker_innen der verschiedenen Parteien im Abgeordnetenhaus. An der Wahlveranstaltung **„Wohin steuert Berlin?“** nahmen Renate Künast (Spitzenkandidatin Bündnis 90 / Die Grünen), Michael Müller (SPD Landesvorsitzender), Udo Wolf (Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke), Kurt Wansner (CDU) teil.

Teilnahme an der Kampagne „Jede Stimme 2011“

Im Rahmen der Kampagne „Jede Stimme 2011“ und unter dem Motto „Wahlrecht für alle!“ wurden vom 29. August – 4. September symbolische Wahlen für alle Berlinerinnen und Berliner ohne deutschen Pass organisiert. Der TBB unterstützte diese Kampagne. Schließlich fordert der TBB seit seiner Gründung das Kommunale Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass.

Erste Senatorin mit Migrationshintergrund in Berlin

Dilek Kolat (SPD) wurde in dieser Legislaturperiode zur ersten Senatorin in Berlin mit Migrationshintergrund ernannt. Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen erfüllt somit eine wichtige Vorbildfunktion sowohl für migrantische Communitys im Sinne eines Appels für eine stärkere politische Partizipation, als auch für politische Parteien, sich interkulturell weiter zu öffnen und Akteur_innen innerhalb der Parteien mehr Aufstiegschancen zu ermöglichen. Der TBB begrüßte diesen längst überfälligen Schritt.

FOTO: DPA

TAZ, 21.11.2011

Politische Arbeitsteilung in der Ehe

SENAT Sollte Dilek Kolat wirklich SPD-Senatorin für Integration und Arbeit werden, verspricht ihr Mann Kenan, seinen Job als ehrenamtlicher Geschäftsführer des Türkischen Bundes aufzugeben

Kenan Kolat, Geschäftsführer und Mitarbeiter des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg (TBB), will diese Tätigkeiten niederlegen, sollte seine Ehefrau Dilek Kolat tatsächlich Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen in der neuen rot-schwarzen Koalitionsregierung werden. Dies bestätigte Kenan Kolat am Sonntag der taz. Seinen Posten als Sprecher des bundesweiten Dachverbandes von Selbstorganisationen türkischstämmiger MigrantInnen, der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD), will Kolat behalten.

Kolat ist Mitbegründer des Türkischen Bundes, einer der größten Migrantenselbstorganisationen in Berlin, die in diesem Dezember ihr 20. Gründungsjubiläum feiert. Als Geschäftsführer des TBB arbeitet er ehrenamtlich, bezieht nach TBB-Angaben aber Gehalt für Einzelfallberatungen.

Kolat ist Finanzexpertin

Seine Ehefrau Dilek Kolat ist seit dem Jahr 2001 Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Aus integrationspolitischen Debatten hat die 44-jährige Wirtschaftsmathematikerin sich bisher herausgehalten. Stattdessen hat sie sich als Haushalts- und Finanzpolitikerin und Sprecherin ihrer Fraktion für diese Themen profiliert. Kolat ist zudem Kreisvorsitzende der SPD im Bezirk Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Landesvorstand der SPD.

Seit sie als mögliche Senatorin der neuen rot-schwarzen Landesregierung im Gespräch ist, ist eine Debatte über ihre persönliche Beziehung zum TBB-Geschäftsführer entbrannt. Eine "unfaire Debatte", wie der Vorstandssprecher des TBB, Hilmi Kaya Turan, meint. Denn zum ersten Mal bestünde nun die Chance, dass eine Migrantin in Berlin ein hohes politisches Amt bekleiden könne, so Turan: "Und den Medien fällt nichts anderes ein, als die mögliche Kandidatin wegen ihrer Verbindung zu Kenan Kolat und zum TBB infrage zu stellen."

Laut Turan erhält der TBB jährlich 48.000 Euro direkte finanzielle Förderung durch den Senat. Die Gelder stammen aus dem Etat des Landesintegrationsbeauftragten. Alle anderen Gelder seien projektbezogene Förderungen mit gebundenen Zuweisungen etwa für Personal und Raummieten, über deren Verwendung der TBB regelmäßig in seinen Vorstandsberichten Rechenschaft ablege. Diese Berichte seien auf der Webseite des TBB für jeden einsehbar.
ALKE WIERTH

Koalitionsvereinbarung

Die Vereinbarung der rot- schwarzen Koalition beim Thema Integration hat zu Enttäuschungen geführt Hier kritisierte der TBB, dass der Schwerpunkt anstatt der Partizipation wieder bei der Integration angesetzt wurde. Nicht umsonst hatte Michel Friedman schon im Jahre 2010 die Frage aufgestellt:

„Wenn ich jetzt sagen würde, es gibt keinen rassistischeren, diskriminierenden Begriff als Integration, hätte ich dann unrecht?“

In der Werkstatt der Kulturen in Berlin Quelle: Der Spiegel, 51/2010 v. 20.12.2010

TAZ, 26.10.2011

KOALITIONSVERHANDLUNGEN IN BERLIN

Türkischer Bund: "Das ist der leichte Weg"

Viel Enttäuschung gibt es über die Vereinbarungen der rot-schwarzen Koalition beim Thema Integration. Auch Fachpolitiker hätten mehr erhofft. VON ALKE WIERTH

Die CDU lehnt den Doppelpass ab. Bild: AP

Er sei "insgesamt zufrieden mit dem Vereinbarten", so der integrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Raed Saleh, knapp. Viel mehr will er zu dem, was die Koalitionäre von SPD und CDU am Montag zu den Themen Arbeit, Soziales und Integration abgemacht haben, nicht sagen.

Die hatten nach langen Gesprächen auf der mehrmals verschobenen Pressekonferenz auch kaum Konkretes mitzuteilen: "Muslime gehören zu Berlin", hieß es da etwa wenig überraschend. Man wolle eine Integrationspolitik, die die Fürsorgepflicht für Einwanderer anerkenne, aber auch Probleme anspreche, hatte Thomas Heilmann (CDU) auf der Pressekonferenz gesagt. Heikle Themen wie das von der SPD geforderte kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger oder die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft wurden auf später verschoben.

"Geht nicht um Teilhabe"

Da könne ja noch etwas passieren, hofft Ülker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration: "Bei Mehrstaatlichkeit und Wahlrecht muss die CDU noch mit sich reden lassen." Immerhin trügen die Christdemokraten das von der rot-roten Koalition beschlossene Partizipations- und Integrationsgesetz nun mit.

Hilmi Kaya Turan, Sprecher des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg (TBB), ist von den Koalitionsplänen weniger angetan. Er sei "persönlich enttäuscht", sagte Turan der taz: "Es geht wieder nur um Integration, nicht um Teilhabe." Dabei seien die Einwanderer längst Teil dieser Gesellschaft: "Wir müssen jetzt die Probleme dabei lösen, sie an dieser Gesellschaft auch wirklich zu beteiligen." Dazu seien die Koalitionäre offenbar nicht bereit. Dass die CDU das Partizipationsgesetz akzeptiere, sei kein Trost: "Es geht nicht darum, das Erreichte zu bewahren, sondern weitere Schritte nach vorne zu tun", so Turan.

Zwar würden mit Emine Demirbüken (CDU) und Dilek Kolat (SPD), die beide als Senatorin für Arbeit und Integration gehandelt werden, nun "endlich auch Menschen mit Migrationshintergrund für verantwortungsvolle Positionen" ins Gespräch gebracht, sagte Turan. Doch die Finanzexpertin Kolat, die sich bisher beim Thema Integrationspolitik bewusst zurückhielt, "hätte auch andere Posten gebührend besetzen können". Das sei "wieder der leichte Weg: Menschen mit Migrationshintergrund werden für integrationspolitische Posten vorgesehen."

Ausscheiden vom Integrationsbeuftragten Günter Piening

Günter Piening, schied zum 30.6.2012 nach neun Jahren aus seinem Amt als Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration aus. Der TBB zog im Hinblick auf seine Arbeit eine positive Bilanz und hob insbesondere seinen Ansatz Migrant_innenselbstorganisationen bessere Partizipationsmöglichkeiten zu erheblichen hervor.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

TBB

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🖷 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 10.08.2012

Berlin muss weiterhin Vorreiter in der Partizipationspolitik bleiben

Nach dem angekündigten Ausscheiden von Günter Piening aus seinem Amt, würdigte der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) die Arbeit des Integrations- und Migrationsbeauftragten und vertritt die Meinung, dass er deutliche Zeichen in der deutschen Partizipationspolitik gesetzt hat.

„Günter Piening hat in seiner 9- jährigen Arbeit wesentlich zu einem Paradigmenwechsel in der Berliner Politik – weg von einer einseitigen Integrationsauffassung – hin zu einer gestalterischen Teilhabe der Migrant_innen – beigetragen, sagte der Sprecher des TBB, Hilmi Kaya Turan. Als Integrationsbeauftragter habe Piening sich für ein gesellschaftliches Miteinander stark gemacht. Auch habe er die gesellschaftliche Rolle der Migrant_innenorganisationen gebührend gewürdigt und sei bemüht gewesen, ihnen zu mehr Mitwirkungsrechten in der Partizipationspolitik zu verhelfen.

Die Errichtung des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen, die Öffnung des öffentlichen Dienstes für Bewerber_innen mit Migrationshintergrund und das Integrations- und Partizipationsgesetz von 2010 sei eng mit dem Namen Günter Piening verbunden. Insgesamt habe Piening sein Amt immer als eine Querschnittsaufgabe verstanden, der die Teilhabe der Migrant_innen in allen Politikbereichen zum Ziel setzt.

„Wir bedauern, dass er sein Amt aufgibt. In einer Zeit, wo der Ausmaß des alltäglichen Rassismus in Deutschland sich als eine reale Gefahr immer stärker in den Vordergrund stellt, werden verantwortungsvolle Amtsträger wie Günter Piening gebraucht, die sich von dem alltäglichen Populismus nicht verirren lassen und an ein gesellschaftliches Miteinander festhalten“, so Turan. „Unsere Erwartung vom Berliner Senat ist es, zukünftig die Position des Integrations- und Migrationsbeauftragten noch mehr zu stärken. Die Position des Integrationsbeauftragten darf nicht zur einen Alibi-Stelle degradiert werden. Bei der Bestimmung der Nachfolge von Piening müssen den Vertreter_innen der Migrant_innen Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden“, so Turan abschließend.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg bedankte sich bei Günter Piening für sein Wirken als Integrationsbeauftragte des Berliner Senats und wünschte ihm viel Erfolg für seinen zukünftigen Lebensabschnitt.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 3326901
Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens vom Finanzamt für Körperschaften als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt.

Neuer Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen

Die Vertreter_innen des TBB haben von Beginn an den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen mit begleitet und mitgestaltet. Entsprechend einer Absprache mit der Türkischen Gemeinde zu Berlin (TGB) hat der TBB bei der ersten Legislaturperiode auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatur zu Gunsten der TGB verzichtet. Die Absprache bestand darin, dass die beiden Dachverbände abwechselnd bei den verschiedenen Legislaturperioden in dem Landesbeirat vertreten werden. Somit sollte auch die Teilnahme der kurdischen Vereine sichergestellt werden. Diese Absprache wurde von der TGB bei den letzten Wahlen jedoch leider nicht eingehalten.
Der Landesbeirat für Integrationsbeirat für Integrations- und Migrationsfragen wurde zunächst im Dezember 2011 zum ersten Mal auf Grundlage eines Gesetzes - den gesetzlichen Regelungen des „Partizipations- und Integrationsgesetzes“ (PartIntG) gewählt. In dieser Wahl waren der TBB, der Migrationsrat Berlin-Brandenburg und seine weiteren Mitglieder in der Lage, für Mehrheiten zu sorgen. Die Wahl wurde jedoch angefochten und für ungültig erklärt. Vor allem Migrant_innenorganisationen aus dem konservativ-religiösen Spektrum, unter ihnen auch viele, die bislang in der Berliner Partizipationspolitik kaum engagiert bzw. Akzente setzten schafften es viele Vereine aus ihren Reihen in die Liste der stimmberechtigten Vereine zu registrieren. Somit änderten sich durch dieses Bündnis bei der Neuwahl im Mai die Kräfteverhältnisse. Mit einem Glückwunschschreiben hat der TBB den neugewählten Vertreter_innen der Migrantenorganisationen seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mitgeteilt. Der TBB wird auch in Zukunft die Arbeit des Landesbeirates konstruktiv begleiten.

TAZ, 07.05.2012

Laizisten wurden abgewählt

WAHL Neue Mehrheiten bei Migranten: Nach der Wahl zum Integrationsbeirat haben muslimische Moscheevereine von Ditib und Milli Görüs an Einfluss gewonnen

Nein, wir sind nicht mehr drin: Moderne Migranten fehlen im Beirat Foto: Ute Mahler

Integrationsbeirat

■ Der Integrationsbeirat wurde 2003 von Rot-Rot ins Leben gerufen. Ihm gehören neben den Vertretern von Migranten die Senatorin für Integration sowie jeweils ein Staatssekretär jeder Senatsverwaltung an. Dazu kommen Abgeordnete gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden und der Handwerks- und Handelskammern sowie des Rates der Bezirksbürgermeister und ein Vertreter der bezirklichen Integrationsbeauftragten. Sechs der sieben MigrantInnenvertreterInnen des Beirats werden stellvertretend für bestimmte Herkunftsregionen gewählt, ein Mitglied ohne regionale Zuteilung. Aufgabe des Gremiums ist es, den Senat in integrationspolitischen Fragen zu beraten. *(akw)*

VON ALKE WIERTH

Berlins Migranten sprechen künftig eine deutlich konservativere Sprache. Bei der Wahl zum Landesintegrationsbeirat ging ein Wahlbündnis von Muslimen vor allem türkischer Herkunft als Sieger hervor. Hingegen gelang nur einem der bisherigen Mitglieder die Wiederwahl. Der neue Beirat soll am 7. Juni seine Arbeit aufnehmen.

Die reguläre Neuwahl des 2003 ins Leben gerufenen Beirats, der den Senat in integrationspolitischen Fragen berät, hatte im Oktober vergangenen Jahres stattgefunden. Sie musste aber wiederholt werden, da ein Verein das Ergebnis angefochten hatte.

Etwa achtzig Migrantenorganisationen hatten an den Wahlen im Herbst teilgenommen. Bis zur Wahlwiederholung am Donnerstag ließen sich über fünfzig weitere Vereine in die Wahlliste eintragen, darunter viele Moscheevereine aus türkisch-muslimischen Dachorganisationen wie Ditib und Milli Görüs.

Deren Vertreter dominierten die Neuwahl im Willy-Brandt-Saal des Schöneberger Rathauses, an der 115 der knapp 160 wahlberechtigten Vereine teilnahmen. Zu den sieben MigrantenvertreterInnen gehören nun die Politikwissenschaftlerin Pinar Cetin, Vorstandsmitglied im Berliner Landesverband der türkisch-muslimischen Organisation Ditib, der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Gemeinschaft muslimischer Juristen, Mustafa Özdemir, sowie der aus Kirgisien stammende Journalist Azamat Damar, der bei der religiös orientierten türkischen Tageszeitung *Zaman* arbeitet. Unter den gewählten StellvertreterInnen, die im Rat aktiv mitarbeiten dürfen, aber nicht stimmberechtigt sind, sind unter anderem ein Vertreter der Schule für islamische Geistliche in Karlshorst sowie einer aus der Gemeinde bosnischer Muslime.

Unter den bisherigen Mitgliedern des Beirates und ihren Unterstützervereinen sorgten die Wahlergebnisse für Überraschung und teils auch Bestürzung bei den bisherigen Mitgliedern des Beirats und ihren Unterstützervereinen. Sie gehörten mehrheitlich dem Dachverband Migrationsrat Berlin an und sind überwiegend laizistisch und progressiv orientiert. Offenbar hätten sich die muslimischen Vereine entschlossen, „aktiv anzutreten“, sagte Hamid Nowzari vom Verein iranischer Flüchtlinge, der dem Gremium seit seiner Gründung angehörte. Er bedauerte, dass unter den neuen Mitgliedern kaum jemand sei, den man aus integrationspolitischen Aktivitäten bereits kenne. Außerdem findet sich im neuen Integrationsbeirat kein Mitglied kurdischer Abstammung oder alevitischer Religionszugehörigkeit mehr.

Der letzte Beirat habe „ein realistischeres Bild der Berliner Bevölkerung“ wiedergegeben, sagte auch Serdar Yazar, Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin (TBB). Man werde sich aber künftig nicht gegen den Integrationsbeirat stellen: „Die Wahl ist korrekt gelaufen“, so Yazar: „Wir würden uns freuen, wenn der neue Beirat konstruktiv arbeiten kann, und werden ihn an seinen Taten messen.“

Bündnisse habe es bei den Wahlen immer gegeben, meinte der Integrationsbeauftragte des Senats, Günter Piening. Nun hätten sich die Kräfte aber verschoben, das Bündnis um den Migrationsrat habe keine Mehrheit mehr. „Es wird spannend zu beobachten“, so Piening, „wie sich eine gemeinsame Linie in der neuen Zusammensetzung des Rates entwickeln wird.“ Dem gehören nun auch der aus Eritrea stammende Menschenrechts- und Antirassismusaktivist Yonas Endrias und erstmalig die schwarze Gender- und Rassismusforscherin Natasha Kelly als Vertreterin für die Region Europäische Union an.

Endrias, seit 2005 im Integrationsrat und als einziges Altmitglied wiedergewählt, hatte die Dominanz mancher Gruppen im Beirat schon früher kritisiert *(taz berichtete)*. Die neue Zusammensetzung beurteilt er positiv: Es seien „vernünftige und hoch gebildete Menschen“ gewählt worden.

Er freue sich zudem, „dass die ewige Dominanz einer einzigen Organisation gebrochen ist“. Der TBB habe „viel zu lang das integrationspolitische Monopol in dieser Stadt“ innegehabt, so Endrias: Der Integrationsbeirat habe damit „bisher wie eine Regierungsabteilung gearbeitet und den Senat nicht kritisiert.“ Für die Schwarzen, „die Minderheit unter den Minderheiten“, so Endrias, sei die Wahl gut ausgegangen: „Europa hat nun ein schwarzes Gesicht. Das ist gut so.“

Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt / Gentrifizierung

Die steigende Attraktivität und der wachsende Zuzug nach Berlin bringt zugleich Mieterhöhungen und einen Verdrängungsprozess im Innenstadt mit sich, von dem vor allem Großfamilien, Transferleistungsempfänger_innen und und Menschen mit Migrationsgeschichte aus so genannten Drittstaaten wie der Türkei, dem Libanon oder Kamerun.
Auch werden am Wohnungsmarkt verdeckte Diskriminierungsmechanismen angewandt, die diesen Verdrängungspozess verstärken.

Der TBB galt oft als Ansprechpartner für Medien und bei Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex. Er tauschte sich mit Aktivist_innen aus dem Graefe-Kiez, mit Vertreter_innen der einzelnen Fraktionen der Parteien Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und Piraten aus. Auch gab es einen intensiven Austausch mit dem Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, der den TBB besuchte.

Der TBB ist sich seiner Rolle in diesem immer mehr an Bedeutung gewinnenden Politikfeld bewusst. Es wurde angestrebt hierzu eine Fachtagung zu veranstalten und kontinuierlich und eng mit Mieternitiativen – und Vereinen, Bezirkspolitiker_innen und Stadtsoziolog_innen zusammenzuarbeiten, um nachhaltige Lösungskonzepte zu entwickeln.

17.05.2012

Verdrängung von Kreuzberger_innen aus ihrem Bezirk stoppen!

Bezirksbürgermeister Schulz zu Gast beim TBB

Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz, tauschten sich in den Räumlichkeiten des TBB intensiv über die letzten Entwicklungen von Verdrängungsprozessen von einkommensschwachen Menschen aus Kreuzberger Kiezen aus. Der TBB wird in den kommenden Wochen sich mit Mieternitiativen – und Vereinen, Bezirkspolitiker_innen und Stadtsoziolog_innen zusammensetzen, um nachhaltige Lösungskonzepte zu entwickeln.

Anerkennungsgesetz

Der Umstand, dass das Potenzial von Menschen mit im Ausland erworbenen Berufserfahrungen – und qualifikationen aufgrund fehlender Bewertungsverfahren und Bewertungsmaßstäbe in Deutschland nicht genutzt werden, wurde neben dem TBB von vielen Arbeitgeber_innenverbänden, Gewerkschaften und in wissenschaftlichen Studien kritisiert. Hinzu kommt, dass der bestehende Fachkräftemangel in Deutschland nicht behoben werden konnte, weil das Land – bedingt durch bürokratische Hürden und fehlender Rechtslage – im internationalen Vergleich eine geringe Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte.
Mit dem Ziel, die wirtschaftliche Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikation zu verbessern und zu erweitern sowie die Integration von qualifizierten Migrant_innen in den deutschen Arbeitsmarkt zu fördern ist am 01.04.2012 das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ in Kraft getreten.
Das Bundesgesetz weitet die Ansprüche auf Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes beträchtlich aus und schafft möglichst einheitliche und transparente Verfahren; u.a. bringt es unabhängig von der Staatsangehörigkeit den Rechtsanspruch auf ein Bewertungsverfahren für die rund 350 nicht-reglementierten Berufe (Ausbildungsberufe im dualen System nach dem Berufsbildungsgesetz und im Handwerk) mit sich. Zu unterstreichen ist noch, dass Anträge sowohl aus Deutschland, als auch aus dem Ausland gestellt werden können, sofern die Person sein Interesse verkündet, in Deutschland arbeiten zu wollen. Es ist außerdem zu begrüßen, dass auch bei Nicht-EU-Bürger_innen die Berufserfahrung berücksichtigt wird. Dabei wird bewertet, ob die einschlägigen Berufserfahrungen Unterschiede zwischen der ausländischen und der inländischen Referenzausbildung ausgleichen können.
Während für den Berufszugang und die Berufsausübung eines reglementierten Berufes die Anerkennung der entsprechenden Berufsqualifikation durch eine Behörde oder eine Kammer zwingend erforderlich ist, ist es bei nicht-reglementierten Berufen möglich, sich auch ohne formales Anerkennungsverfahren direkt auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben und zu arbeiten. In diesem Fall entscheidet der Arbeitgeber darüber, ob die entsprechende berufliche Qualifikation vorliegt. Wenn auch die Gleichwertigkeitsprüfung bei nicht-reglementieren Berufen nicht Voraussetzung für die Berufsausübung ist, kann sie als Transparenzinstrument dienen. Insgesamt zielt das Gesetz auch darauf ab, eine stärkere Verbindlichkeit zu etablieren. Denn zuständige Stelle ist verpflichtet, binnen vier Wochen eine Empfangsbestätigung zu versenden. Auf mögliche fehlende Unterlagen wird darin hingewiesen. Ab dem 01.12.2012 soll über den Antrag innerhalb von drei Monaten entschieden werden.

Der TBB hat auch vor der Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes auf die Notwendigkeit einer vereinfachten Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüssen auf die in Deutschland vorhandenen, aber nicht genutzten Potenziale und Kompetenzen hingewiesen. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes hat der TBB sich als Partner für bei der Beratung zum Anerkennungsverfahren angeboten. Für Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern bietet der TBB - als Partner im IQ Netzwerk – mit seinem Projekt „Anerkennungscoaching“ den Ratsuchenden eine intensive Beratung und Begleitung an.

Die Aufarbeitung der rassistischen Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)

Die Art und Weise, wie brisante Geschehnisse erinnert und aufgearbeitet werden, stellt eine umkämpfte und kontroverse Angelegenheit dar. In ihr zeigt sich zum einen, welche Lesart über die größere Definitionsmacht verfügt, zum anderen kann die Auseinandersetzung aber auch dazu führen, dass die dominierende Interpretation hinterfragt und dadurch Geschichte (um-)geschrieben wird. Schließlich geht es in der Diskussion über das, was gewesen ist, immer auch um die Frage was nicht hätte sein dürfen und was in Zukunft anders sein muss.

Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit der rassistischen Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Während gesellschaftlich immer noch die Wahrnehmung vorherrscht, dass der Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November 2012 den Ausgangspunkt zur Aufdeckung einer bedauerlichen Serie von Ermittlungspannen rund um eine rechtsextremistische Splittergruppe darstelle, ist die diesbezügliche Position des TBB eine andere: An der rassistischen Mordserie der NSU wird erneut und in aller Schrecklichkeit deutlich, dass

Deutschland ein Rassismusproblem hat. Es wurden in Deutschland nicht nur über Jahre hinweg Menschen aus rassistischen Gründen ermordet, verletzt und bedroht, vielmehr haben staatliche Stelle aufgrund von institutionellen Rassismen diese Morde auch nicht aufgeklärt, wenn nicht sogar (indirekt) unterstützt. Die Aufklärungsarbeit, die zivilgesellschaftliche Gruppen auch schon lange vor dem Bekanntwerden der NSU geleistet haben, und auch die Arbeit, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur NSU aktuell leistet, machen dabei immer deutlicher, dass es strukturelle Veränderungen braucht. Der Name der rechtsterroristischen Gruppe sollte von der Realität nicht hinwegtäuschen. Aus der gegenwärtigen Informationslage über die geführten Ermittlungen lässt sich der institutionelle Rassismus in wichtigen Institutionen wie den Verfassungsschutzorganen, Innenministerien der Länder, der Polizei, aber auch der Medien herauskristallisieren.

Um die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex NSU und Rassismus weiterzuführen und hier klar Position zu beziehen, hat der TBB diverse Aktionen durchgeführt. Zu einen wurde am 13.11.2011 vor dem Brandenburger Tor eine Mahnwache für die Opfer von Rassismus durchgeführt. Zum anderen wurde am 04.12.2011 ein Autokorso durch Berlin organisiert, der u.a. auch zur NPD-Zentrale in Köpenick und zum Bundesinnenministerium führte, um deutlich zu machen, dass der Staat auch mit Blick auf die angeblich legalen rechten Strukturen in der BRD aktiv werden muss. Schlussendlich wurden am 21.03.2012 aus Anlass des Internationalen Tags gegen Rassismus dezentral an verschiedenen Orten in Berlin um 5 vor 12 verschiedene Aktionen durchgeführt. Die Botschaft war dabei, dass es höchste Zeit zu handeln ist.
Der TBB verfolgt mit einem Vertreter kontinuierlich die NSU-Untersuchungsausschusssitzungen und wird die kritische Begleitung bis zu einer lückenlosen Aufklärung weiterführen.

Mahnwache

B.Z., 13.11.2011

Mahnwache für Opfer rassistischer Gewalt

Zu der Mahnwache vor dem Brandeburger Tor kamen u.a. Ehrhart Körting, Claudia Roth und Cem Özdemir.

dapd

Vor dem Hintergrund der Neonazi-Mordserie haben die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), der Türkische Bund Berlin-Brandenburg und Parteipolitiker an die Opfer rassistischer Gewalt erinnert. Zu der Mahnwache vor dem Brandenburger Tor kamen auch Berlins Innensenator Ehrhart Körting, die Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth und Cem Özdemir, der TGD-Bundesvorsitzende Kenan Kolat und der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, wie Roths Referent sagte. Nach seinen Schätzungen nahmen rund 200 Menschen teil, die Polizei sprach von etwa 50.

Die Mordserie gegen Ausländer, der acht türkische und ein griechischer Kleinunternehmer zum Opfer fielen, geht nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft vermutlich auf das Konto von Rechtsextremisten. Ein Neonazi-Trio aus Jena, in dessen Haus die Tatwaffe gefunden wurde, ist vermutlich auch für den Mord an einer Polizistin im Jahr 2007 verantwortlich.

Autokorso

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu

Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Alişan Genç
Mitglied des Vorstands

Antirassistischer AUTOKORSO
am Samstag, den 03.12.2011 von 11.00 – 14.00 Uhr

vom TBB, Tempelhofer Ufer 21 (U-Bahn: Möckernbrücke), nach Köpenick zur NPD Zentrale, über das Bundesinnenministerium in Moabit zum Bundestag dem Reichstagsgebäude

Wir werden fragen:

- Warum erleben wir erst jezt diese Flutwelle von Informationen?
- Warum wurden diese Informationen nicht vorher eingeholt, warum wurden sie nicht gesehen? Haben wir es hier nur mit unzureichenden Ermittlungen seitens der Polizei und des Geheimdienstes zu tun?
- Oder wurden die Ermittlungen der Sicherheitsbehörden Deutschlands durch eine rassistische Mentalität und eine geheime Hand verhindert, oder wurden Rassisten sogar unterstützt.
- **Wer steuert wen? Der Staat die rassistische NPD oder die NPD den Staat?**

Die Politik in Deutschland hat die Sicherheitsbehörden auf den Links- und den islamischen Terrorismus fixiert. Gleichzeitig hat sie mit ständigen Integragtionsdebatten an die Einwanderer diese auf die Anklagebank gesetzt.

Niemand kann mehr behaupten, es gäbe keinen Rassismus in Deutschland

Die in den vergangenen Wochen ans Tageslicht gekommenen Ereignisse sind der Beweis für den Rassismus in Deutschland. In den vergangenen 20 Jahren sind 180 Menschen von Rassisten ermordet worden. 8 türkeistämmige Personen und ein Grieche wurden durch die bewaffnete rassistische Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) ermordet. Behauptet wurde jedoch, dass diese Menschen der Mafia oder den Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden zum Opfer gefallen seien. Bei den sich über 10 Jahre erstreckenden Ermittlungen wurde jegliche Verbindung zum Rassismus und zur Ausländerfeindlichkeit abgestritten.

Beim Bundesinnenministerium in Moabit fahren wird eine Zwischenkundgebung stattfinden, auf der alle Teilnehmer/innen eine auf der rechten Seite verdunkelte Brillen tragen werden. Nach dieser Kundgebung wird der Autokorso zum Bundestag ziehen und dort eine Abschlusskundgebung mit einem Massentanz durchführen.
Unser Ziel ist es, eine Verbindung zwischen der politischen Verantwortung und dem Rassismus herzustellen.

Die NPD ist das Zentrum des organisierten Rassismus und wird auch mit Staatsgeldern finanziert. Wir fordern das Verbot dieser rassistischen Partei.

Unsere Aktion ist antirassistisch und antinationalistisch, alle Menschen mit demokratischer Gesinnung sind herzlich eingeladen. Handzettel und Kundgebungsplakate werden vom TBB zur Verfügung gestellt.

Aktion “Auf dem rechten Auge blind”vor dem Bundesinnenministerium

Kranzniederlegung vor dem Reichstagsgebäude

TAZ, 04.12.2011

TÜRKISCHER AUTOKORSO GEGEN RASSISMUS

Hupkonzert als Weckruf

Aus Protest über den Umgang deutscher Behörden mit der Nazi-Mordserie organisiert der Türkische Bund einen Autokorso gegen Rassismus. Fahrtziel: die NPD-Zentrale. VON KAREN GRASS

Gegen den ganz normalen Alltagsrassismus: Vor dem Reichstag gabs eine Kundgebung des Autocorsos. Bild: dpa

BERLIN *taz* | Es ist ordentlich warm, um nicht zu sagen gemütlich in dem Mercedes-Bus. Mit seinem Achtsitzer ist Taxifahrer Hüseyin Bozkurt ganz vorne mit dabei, in Berlins erstem antirassistischen Autokorso. "Wir gehören schon ewig zu dieser Stadt, jetzt wollen wir auch mal gesehen werden", sagt der 47-jährige gebürtige Istanbuler. Deshalb sind er und seine Freunde Ali K. und Duran Demir mit dem Großraumtaxi zu der Kundgebung des Türkischen Bunds in Berlin-Brandenburg (TBB) gekommen.

Plakatieren kann er wegen abgedunkelter Scheiben nur vorn: "Wundern über Rassismus ist Heuchelei - Wo leben wir? Deutschland 1933 oder Deutschland 2011?" Bozkurt, der seit 35 Jahren in Deutschland lebt und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist empört über den Umgang der deutschen Sicherheitsbehörden mit der Mordserie des Thüringer Nazi-Trios Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt.

"Wären die Opfer Deutsche gewesen, wäre das viel schneller aufgedeckt worden", glaubt Bozkurt. Deshalb reiht sich sein Kulturverein Sivasli Canlar e. V. heute mit fünf Autos in den knapp 200 Wagen umfassenden Tross ein. Sonst setze man sich eher mit Lesungen, Konzerten und verschiedenen Arbeitsgruppen für eine gute Vernetzung der türkischen Jugendlichen und die Versorgung alternder Landsmänner und -frauen ein, erzählt Bozkurt. "Mit politischen Fragen wollen unsere Mitglieder am liebsten gar nichts zu tun haben." Doch in den letzten zwei Wochen sei vielen klar geworden, dass es so nicht mehr weitergehen könne. Die drei Vereinskollegen sind sich einig: "Damit in Deutschland ein friedliches Zusammenleben möglich ist, muss die NPD verboten werden."

"Aber dass wir zur NPD-Zentrale fahren, ist ein Fehler, wir kennen unseren Gegner nicht", sagt Bozkurt, als sich der Konvoi gegen 11.30 Uhr in Gang setzt. Das Autoradio ist leise, gedämpft dringen die Laute des vor und hinter ihm steigenden Hupkonzerts herein, doch der kleine, braungebrannte Mann mag noch nicht einstimmen. Mit ruhigem Fuß bringt er den Wagen auf etwas über 30 Stundenkilometer und erklärt, warum er und seine beiden Vereinskollegen mit einigen Details der Demoplanung nicht ganz glücklich sind.

"Wir hätten zu Fuß gehen sollen"

"Was bringt es, die Rechten zu provozieren? Wir sollten uns auf das Innenministerium konzentrieren und zu Fuß gehen, mit viel mehr Leuten und nicht nur Türken", sagt Bozkurt. Aber der TBB-Vorstand hat eben entschieden, dass es ein Korso sein soll - nur so habe man alle drei Protestpunkte geografisch abdecken können: NPD-Verbotsforderung in Köpenick, Kritik an den Sicherheitsbehörden vor dem Innenministerium und an der Politik vor dem Reichstag. "Abgesehen davon, dass die Menschen auf den Straßen kaum reagiert haben, sind wir mit dem reibungslosen Ablauf sehr zufrieden", sagt TBB-Vorstandsmitglied Alisan Genc.

Mit gelegentlichen Hupeinlagen und unter manchmal ratlosen Blicken der wenigen Fußgänger in Köpenick tuckert die endlose Wagenkolonne nebst Polizeischutz der NPD-Zentrale entgegen. "Die wissen gar nicht, worum es hier geht, und ärgern sich, dass ihr Bus nicht kommt", witzelt Bozkurt. Als es auf die hermetisch abgesperrte Seelenbinderstraße 42 zugeht, streicht er sich angespannt übers Kinn: "Was ist denn da vorne links? Da stehen so viele Menschen?" Keine Antwort, Ali K. und Duran Demir wissen auch nicht mehr. Also auf die Hupe und vorbei an der leeren Zentrale und dem Menschenpulk, der sich als Ansammlung von Polizeibeamten herausstellt. "Na ja, ohne Anhalten ist das witzlos, so fahre ich hier ja jeden Tag lang."

Mit Pappbrille zur Schweigeminute

Über die Köpenicker Chaussee und das Ostkreuz geht es durch menschenleeres Gebiet wieder auf die Skalitzer Straße. "Mensch, wir wollen doch was bewegen, dann müssen wir über die Stralauer Allee", findet Bozkurt. Der TBB-Vorstand klingelt durch: "Wir sollen mehr hupen, macht ja keiner mehr was", lacht er. Auf die zweite Station, das Innenministerium, freut er sich, dort steigt die Operation "Auf dem rechten Auge blind".

Bozkurt, Ali K. und Demir setzen ihre Pappbrillen mit rechts abgedunkelter Fläche auf und lassen sich mit den knapp 500 Mitdemonstranten von Kenan Kolat, Nochgeschäftsführer des TBB, per Megafon zur Schweigeminute aufstellen. Dann geht es weiter zum Reichstag, wo Alisan Genc einen Trauerkranz niederlegt.

"Das waren gute Bilder für die Presse, und deren Aufmerksamkeit ist ja am Ende auch das, was Druck auf die Politik macht", sind sich Demir und Bozkurt einig. "Aber auf dem Weg hättest du ruhig ein bisschen Musik machen können", sagt Bozkurt zu seinem Kollegen. "Ich habe dir schließlich auch eine kostenlose Stadtrundfahrt spendiert."

2012-02-08, Junge Freiheit

Türkische Gemeinde wirft Deutschen fehlende Vergangenheitsbewältigung vor

BERLIN. Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) hat den Deutschen eine mangelhafte Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus vorgeworfen. Zwar habe es die Nürnberger Prozesse gegeben, Arbeiter in Rüstungsfabriken, Polizisten, Beamte und „Millionen andere" seien von der Entnazifizierung jedoch nicht betroffen gewesen, kritisierte der Sprecher des TBB, Hilmi Turan, am Dienstagabend auf einer SPD-Veranstaltung in Berlin.

Dies habe dazu geführt, daß Rassismus in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern weitgehend „tabuisiert" worden sei. Hinzu komme ein „vergiftetes Klima" in der Bundesrepublik, in dem Ausländer seit den 90er Jahren zu Sündenböcken gemacht worden wären, sagte der TBB-Sprecher. Dabei spräche die vierte Generation der Einwanderer mittlerweile fast besser Deutsch als die Muttersprachler.

„Tag gegen Rassismus" angekündigt

Mit Blick auf die Debatte um die „Zwickauer Terrorzelle" behauptete Turan, viele Migranten hätten bereits lange gewußt, daß es sich bei den Tätern um Rechtsextremisten gehandelt habe. Dagegen sei die Betroffenheit einiger Politiker nicht mehr als „Heuchelei".

Scharfe Kritik übte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland auch an den Medien, die Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab" erst zum Erfolg verholfen hätten: „Der Mann mußte Erfolg haben." Sarrazin repräsentiere eine „gesellschaftliche Mitte", die für Rechtsextremismus anfällig sei. „Solange man Populismus nicht bekämpft, wird Rassismus nicht aussterben", warnte Turan.

Kolat fordert von Wulff Rehabilitierung der Familien der NSU-Opfer

Für den 21. März kündigte er einen „Tag gegen Rassismus" an, an dem die Türkische Gemeinde und andere Organisationen dazu aufrufen, um „fünf vor zwölf" vor die Tür zu gehe, „irgendetwas zu machen" und gegen Rechtsextremismus zu protestieren. (ho)

Unterdessen forderte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, Bundespräsident Christian Wulff auf, die Gesellschaft zum Kampf gegen Rassismus zu mobilisieren. „ Es geht darum, daß Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit offen thematisiert werden und daß die Zivilgesellschaft dagegen vorgeht." Er forderte Wulff zudem auf, den „guten Ruf der betroffenen Familien" wieder herzustellen, den diese durch „falsche Verdächtigungen verloren haben". (ho)

Hilmi Turan: Deutsche haben Vergangenheit nicht aufgearbeitet

Aktion „5 vor 12"

Handeln. Jetzt. Es ist 5 vor 12!

Bundesweite Protestaktionen am Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2012

Über 180 Todesopfer rassistischer Gewalt seit 1990 sind in Deutschland bekannt. Hinzu kommen kaum hinterfragte institutionelle Rassismen und ein weithin präsenter Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft. Dies alles sind Facetten des aktuellen gesellschaftlichen Zustands, der in Politik und Medien zugleich viel zu wenig thematisiert und angepackt wird. Dabei sollte nicht zuletzt mit dem öffentlichen Bekanntwerden des jahrelangen Ermittlungsversagens im Zusammenhang mit der von der NSU verübten Mordtaten noch einmal deutlich geworden sein: Rassismus ist ein Problem in Deutschland, und zwar ein durchaus Tödliches!

Daher rufen wir für den **21. März um 5 vor 12 Uhr mittags** zu dezentralen Aktionen auf.

Mach´ mit und sei 5 vor 12 dabei!
Entscheide selbst:
Geh´ vor die Tür! Mach´ Lärm! Halte das Plakat hoch!
Lass´ Luftballons steigen! Hupe! ...

Mit den Aktionen stellen wir uns **gemeinsam mit allen demokratischen Kräften...**

... gegen Rassismus im Alltag und in Institutionen,

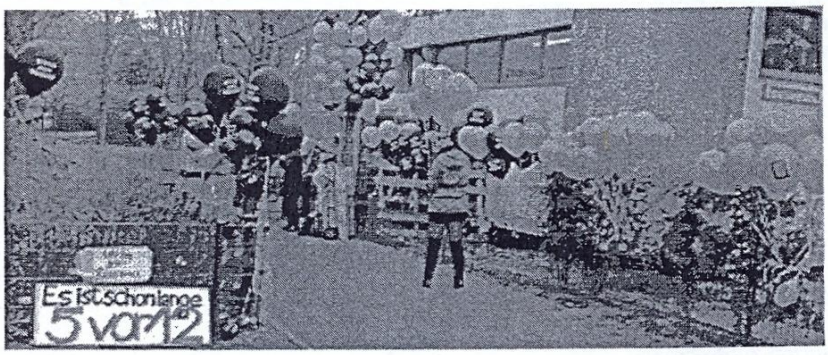
... gegen Populismus in Politik und Medien,

... für ein solidarisches Zusammenleben in gesellschaftlicher Vielfalt.

** Der Internationale Tag gegen Rassismus am 21. März wurde von der UN Vollversammlung im Jahr 1966 im Rahmen eines Aufrufs zur Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung von Rassismus eingerichtet. Erinnert werden soll damit an den 21. März 1960. An diesem Tag wurden in Sharpeville (Südafrika) 69 Schwarze Protestierende von der Polizei erschossen, als sie gegen die rassistischen Apartheidsgesetze demonstrierten.*

V.i.S.d.P Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Inforadio, 21.03.2012



Aktionen am Internationalen Tag gegen Rassismus

Für Mittwoch hat der Türkische Bund Berlin-Brandenburg zur Aktion "5 vor 12" aufgerufen. Anlass war der Internationale Tag gegen Rassisimus, der auch in der Region "sichtbar" werden sollte. So wurden um 11 Uhr 55 in Berlin an vielen Ständen keine Döner verkauft und viele Geschäfte blieben geschlossen.

Die Initiatoren verwiesen dabei auf die NSU-Mordserie und sprachen von jahrelangem Ermittlungsversagen im Zusammenhang mit diesen Taten. "Rassismus ist ein Problem in Deutschland, und zwar ein durchaus Tödliches", so der Türkische Bund.

Serdar Yazar, Geschäftsführer des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, sagte im rbb-Inforadio, mit der Aktion zeige man auf, dass der organisierte Rassismus - der Rechtsextremismus - effektiv bekämpft werden müsse, aber auch der alltägliche Rassismus.

Nach dem Bekanntwerden der Mordserie der Zwickauer Neonazi-Zelle sei die Sensibilität für Rassismus in der Bevölkerung größer geworden - nicht aber in der Politik.

"Die politischen Parteien setzen den Fokus auf rechtsextreme Strukturen, was auch richtig und wichtig ist", sagte Yazar im Gespräch mit Heiner Martin. "Aber inwieweit Rassismus in wichtigen Institutionen wie Polizei, Verfassungsschutz oder politischen Parteien bekämpfen kann, davon hören wir kein Wort," kritisierte Yazar.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🖹 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 22.03.2012

Berliner_innen setzten am Internationalen Tag gegen Rassismus ein kraftvolles Zeichen

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) zeigte sich vom großen Zuspruch und der breiten Beteiligung der Berliner_innen an der dezentralen Aktion „5 vor 12" begeistert.

„Es ist das erste Mal, dass in Deutschland und insbesondere in Berlin dem Internationalen Tag gegen Rassismus so viel Aufmerksamkeit geschenkt worden ist", sagte Hilmi Kaya Turan, Sprecher des TBB. Berlin hat bewiesen, wie stark ihre Zivilgesellschaft ist", so Turan weiter.

Neben den Tage zuvor angekündigten Aktivitäten und Zentren habe es mehrere spontane Aktionen in verschiedenen Bezirken gegeben. Der TBB arbeite nun an einer Dokumentation für „5 vor 12" und bemühe sich möglichst alle Aktionen zu erfassen.

„Durch die gestrigen Aktionen haben alle beteiligten Menschen und Organisationen reichlich Energie für ihre zukünftige Arbeit gegen Rassismus in dieser Stadt getankt", sagte Turan abschließend.

III. Politikfelder und Beratung

Beratung / Recht

Einbürgerung
Nach rückläufigen Zahlen seit 2006 ist die Zahl der Einbürgerungen in Berlin im Jahr 2011 wieder gestiegen. Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg wurden insgesamt 6.959 Personen eingebürgert. Mit rund ein Viertel (1.814) der eingebürgerten Personen stellten türkischstämmige Personen die größte Gruppe. Nachdem das ab 1.1.2000 geltende Einbürgerungsrecht zu einem Rückgang der Einbürgerungen geführt hatte, ist diese Entwicklung erfreulich, allerdings nicht ausreichend. Der faktische Ausschluss der Mehrstaatlichkeit ist hier der wichtigste Faktor, aber auch die Einführung einer Deutschprüfung und die wirtschaftlichen Voraussetzungen trugen dazu bei.

Aufenthaltsrecht
Obwohl der Europäische Gerichtshof in rund 40 Urteilen den türkischen Staatsangehörigen das Recht zuspricht, sich auf das EU-Recht zu beziehen und das dass ARB 1/80 unmittelbare Wirkung auf das nationales Recht hat, wird dieser Sachverhalt durch die deutschen Behörden übergangen. Durch das Assoziationsratsbeschlusses 1/80 (ARB 1/80) sind türkische Staatsangehörige EU-Bürgern fast gleichgestellt. Der TBB versucht mit anderen Organisationen und unserem Dachverband der Türkischen Gemeinde in Deutschland weiterhin diese Frage auf der Tagesordnung zu halten.

Der TBB bietet **Erst- und Vermittlungsberatung** insbesondere in den Bereichen Einbürgerungs- und Aufenthaltsrecht an. Daneben findet eine **kostenlose Rechtsberatung** der Anwälte 14tägigem Turnus seit der Gründung des TBB statt. Außerdem werden die Ratsuchenden von drei Türkeistämmigen Anwälte in diversen Rechtsfeldern kostenlos beraten.

Beratungszeiten:
Montag 15.00 – 18.00 Uhr + Mittwoch 10.00 – 13.00 Uhr
Beratung in sozialrechtlichen, aufenthaltsrechtlichen und familienrechtlichen Fragen, allgemeine Sozialberatung, allgemeine und spezielle Orientierungs- und Integrationsberatung, Beratung bei Fragen zu Ehe, Trennung, Scheidung, häuslicher Gewalt und Zwangsverheiratung, Beratung in Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungsfragen, psycho-soziale Beratung, sowohl in deutsch als auch in türkisch möglich.

Arbeitsmarkt

Allgemein zur Situation der Menschen mit Migrationshintergrund

Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Juli 2012 2.876.000 Menschen (Juli 2011 2.939.000) arbeitslos gemeldet. Dem standen 499.847 (492.209) gemeldete offene Stellen gegenüber. Im Bundesdurchschnitt bedeutet das eine Arbeitslosenquote von 7,2% (7,8%).

Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich 2011 fortgesetzt. Nach aktuellen Schätzungen ist das reale Bruttoinlandsprodukt 2011 jahresdurchschnittlich um 3,0 Prozent gewachsen, nach +3,7 Prozent in 2010. Der Arbeitsmarkt hat vom konjunkturellen Aufschwung profitiert: Die Erwerbstätigkeit und darunter vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich im Jahresdurchschnitt 2011 kräftig erhöht, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind deutlich gesunken. Der deutsche Arbeitsmarkt hatte sich in der Krise 2009 als sehr robust erwiesen und im Aufschwung an die Entwicklung des letzten Konjunkturzyklus angeknüpft: in 2011 erreichten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung den jeweils niedrigsten Stand seit 1991 und die Erwerbstätigkeit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Migrant_innen sind trotz der konjunkturellen Erholung und dessen positiven Einflüsse auf den Arbeitsmarkt weiterhin von der Langzeitarbeitslosigkeit stärker betroffen.

Im Juli 2012 lag die Erwerbslosenquote bei Migrant_innen ohne deutschen Pass bei 14,1% (16,1 %), ihr Anteil an allen Erwerbslosen betrug knapp 16,4 %. Einen – im Vergleich zu ihrem Bevölkerungs-

und Beschäftigtenanteil – überproportionalen Anteil an den Erwerbslosen haben Europäer außerhalb der EU, insbesondere Türken.

Berliner Arbeitsmarktdaten

Im Juli 2012 waren in Berlin 216.611(Juli 2011 233.393) Arbeitssuchende registriert. Darunter 47.875 (50.284) Arbeitssuchende mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Während Berlin unter einer recht hohen Arbeitslosenquote von 12,3 % (13,5 %) leidet, ist die Erwerbslosenquote der Migrant_innen mehr als doppelt so hoch. Die Arbeitslosenquote der Migranten_innen mit türkischer Herkunft liegt um 50% und ist damit mehr als verheerend. Die Berücksichtigung der nichtregistrierten Arbeitslosen würde den Aussagewert erhöhen.

Die Initiative des Berliner Senats, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Haushalten zu Erhöhen bestätigt die Behauptung, dass **„Wo eine Wille ist, ist auch ein Weg“** sei**.** In Berlin konnte so der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund erheblich erhöht werden.

Der TBB möchte den Berliner Senat weiterhin ermuntern den angeschlagenen Weg beizubehalten und appelliert weiterhin an die Berliner Unternehmen und Betriebe, an Personalleiter_innen und Ausbildungsleiter_innenn den Beispiel des Berliner Senats zu folgen und vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund in Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse aufzunehmen bis die betrieblichen Belegschaftsstrukturdaten mindestens den Berliner Bevölkerungsstrukturdaten entsprechen.

Arbeitsmarktpolitische Initiativen des TBB

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg macht bei jedem Anlass auf die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt aufmerksam und unterbreitet eigene arbeitsmarktpolitische Vorschläge den zuständigen Stellen gegenüber und entwickelt hierzu Modelle.

Der TBB arbeitet weiterhin an beispielhaften Initiativen und konkreten Maßnahmen zur signifikanten Verbesserung der Einstellung der Migranten_innen hinsichtlich

- notwendiger Qualifizierungen
- der allgemeinen Information über Wege zum Beruf
- der Angebote an Fort- und Weiterbildungsaktivitäten aller Anbieter_innen (Arbeitgeber, Kommunen, Berufsbildungseinrichtungen, VHS etc.)
- der Anerkennung von in Ausland erworbenen Abschlüsse

Interkulturelle Berufsberatung (IKB)

Die Interkulturelle Berufsberatung ist ein TBB Projekt mit drei Beschäftigten im Rahmen des Kumulus Plus Netzwerks. Das Kumulus Plus Netzwerk ist ein durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziertes Projekt und existiert seit Mitte 2005.

Das Hauptziel des zum 31.08.2011 abgeschlossenen Projektes war in erster Linie die Bereitschaft der türkischstämmigen Migranten hinsichtlich der beruflichen Qualifizierung zu fördern und zu unterstützen. Ein weiteres Ziel des Projektes war es, die Erkenntnisse und Erfahrungen der interkulturellen Berufsberatung der IQ-Kompetenzzentren den Akteuren des Arbeitsmarktes auf der Landes- und Bundesebene zur Verfügung zu stellen.

Weit verbreitete institutionelle Schwellenängste von Arbeits- und Ausbildungsplätze suchenden Migrant_innen sollten durch eine interkulturelle Beratung vor Ort abgebaut werden.

Das IKB Projekt hat in dem Zeitraum von 01.01.2011- 31.08.2011 ca. 200 Personen in der Erstberatung informiert und auf dem Weg zu einer berufliche Qualifizierung unterstützt. Mit diesen

Ratsuchenden wurden ca. 300 persönliche Beratungsgespräche geführt und Berufswegeplanungen anhand von Kompetenzfeststellungsergebnissen vorgenommen.

Zweidrittel die Ratsuchenden sind Frauen mit Kindern, die entweder bereits im Arbeitsleben standen und mit allen damit verbundenen Problemen konfrontiert wurden und werden oder Frauen die zum ersten Mal Berufstätigkeit ausüben wollen. Sie sehen sich selbst oft als „Problemgruppe“, da sie Familie und Beruf vereinbaren und damit immer wieder Kompromisse eingehen müssen. Bereits in den Erstgesprächen wurde versucht die Rollenklischees abzubauen und die Unsicherheit der Frauen abzubauen. Da in erster Linie auch finanzielle Zwänge (viele alleinerziehende Mütter; Lebenspartner ebenfalls arbeitslos, Auslaufen der Förderung des AA) die Frauen zwingen sich auf dem Arbeitsmarkt neu zu integrieren, sah das Projekt die Arbeitsaufgabe nicht nur als „Betreuung zur Vermittlung“, sondern auch als „Betreuung zur Lebensorientierung“ an.

Starke Frauen

Das interkulturelle Qualifizierungsprojekt für Frauen „Starke Frauen“ fördert die gesellschaftliche Integration von Frauen türkischer Frauen mit akademischem Potential in Berlin. Es unterstützt somit das Berliner Integrationskonzept auf spezifische Weise und setzt es in die Praxis um. Die Zielgruppe erstrebt eine qualifizierte, anerkannte berufliche Perspektive.

Die Laufzeit des Projektes war: **10.11.2010 - 09.08.2011**

15 erwerbslos gemeldete türkische Frauen erlangen umfassendes Know-How für eine integrative Arbeit in sozialpädagogischen Bereichen.

In einer Potentialanalyse wurden grundlegende Qualifikationen und vorhandene Motivationsstrukturen ermittelt und individuelle Laufbahnplanungen konzipiert. Nach der Qualifizierung erfolgte die Vermittlung und Begleitung in die anschließende Berufstätigkeit.

Anerkennungscoaching

In dem Projekt „Anerkennungscoaching“ geht es darum, in Berlin lebende oder nach Berlin einwandernde Migranten_innen durch die Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation aus dem Ausland den Übergang in qualifizierte Beschäftigung zu verbessern. Die Laufzeit des Projektes erstreckt sich vom 1. November 2011 bis 31. Dezember 2012. Eine Weiterförderung bis 31.12.2014 ist durch die Bundesagentur für Arbeit – Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) beabsichtigt.

Das Projekt Teil des IQ Netzwerks Berlin und wird finanziert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Forschung und Bildung sowie die Bundesagentur für Arbeit.

Bei dem TBB Projekt Anerkennungscoaching handelt es sich um eine spezialisierte Beratung zur Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen vornehmlich der Zugewanderten aller Berufsgruppen, die ihren Berufsabschluss in der Türkei erworben haben.

Die Tätigkeiten im Rahmen des Projektes Anerkennungscoaching umfassen neben der Beratung und Begleitung auch eine Hilfestellung in Bezug auf das Verfassen eines für die anerkennenden Stellen erforderlichen Lebenslaufes nach Europass Vorlage oder aber auch die Antragsstellung beim JobCenter/Arbeitsagentur in Bezug auf die Kostenübernahme für das Anerkennungsverfahren bzw. in gegebenen Fällen der Zeugnisbewertung sowie für erforderliche Übersetzungen.

Darüber hinaus begleitet das Projekt auch nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens, wenn z.B. der Ratsuchende eine Beschäftigung oder eine Qualifizierung wünscht.

Die Qualifikation der Ratsuchenden ist unterschiedlich. Sowohl Personen mit akademischen Abschlüssen als auch mit Berufsabschlüssen suchen die Beratung, die einen sehr hohen Zulauf hat, auf. Seit Januar 2012 haben beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg 50 persönliche Beratungen (Stand: 30.05.2012) mit z.T. intensiver Nachbetreuung und Begleitung stattgefunden. Auch Anfragen per Mail aus dem Ausland werden bearbeitet und die Personen ggf. entsprechend weitergeleitet.

Jugendprojekte

Hoffnung – Aktiv in die Zukunft

Die Qualifizierungsmaßnahme „Aktiv in die Zukunft“ wurde im Rahmen von „Ausbildung in Sicht“ von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie vom Europäischen Sozialfonds finanziert.
Die Qualifizierungsmaßnahme wurde bis Oktober 2011 durchgeführt.

Das Projekt richtete sich an:

- Schulabgänger_innen und Jugendliche mit Migrationshintergrund unter 25 Jahren, insbesondere junge Frauen
- Jugendliche ohne bzw. ohne ausreichende Schulabschlüsse
- Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss, die Vermittlungshemmnisse oder Orientierungsdefizite aufweisen
- Jugendliche mit sprachlichen Defiziten
- Jugendliche ohne ausreichende soziale Kompetenzen.

Move – Zukunft in Sicht

Die Aktivierungshilfe „Move-Zukunft in Sicht“ war ein Verbundprojekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, des Jugendamtes und des Job – Centers des Bezirkes Neukölln, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie des Europäischen Sozialfonds.

Ziel des Projektes war es, Jungendliche individuell auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten, die dauerhafte Integration zu erzielen und sie in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkte zu vermitteln.
Das Projekt endete im Jahr 2011.

Ausbildung? – Nicht allein!
Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung türkischstämmiger Migrant_innen

Hierbei handelte es sich um die Aktivierungs- und Qualifizierungshilfe für benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund mit temporärer Tagesstruktur und spezieller Qualifizierung für den Unterricht an Oberstufenzentren (OSZ). Ausgerichtet ist das Projekt für Jugendliche Arbeitslose aus allen Berliner Bezirken, die Finanzierung erfolgt durch den Europäischen Sozialfond und die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Projekte zur Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg e.V. führt seit 2006 in Zusammenarbeit mit dem JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg im Rahmen des SGB II MAE-Maßnahmen durch, in denen Hartz-IV-Empfänger für eine geringe Aufwandsentschädigung tätig sind („1-Euro-Jobs“).
Im 2011 sind Maßnahmen im Rahmen der „Entgeltvariante“ hinzugekommen. Außerdem wurde das JobCenter Neukölln als Kooperationspartner dazugewonnen.

Ziel der Maßnahmen ist die Verbesserung der Chancen zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch eine öffentlich geförderte, berufsorientierte Beschäftigung und Qualifizierung.

Die Beschäftigung der Teilnehmer_innen findet in gemeinnützigen, sozialen und öffentlichen Einrichtungen sowie Vereinen in den jeweiligen Bezirken statt, wie Kultur- und Sportvereine, darunter auch Mitgliedsvereine des TBB. Dabei wird insbesondere Wert darauf gelegt, die Teilnehmer_innen neigungs- und interessenorientiert einzusetzen. Durch die Beschäftigung erhalten sie Einblicke in unterschiedliche Tätigkeitsbereiche bzw. können bereits vorhandene Kenntnisse erweitern. Außerdem erhalten sie die Möglichkeit, soziale Kompetenzen sowie Arbeits- und Verhaltenstugenden einzuüben, die ihre Teamfähigkeit, ihre Flexibilität und ihr Selbstwertgefühl wiederherstellen. Durch die Teilnahme

an Qualifizierungen wie z.B. Deutsch- und Computer-Kursen, Gabelstaplerschein oder Buchhaltung können die Integrationschancen in den Arbeitsmarkt erhöht werden. Die Qualifizierungen und Fortbildungen werden sowohl beim TBB als auch bei externen Bildungseinrichtungen durchgeführt.

Junge MigrantInnen

Im Projekt „Junge Migranten“ (Projektlaufzeit: 01.08.2009- 30.06.2012) werden berufsvorbereitende Qualifikationsmaßnahmen im Pflegebereich angeboten, die speziell auf junge Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten sind. Es werden dabei kostenlose Vollzeitmaßnahmen von sechsmonatiger Dauer inklusive eines 10- wöchigen Praktikums in einer Pflegeeinrichtung angeboten. Die Kurse sind in die vielfältigen Angebote unseres Kooperationspartners zfm- Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste eingebettet.
Die Zielgruppe profitiert von den individuellen Bewerbungstrainings und dem Netz von Kooperationspartnern des TBB.

Bildungspolitik

Das zweifellos prägende Thema des Schuljahrs 2011-2012 war die Umsetzung des letzten Teils der Schulreform in Berlin. 2011 ist die im Jahr 2008 begonnene Zusammenführung der Haupt-Real-Gesamtschulen zu Integrierten Sekundarschulen abgeschlossen. Auch das neue Probejahr an Berliner Gymnasien hatte seinen ersten Durchgang.
Schon im vorangegangenen Vorstandsbericht begrüßte der TBB grundsätzlich die „Grundüberlegungen“ der Schulreform. Auch wurde darauf verwiesen, dass sich die Reformen aber erst in der Umsetzung bewähren müssen.

Ein Rückblick auf das vergangene Schuljahr zeigt, dass im Großen und Ganzen die Umsetzung erfolgreich war. Die Schulreform - u.a. mit dem Doppel (Abitur-)Jahrgang und dem ersten verkürzten Abiturjahrgang hat sich nicht negativ auf die Abschlüsse ausgewirkt. Laut Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft verringerte sich die Anzahl derjenigen Schüler_innen, die die Prüfung nicht bestanden haben, von 4,6 % im letzten Jahr auf 3,7 % in diesem Jahr.
Der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund beträgt berlinweit 14,1 Prozent (Vorjahr: 15,5 Prozent); davon 8,0 Prozent mit deutscher und 6,1 Prozent ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die größte Gruppe stellen mit einer Zahl von 926 türkischstämmige Schülerinnen und Schüler dar.

Auch die MSA-Ergebnisse sind 2012 besser geworden. So hat ein höherer Anteil (89%) von Schüler_innen, als im letzten Jahr, den Mittleren Schulabschluss (MSA) ohne Nachprüfung bestanden:
(…) Von den rund 2000 zur Teilnahme verpflichteten Schülerinnen und Schülern des 10. Jahrgangs mit türkischer Herkunftssprache bestanden 73 % die Prüfung ohne zusätzliche mündliche Prüfung und 78 % mit (2011: 71 % und 77 %.
Es muss gleichzeitig festgestellt werden, dass die Fusionierung von Schulen und die tatsächliche Umsetzung vor Ort eine große Herausforderung für die Lehrkräfte, Schüler_innen und Eltern war.

Zugleich gibt es weiterhin Bereiche, in denen von einem befriedigenden Zustand nicht gesprochen werden kann. Diese sind u.a. die Abschaffung des verpflichtenden Jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL), wo es mittlerweile den einzelnen Schulen überlassen ist, ob sie JÜL einführen wollen oder nicht, sowie die Umsetzung der Inklusion (Erhöhung des Anteils der Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, am gemeinsamen Unterricht an allgemeinbildenden Schulen).

Nicht zuletzt ist das aktuelle Bildungs- und Teilhabepaket zu kritisieren. Dieses hat den Anspruch den Kindern, Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien beim Zugang zu Bildung sowie Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, jedoch hat sich die Umsetzung durch die bürokratischen Hindernisse sehr unbefriedigend für alle Beteiligten entwickelt. Hier braucht es einer grundlegenden Änderung im System, um Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien einen besseren Zugang zu ermöglichen.

Als ein großes Defizit in der Bildungs- bzw. Schulpolitik ist der Informationsgrad der Eltern festzuhalten. Als Indiz dafür können die Erfahrungen bei der Umsetzung des JÜL und bei der Veränderung der Schulformen herangezogen werden. Obwohl durch das Schulgesetz den Eltern weitgehende Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sind, wird die Information und Unterstützung der Eltern in Bildungsfragen weitgehend als eine „private Angelegenheit“ angesehen. Genau an diesem Punkt setzt der TBB seit Jahren mit seinen Bildungsprojekten (u.a. mit seinen Elternlotsenprojekten) - mit dem Fokus auf Informieren, Motivieren und Aktivieren der Eltern- an.

PROJEKT Koordinierungsstelle Elternlotsen Aktionsraum^{plus} Wedding/Moabit

In der Nachfolge des Projekts „Elternlotsen Berlin Mitte“ begann ab 01.01.2011 das Projekt Koordinierungsstelle Elternlotsen Aktionsraum^{plus} Wedding Moabit“ mit seiner Arbeit.
Das Projekt wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gefördert.

Das zweijährige Projekt hat in erster Linie die Stärkung der an Schulen freiwillig und ehrenamtlich tätigen Personen (wie z.B. ehrenamtliche Elternlotsen) sowie Eltern- und Schülervertreter/innen.
Gleichzeitig sollen die Eltern und Schule mittel bzw. langfristig in die Lage zu versetzt werden konstruktiv miteinander zu kommunizieren.

Für die Erreichung der der o.g. Ziele wurden u.a. folgende
Unterstützungsangebote für die Zielgruppe entwickelt und durchgeführt:

- Fortbildung/Training von Elternvertreter/innen, Schülervertreter/innen und ehrenamtlichen Elternlots/innen
- Aufbau eines ehrenamtlichen Elternlotsenpools
- Steuerung des Einsatzes der ehrenamtlichen Elternlots/innen und begleitendes Coaching
- Unterstützung von Elternvertreter/innen und ehrenamtlichen Elternlots/innen bei Vermittlung von Konfliktfällen zwischen Schule, Eltern, Schüler/innen
- Aufbau und Pflege einer Info-Hotline
- Fachliche Unterstützung von Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung von Eltern- sowie Schulangeboten
- Entwicklung und Verbreitung von Materialien (z.B. Wegweiser, Handreichungen u.a.)
- Heranführung der Eltern an schulische und außerschulische Angebote durch gezieltes Beratungsmanagement und Information
- Netzwerkarbeit im Umfeld der Schule.

Das Projektteam
Das Projektteam setzt sich aus dem Projektleiter, und Lotsenkoordinator/innen türkischer und arabischer Herkunft zusammen.

Projekt
Laufzeit: Januar 2011 bis Dezember 2012

Zielgruppen
Ehrenamtliche Lotsinnen und Lotsen
Elternvertreter/innen

Zielgruppe
Eltern und Schülerschaft
Pädagogische Fachkräfte an Schulen

Zentrale Aufgaben
Aufbau eines ehrenamtlichen Elternlotsenpools
Unterstützung von Elternvertreter/innen
Fortbildung und begleitendes Coaching von ehrenamtlichen Elternlots/innen
Aufbau und Pflege einer Info-Hotline
Steuerung des Einsatzes der ehrenamtlichen Elternlots/innen
Entwicklung und Verbreitung von Materialien und Instrumenten

Zentrale Aufgaben
Begleitung der Eltern im Aktionsraumplus Wedding/Moabit
Aufbau und Pflege einer Info-Hotline
Fachliche Unterstützung von Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung von Eltern- sowie Schulangeboten
Fortbildung von Schülervertreter/innen
Verbreitung vorhandener Materialien (z.B. Wegweiser für Eltern und Andere)

Politische Bildungsarbeit und Beratung von anderen Trägern

Anlässlich des 50. jährigen Jubiläums des deutsch-türkische Anwerbeabkommens bot die Veranstaltung „50 Jahre Migration nach Deutschland - Ein selbstkritischer Blick zurück“ für eine intensive (selbst-)kritische Reflexion über die Herausforderungen und Potenziale des Migrationsprozesses in Berlin und Deutschland

In fünf Arbeitsgruppen wurden von Expert_innen Impulsreferate gehalten und anschließend ein moderierter Austausch ermöglicht. Die Ideen und Zwischenergebnisse aus den Diskussionen wurden in den Gruppen auf Flipcharts festgehalten. Aus den Gruppen wurden politische Forderungen und Selbstverpflichtungen aus der Community abgeleitet und im Anschluss dem gesamten Plenum vorgetragen.

In den Arbeitsgruppen wurden diese Themen behandelt:

- Situation der Frauen (Gleichberechtigung, Gewalt, Zwangsverheiratung)
- Identitätssuche
- Religion (Anerkennung des Islam, Religionsunterricht, Rolle der Religion im sozialen Leben)
- Rolle der türkischen Presse im Integrationsprozess
- Türkische Ökonomie

Nach den Berichterstattungen der Arbeitsgruppen wurden die Ergebnisse im Plenum diskutiert. Die im Konsens beschlossenen Forderungen wurden über eine Powerpoint-Präsentation allen Teilnehmenden sichtbar gemacht.

Nach einer Pause wurde das Format geändert. In Form einer Fish-Bowl-Diskussion wurden diverse Vertreter_innen und ehemalige Akteur_innen von Migrant_innenselbstorganisationen dazu eingeladen, über ihre eigenen Beiträge zum 50 jährigen Migrationsprozess nachzudenken und in Austausch mit allen Teilnehmenden zu gehen. Es gab mehrere Runden, in denen die einzelnen Dekaden von den jeweiligen Vertreter_innen dieser Zeit zu Wort gekommen sind. Dies führte gleichzeitig auch zu einem intergenerationellen Lernen.

„Vor-Ort-Büro“ - Externe Koordinierungsstelle Lokaler Aktionsplan Wedding Zentrum / Brunnenstr. Süd - Osloer Straße - Moabit

Der TBB- führt seit dem 01. Mai 2011 aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenzen Stärken- die externe Koordinierung des Loka-len Aktionsplan für Berlin-Mitte in drei Fördergebieten durch. Hierfür hat der TBB ein Vor-Ort-Büro errichtet. Es ist zu unterstreichen als erste Migrant_innenorganisation die Funktion einer Externen Koordinierungsstelle in diesem Programm erfüllt.

Förderschwerpunkte:

- Stärkung der demokratischen Bügergesellschaft
- Demokratie- und Toleranzerziehung
- Soziale Integration

Projekttyp

- Projekt zum Aufbau von Netzwerken
- Projekt zur Unterbreitung von Beratungsangeboten
- Projekt zur Gestaltung von Diskussion- und Informationsveranstaltungen

Zielgruppe

- Jugendliche in strukturschwachen Regionen

- Jugendliche aus "bildungsfernen" Milieus
- Eltern und andere Erziehungsberechtigte
- Erzieherinnen und Erzieher
- Lehrerinnen und Lehrer
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Ziele und Inhalte

Ziel der externen Koordinierungsstelle (des Vor-Ort-Büros, abgek. V-O-Büro) ist die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans (LAP) in Abstimmung mit der Lokalen Koordinierungsstelle beim Bezirksamt-Mitte von Berlin. Der LAP im Programmgebiet Wedding Zent-rum/Brunnenstr. Süd hat den Schwerpunkt Schule und Gemeinwesen. Dabei sollen die Ziele des Programms "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" hauptsächlich an, und im Umfeld von, Schule verwirklicht werden. Zielführend ist dabei die verbesserte Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Unterstützungsangeboten in der Region. Das V-O-Büro nimmt dabei eine Schlüsselposition zur Vernetzung der verschiedenen im LAP täti-gen Akteure, wie BgA, Einzelprojektträger, Lokale Koordinierungsstelle und anderen im Fördergebiet aktiven Netzwerkstellen, wie der Sozialen Stadt QM und den Aktionsräumen Plus.

Der LAP im Programmgebiet Osloer Straße und Moabit wird über die Weiterführung u. d. Ausbau der Koordinierungsstelle das Ziel verfolgen, die Handlungsschwerpunke des Bundes-programmes im Fördergebiet umzusetzen und die Zielsetzungen zu erreichen.

Sie übernimmt die lokale Vernetzung bzw. Aktivierung bisheriger LAP Akteure unter Einbe-ziehung neuer Akteure im Bezirk.

Im ersten Schritt wird der Kontakt zu wichtigen Akteuren im BA und der Zivilgesellschaft auf-genommen, um gemeinsam die bisherigen Erfahrungen aus dem LAP heraus zu bewerten und zu analysieren. Diese werden aktiv in die Arbeit des Begleitausschusses eingebunden.

Kooperationspartner

QuartiersmanagerInnen, Quartiersrat, IntegrationslotsInnen, Migrantenselbstorganisationen, Bürgerinitiativen, Vereine, Schulen, Betriebe/Unternehmen, Träger der politischen Bildung, Träger der Jugendhilfe, Träger der außerschulischen Bildung, Medien, BewohnerInnen, Träger der Jugend- und Sozialarbeit,
Schulaufsicht, Schulamt, Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Integrationsbeauftragte, SchuldirektorInnen, Jugendamt-Mitte, Ordnungsamt und Polizei und Präventionsbeauftragte im Bezirk
Die aufgeführten Kooperationspartner werden im Rahmen der BgA-Arbeit integriert und ggf. zu ExpertInnenmeinungen befragt, sowie deren Handlungsempfehlungen eingearbeitet.
Das Vor-Ort-Büro wird im Rahmen von „Toleranz Fördern-Kompetenzen stärken“ von dem Bundesministerim für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Die Trägerbegleitung findet nach telefonischer Terminvergabe in den Projekträumen des TBB statt.

Antidiskriminierungsarbeit

Rassismus

Rassistische Diskurse

Ob durch Aussagen von Politiker_innen, Wahlkampagnen oder medialen Berichtserstattungen sind Menschen oft rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. Der TBB versucht in solchen Fällen zeitnah und öffentlichkeitswirksam dagegen vorzugehen.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Presseerklärung

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 23.03.2011

+++ Die Serienbrandanschläge beunruhigen die türkische/migrantische Bevölkerung in Berlin +++

Zahlreiche Berliner/innen vorwiegend türkischer und arabischer Herkunft teilten seit Tagen dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg telefonisch, per E-Mail sowie persönlich ihre Angst und Unsicherheit nach den Brandstiftungen in mehreren Berliner Wohnhäusern mit.

Meldungen der Berliner Polizei zufolge fehlten von Täter/innen jegliche Spur. Auch gebe es keine Indizien hinsichtlich der Tatmotive. Während der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Steltner, davon spricht, dass es keine Hinweise auf eine rassistisch motivierte Tat oder Taten gebe, soll die Polizei verschiedene Tatmotive für möglich halten: „Täter können Pyromanen oder mit Feuer spielende Kinder sein, persönliche Gründe wie Eifersucht oder Rache können eine Rolle spielen, zudem gibt es viele Fälle von Versicherungsbetrug (www.sueddeutsche.de [14.03.2011]).

„Die migrantischen Communitys sind besonders darüber beunruhigt, dass die Brandanschläge gerade in den Wohnhäusern und Wohngebieten verübt worden sind, in denen ein sehr hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ansässig sind. Auch ziehen sie Parallelen zu den Brandanschlägen auf Berliner Moscheen“, sagte Vorstandssprecher des TBB, Serdar Yazar.

„Die Aussagen von Innenminister Friedrich <Der Islam gehört nicht zu Deutschland> und die vom CSU-Vorsitzenden Seehofer <Die Berliner Koalition wird sich bis zur letzten Patrone dagegen sträuben, dass wir eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsystem bekommen>, haben die Menschen mit Migrationshintergrund ohnehin schon sehr verletzt. Nun sehen viele Berliner/innen mit Migrationshintergrund die Brandanschläge als Folge dieses diskriminierenden Diskurses – das ist nachvollziehbar, so Yazar weiter.

„Es wäre falsch zum jetzigen Zeitpunkt voreilige Schlüsse zu ziehen. Genauso falsch wäre es aber, rassistisch motivierte Straftaten auszuschließen“, so Yazar abschließend. Der TBB kündigte an, die Ermittlungen zu beobachten, die betroffenen Familien zu besuchen und ein Gespräch mit dem Innensenator zu führen.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 3326901
Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens vom Finanzamt für Körperschaften als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Presseerklärung

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🗎 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 27.04.2011

Sozialdarwinismus zu relativieren bedeutet Sozialdarwinismus zu tolerieren

Die Haltung der SPD-Führung im Fall Sarrazin ist unseriös. Die SPD hat Sarrazin im Bund, in Berlin und in seinem Kreisverband Sozialdarwinismus und parteischädigendes Verhalten bescheinigt und gemeinsam seinen Parteiausschluss beantragt. Alle Antragsteller haben nun ihre Anträge zurückgezogen. Diese Einigkeit ist ohne vorherige Absprache nicht möglich. Die Erklärung der Beteiligten, es gebe kein abgekapartes Spiel, ist nicht glaubwürdig.

Die Erklärung der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Sarrazin habe seine sozialdarwinistischen Äußerungen relativiert und damit sei eine gütliche Einigung erzielt, bedeutet, dass die SPD Führung nunmehr bewusst solche Positionen dulden will um in rechten und migrationsfeindlichen Kreisen Wähler zu gewinnen.

Offensichtlich geht die SPD-Führung hierbei gleichzeitig davon aus, dass die innerparteilichen Proteste und der Aufschrei der Migrantencommunities und ihrer Verbände gegen den Verbleib von Sarrazin und seinen sozialdarwinistischen Thesen in der SPD nach kurzer Zeit verstummen werden.

Hier irrt die SPD Führung.

Der TBB fordert alle Parteimitglieder der SPD mit Migrationshintergrund auf, nicht aus der SPD auszutreten und nachhaltigen Widerstand gegen einen Rechtsruck und Populismus zu leisten.

Es liegen die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vor uns.

Die SPD darf nicht darauf bauen, dass die Wahlbevölkerung mit Migrationshintergrund dieses Einknicken vor dem Populismus bis zu den Wahlen vergessen wird. Sie wird einer populistischen SPD keine Stimmen geben.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 3326901
Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens vom Finanzamt für Körperschaften als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🗎 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 15.05.2011

Die neonazistischen Übergriffe in Kreuzberg: Resultat von politischer Brandstiftung und fehlender gesellschaftlicher Ächtung von Populismus

Aufgemuntert von rassistischen Attacken der Rechtspopulisten Sarrazin und seiner Wegbereiter wollten die Neonazis unter dem Motto "Wahrheit macht frei“ in Kreuzberg marschieren. Mit migrantenfeindlichen Parolen gingen sie auf die Migrant/innen los. Nach Medienberichten sollen regelrechte Jagdszenen beobachtet worden seien.

Die geplante Demonstration in Berlin-Kreuzberg konnte durch das Einschreiten aufrechter Demokrat/innen nach kurzer Zeit beendet werden.

Der Türkische Bund in Berlin Brandenburg verurteilt die Übergriffe aufs Schärfste und sieht einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem in letzter Zeit zunehmenden Populismus in Teilen der Gesellschaft.

Der Vorstandsprecher des Türkischen Bundes in Berlin Brandenburg, Hilmi Kaya Turan sagte: „Erst handeln die politischen Brandstifter und als Nächstes kommen die braunen Ratten aus ihren Löchern gekrochen.“

Das war in der Vergangenheit nicht anders. „Die Erfahrungen aus Solingen, Mölln, Hoyerswerda dürfen nicht vergessen werden. Es müssen endlich Gesetze her, die nicht nur die Vollstrecker, sondern auch die Anstifter wie Sarrazin zu Verantwortung ziehen und entsprechend bestrafen“, so Turan weiter. Solange der Populismus gegen Migrant/innen nicht gesellschaftlich geächtet wird, wird sich neonazistisches Gedankengut bestärkt fühlen.

In Berlin leben nicht nur politische Brandstifter. Trotz Sarrazin und seine Wegbereiter gibt es eine entschlossene Zivilgesellschaft, die bisher jeden Naziaufmarsch in Berlin erfolgreich verhindern konnte. „Unsere Anerkennung gilt allen, die sich gegen Rassismus und neonazistische Gewalt stellen.“

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 3326901
Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens vom Finanzamt für Körperschaften als besonders förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt.

AUFRUF - Bunt statt Braun

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ruft zur Teilnahme auf.

Friedrichshain – Kreuzberg gegen Rassismus

Für einen interkulturelles und vielfältiges Friedrichshain-Kreuzberg, für eine weltoffene und tolerante Stadt, gegen Rassismus, Hetze und Nationalismus!
Das Verwaltungsgericht hat uns verpflichtet, der Rechtspopulisten von „Pro Deutschland“ am 30.06.11 den BVV Saal im Rathaus Kreuzberg für eine Veranstaltung zur Verfügung zu stellen.
Unser Bezirk ist vielfältig und interkulturell. Gemeinsam stellen wir uns gegen die Hetze und Ausgrenzung durch „Pro Deutschland“.

Die Rechtspopulisten von „Pro Deutschland“ versuchen, gesellschaftliche Auseinandersetzungen, rassistisch aufzuladen. Wir nehmen ihre Propaganda als das was sie ist: einen gezielten Angriff auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von Religion und Herkunft. Solche Angriffe werden wir nicht dulden. Wo Bürgerinnen und Bürger ausgegrenzt werden, können wir nicht weg sehen. Wir müssen präsent sein und den Ausgrenzern ein breites Bündnis der Vielfalt entgegen stellen.
Deshalb wollen wir ein Zeichen für ein tolerantes Friedrichshain-Kreuzberg und ein weltoffenes Berlin setzen, eine Stadt, die die Menschenwürde schützt und die Religionsfreiheit achtet, weil sie aus ihrer Vergangenheit gelernt hat.

Wir rufen dazu auf, die Veranstaltung aktiv, friedlich, entschlossen und präsent zu begleiten

Termin: Donnerstag, der 30.06.2011 von 19:00 bis 22:00
Treffen der Initiativen, Vereine etc.: ab 16:00
Ort.: Yorckstr. 4 – 11 – Rathaus Kreuzberg -, 10965 Berlin

Kein Platz für Pro Deutschland in Friedrichshain-Kreuzberg
Deshalb: Friedrichshain - Kreuzberg zeigt Gesicht!
Unter dem Motto:Miteinander statt gegeneinander: Wir lassen uns von niemandem aufhetzen!
treffen sich Initiativen und Institutionen des Bezirkes im Kreuzberger Rathaus und machen deutlich: in Friedrichshain – Kreuzberg wird niemand ausgegrenzt.
Eine wunderbare Gelegenheit, die Vielfalt des Bezirkes kennen zu lernen, sich zu vernetzen, Gemeinsamkeiten zu entdecken und Projekte auszubrüten.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🖷 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 10.08.2012

Mely Kıyak darf nicht mundtot gemacht werden!

Nach dem Escheinen des Artikels „Liebe Wissensgesellschaft“ am 19. Mai 2012 steht die renommierte Kolumnistin der Frankfurter Rundschau und der Berliner Zeitung, Mely Kıyak, unter Beschuss der der rechtsextremen Bloggerszene, aber auch der Boulevardmedien.

In der ersten Kritikwelle schien die von Kıyak verwendeten Metapher über Thilo Sarrazin und seinem Auftritt in der Sendung von Günther Jauch im Fokus gewesen zu sein. Die Kolumnistin entschuldigte sich dafür, dass sie unwissentlich auf eine körperliche Beeinträchtigung von Sarrazin hingewiesen hat.
„Wenn jedoch die Ausdrucksweise der Kritik und das systematische Vorgehen gegen die Person von Kıyak näher betrachtet wird, so ist klar, wo der Schuh drückt“, sagte Çiçek Bacik, Sprecherin des TBB. „Es beunruhigt uns, wie der Springer-Verlag auf den Zug der rechtsextremen Szene springt und somit eine systematische Einschüchterungskampagne gegen Rassismuskritik in unserer Gesellschaft verfolgt“, so Bacik weiter.

Es ist daran zu erinnern, dass bereits vor dem Erscheinen des Sarrazin-Bestsellers „Deutschland schafft es ab“ der Springer Verlag im „Bild“ und „Spiegel“ Vorabdrucke des Buches vorgenommen und somit ein Forum für die Verbreitung rassistischen Gedankenguts geschaffen hatte. Auch der öffentlich rechtliche Rundfunk hatte sich sichtlich hinter Sarrazin gestellt und ihm die Möglichkeit gegeben, in zahlreichen Talkshows Millionen Einwanderer_innen muslimischen Hintergrunds öffentlich zu verleumden. Mely Kıyak wurde medial unter Druck gesetzt, sich für ihre Äußerungen an Sarrazin zu entschuldigen. Niemand hat sich bis heute für die unzähligen rassistischen Beleidigungen entschuldigt, die unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit ungestört verbreitet werden. „Wer darf was, wann sagen? Wer genießt die schützende Hand der kulturellen Hegemonie und wer nicht? Diese Fragen müssen wir uns stellen“, sagte Bacik. „Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend eine Medienbeobachtungsstelle zur Eindämmung der rassistischen Diskurse einzurichten. Nur so kann das funktionierende Zusammenleben aufrecht erhalten werden und die verletzte Würde vieler Menschen, die Rassismus erfahren, wieder hergestellt werden.“, so Bacik abschließend.

Der TBB unterstützt die Solidaritätskampagne im Ballhaus Naunynstrasse am 8. Juni, um 20:00: „LIEBE MELY KIYAK... - Ein Abend für unsere Lieblingskolumnistin: Wider die Hetzkampagne!“ und ruft alle rassismuskritischen Menschen in Berlin dazu auf, an diesem Abend teilzunehmen.

Individualbeschwerde vom TBB und Verfahren vor dem UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) gegen Deutschland

Im letzten Vorstandsbericht wurde berichtet, dass nach den rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin sich der TBB entschlossen hatte, nach Ausschöpfung aller landes- und bundesgesetzlichen Möglichkeiten eine Klage beim *Commitée on the Elimination of Racial Discrimination* (CERD) gegen Deutschland einzureichen. Voraussichtlich wird der Ausschuss Ende August 2012 diese Beschwerde behandeln.

Im Rahmen dieser Beschwerde fand mit dem Deutschen Insitut für Menschenrechte ein Austauschtreffen statt, das zu dieser Beschwerde auch eine Stellungnahme verfasste, dessen weite Teile der TBB als seine Position bei CERD einreichte.

Landesantidiskriminierungspolitik

Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

Wie bereits in den letzten Vorstandsberichten ausgeführt, ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ein sehr wichtiges Instrument bei der Bekämpfung von Diskriminierungen. Allerdings zeichnet es durch eine Reihe von Schwächen aus. So sieht das AGG bspw. kein ausreichendes Verbandsklagerecht vor und auch der Schutz in einem solch zentralen Lebensbereich wie Bildung ist aufgrund der Anlage des AGGs als Bundesgesetz nur unzureichend gegeben. Darüber hinaus werden auch solche wichtigen Diskriminierungsmerkmale wie z.B. der soziale Status vom AGG nicht umfasst. Daher ist aus der Sicht des TBB eine grundsätzliche Nachbesserung/Erweiterung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes unabdingbar. Auch wenn dies - mit Blick auf die aktuelle Bundesregierung - zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl wenig realistisch erscheint, gilt es die Forderung nach einem Ausbau der Antidiskriminierungsgesetzgebung aufrechtzuerhalten, um so für sich ändernde politische Verhältnisse vorzubauen.

Dies gilt insbesondere auch für die Berliner Landesebene. Der TBB setzt sich mit Nachdruck für die Verabschiedung eines Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) ein, das einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten könnte, die antidiskriminierungsrechtlichen Lücken – zumindest in auf Länderebene geregelten Bereichen – wirksam zu schließen. Wie bedeutsam ein LADG ist, wird umso mehr vor dem Hintergrund deutlich, dass bspw. staatliche Bildung (also Schulen und Universitäten etc.), aber auch die Polizei, viele Bürger_innendienste sowie soziale Sicherungssysteme auf Landesebene geregelt werden und so in den Geltungsbereich eines LADG fallen würden. Ein LADG könnte ferner die durch das AGG geschützten Merkmale um andere, wie z. B. den sozialen Status, erweitern und einen wirksameren Rechtsschutz über eine verbesserte Beteiligung, Auskunftsrechte und Klagebefugnisse von Verbänden sichern. Darüber hinaus könnte die Stärkung der Verbindlichkeit positiver Maßnahmen (affirmative action) und die bessere Verknüpfung mit anderen chancengleichheits- oder teilhabeorientierten Gesetzen wie dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG), dem Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG), dem Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIngG) oder der UN-Behindertenrechtskonvention gewährleistet werden und so Synergieeffekte hervorgerufen werden. Nicht zuletzt könnte die Förderung und Weiterentwicklung der Berliner Beratungsinfrastruktur dauerhaft durch ein LADG gesichert werden.

Hinsichtlich einer Konkretisierung eines Berliner LADG hat sich in der letzten Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses einiges getan. Seinen vorläufigen Höhepunkt nahmen die Vorarbeiten für ein Berliner LADG am 5.7.2011, als im Rahmen einer von der Landesantidiskriminierungsstelle Berlin (LADS) organisierten Fachwerkstatt, der von Alexander Klose erarbeitete Entwurf für ein Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz vorgestellt und von einer Expert_innenrunde, an der das ADNB des TBB auch präsent war, u.a. hinsichtlich seiner Praxistauglichkeit diskutiert wurde. Eine Dokumentation des Fachgesprächs, die auch den Entwurf für ein LADG umfasst, wurde von der Landesantidiskriminierungsstelle Berlin veröffentlicht. Im Entwurf des LADG ist dabei insbesondere auf die besondere Stellung der Landesantidiskriminierungsstelle Berlin (LADS) hinzuweisen, deren Position und Befugnisse durch ein LADG nachhaltig gestärkt werden könnten. Das ADNB des TBB hat zum von Alexander Klose vorgelegten Entwurf für ein Berliner LADG darüber hinaus auch ein Paper mit Statements veröffentlicht, das online eingesehen werden kann.

Der TBB hat die Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes zum Wahlprüfstein für die Berliner Wahlen im September 2011 gemacht. Die auf der Webseite des TBB veröffentlichten und am 25.08.2011 im Rahmen einer Pressekonferenz des TBB präsentierten Antworten der Parteien machen jedoch deutlich, dass einzig DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hinter einem LADG stehen, während die SPD eine Prüfung ankündigt und CDU sowie FDP ablehnend reagieren.
Darüber hinaus hat das Projekt Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB des TBB) über den TBB als Mitglied des bundesweiten Dachverbandes der unabhängigen Antidiskriminierungsstellen – Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) Wahlprüfsteine zur „Antidiskriminierungskultur in Berlin und Deutschland“ erarbeitet. Die Antworten der Parteien bestätigten das oben skizzierte Gesamtbild.

Angesichts dieser Konstellation ist daher bei der aktuellen Regierungskoalition aus SPD und CDU wohl kaum mit weiteren Schritten hin zu einer Verabschiedung eines Berliner LADG zu rechnen. Dies wird auch am Koalitionsvertrag deutlich (s.u.). Nichtsdestotrotz setzt sich der TBB nachdrücklich dafür ein, die Diskussionen um ein Berliner LADG nicht *ad acta* zu legen, sondern weiter an diesem wichtigen Baustein für eine Berliner Antidiskriminierungskultur und -realität zu arbeiten.

Darüber hinaus fordert der TBB nach wie vor die die Ratifikation der neuen Gleichbehandlungsrichtlinie (GBR) der Europäischen Union. Diese hätte für Deutschland die positive Folge, dass der Geltungsbereich der Antidiskriminierungsgesetzgebung der Diskriminierungsschutz aufgrund der Religion, des Alters, einer Behinderung oder sexuellen Orientierung erweitert wird. Während die vier bereits bestehenden Antidiskriminierungsrichtlinien Schutz vor allem in den Bereichen Arbeit und Zivilrechtsverkehr bieten, möchte der aktuelle Richtlinienvorschlag den Schutz auf den öffentlichen Sektor allgemein und auf den privaten Sektor in den Bereichen des Sozialschutzes, der sozialen Vergünstigungen, der Bildung, des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum, ausweiten. Seit dem letzten Tätigkeitsbericht ist in dieser Hinsicht leider keine neue Entwicklung zu verzeichnen.

Antidiskriminierungspolitik im Koalitionsvertrag 2011-2016

Im Koalitionsvertrag 2011-2016 zwischen der Berliner SPD und der CDU Berlin, der am 23. November 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus unterzeichnet worden ist, finden sich erwartungsgemäß wenig explizite Hinweise auf weitreichende, die von der Regierungskoalition zu verfolgende Landesantidiskriminierungspolitik bestimmende, Programmatiken. Die im Vertrage ausgedrückte Absicht, Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen, eine gesetzliche Regelung zum wirksamen Schutz vor Diskriminierung herbeiführen und die Gewährleistung einer niedrigschwelligen Beratungsinfrastruktur, bleibt hinsichtlich der Frage der Umsetzung eher vage. Einzig die Stellung der LADS wird im Koalitionsvertrag deutlich hervorgehoben und soll in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Der TBB wird die Entwicklungen innerhalb der Berliner Antidiskriminierungspolitik genau beobachten und kritisch begleiten. Dabei sollte der Schutz vor Diskriminierung und das Empowerment der Betroffenen an erster Stelle stehen.

Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR)

Bereits vor einiger Zeit hat der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen des Berliner Senats dem Senat nahegelegt, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) zu initiieren. Der Senat ist dieser Empfehlung nachgekommen und hat auf Seiten der Verwaltung die LADS mit der Federführung beauftragt. Mit dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB) wurde auf Seiten der Zivilgesellschaft ein zentraler Player in der Berliner Migrant_innenselbstorganisationsszene mit der Koordination der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten beauftragt. Der MRBB organisierte vor diesem Hintergrund mehrere Tagungen und Gesprächsrunden. Die Ergebnisse der zivilgesellschaftlichen Beiträge zum LAPgR wurden darüber hinaus in einer umfassenden Publikation mit dem Titel „Institutioneller Rassismus – Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“ veröffentlicht.

Vorstandsmitglieder des TBB und seine Mitarbeiter_innen vom ADNB sind seit 2009 in alle Aktivitäten des LAPgR eingebunden gewesen. Die Mitarbeiter_innen haben insbesondere in den Bereichen Justiz, Bildung, Wirtschaft und Gesundheit durch die Übernahme von Koordinator_innenfunktionen an einer zentralen Schlüsselstelle bei der Erarbeitung des LAPgR mitgewirkt. In den Berichtszeitraum fielen dabei insbesondere eine Tagung zur Priorisierung der von Seiten der Zivilgesellschaftsvertreter_innen vorgebrachten Empfehlungen sowie Gespräche mit Vertreter_innen

der Senatsverwaltungen, auf den diese noch einmal mit den zuständigen Vertreter_innen der Verwaltung diskutiert wurden.

Die über 300 Empfehlungen, die von den Zivilgesellschaftsvetreter_innen erarbeitet wurden, fanden bei den zuständigen Senatsverwaltungen jedoch nur bedingt Gehör. Nur sehr wenige Empfehlungen wurden von diesen aufgegriffen und umgesetzt. Hieran wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Institutioneller Diskriminierung in der Berliner Verwaltung erst angefangen hat.

Der TBB ist ein Antidiskriminierungsverband nach § 23 AGG

Der TBB ist ein nach § 23 AGG anerkannter Antidiskriminierungsverband. Dies bedeutet, dass der TBB vor Gericht als Beistand auftreten und auch Kläger_innen in Gerichtsverfahren, bei denen kein Anwält_innen-/Anwaltszwang besteht, unterstützen kann. Im Jahr 2011 nahm der ADNB des TBB in drei Fällen als Beistand gem. § 23 AGG an arbeitsrechtlichen Gerichtsverfahren teil. In einem weiteren Fall konnte der ADNB des TBB aufgrund der Tatsache, dass das gerichtliche Verfahren in einem anderen Bundesland durchgeführt wurde keine Beistandschaft leisten. Im Jahr 2012 nahm der ADNB des TBB bisher in einem Fall als Beistand gem. § 23 AGG an einem Gerichtsverfahren teil. Die Beistandsschaft ist dabei als Instrument für den Antidiskriminierungsbereich jedoch nicht ausreichend. Vielmehr braucht es die Möglichkeit des Verbandsklagerechts.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
🖷 030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 14.06.2011

Diskriminierung vor Discotüren Europas – leider auch in Berlin

Die Erfahrungen der Beratungsstelle des Antidiskriminierungsnetzwerkes des TBB im Berliner Nachtleben konnten durch Testings am vergangenen Wochenende bestätigt werden. Diese Aktion wurde von Mitgliedern des europäischen Netzwerkes EGAM (European Grassroots Antiracist Movement) in mehreren europäischen Städten durchgeführt.

Junge Männer mit einem vergleichbaren Outfit suchten den Zugang zu den Clubs „E4", „Adagio", „40 seconds" und „Felix". Das Ergebnis fiel für die türkeistämmigen Deutschen Partygänger wie vermutet negativ aus. Die Tür des Clubs „40 seconds" blieb ihnen verschlossen, da an diesem Abend nur Leute eingelassen wurden, die dem Club bekannt sind, so die Türsteher. Seltsam sei nur, dass auch die *weiß*-Deutschen Testpersonen zum ersten Mal diesen Club besuchten und trotzdem hineintreten durften. Im „Felix" wurde die Zutrittsverweigerung damit begründet, dass der Club nicht sehr voll und der Klientel älter sei – komisch nur, dass alle Testpersonen alle etwa gleich alt sind und die Testpersonen, die den Zugang erhalten haben, berichteten, dass der Club zu diesem Zeitpunkt gut besucht und von der Altersstruktur heterogen war.

Serdar Yazar, Vorstandssprecher des TBB, nannte mehrere Ziele, die mit diesem Testing-Verfahren verbunden sind:
„Wir möchten
- die Öffentlichkeit über die diskriminierende Türpolitiken der Clubtreiber/innen, die zumeist schwer zu durchschauen sind, informieren,
- die von Diskriminierung betroffenen Menschen insbesondere über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz informieren und ihnen Wege zeigen, wie sie handlungsfähig sein können,
- die Gewerbeämter auf die Diskriminierung der Gewerbetreibenden aufmerksam machen,
- Gewerbetreibende und das Sicherheitspersonal hinsichtlich der diskriminierenden Einlasspraxis von Männern mit Migrationshintergrund (Männern of Color) dahingehend sensibilisieren, dass sich langhaltig eine diskriminierungsfreie Nachtszene in Berlin etabliert."

„Der TBB wird das Testing- Verfahren in diesem Jahr auch in anderen Lebensbereichen wie beim Wohnungsmarkt oder in Bewerbungsverfahren praktizieren", kündigte Yazar an.

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB des TBB)

Seit seiner Gründung im Jahr 2003 leistet das ADNB des TBB eine wichtige Arbeit im Antidiskriminierungsbereich. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Senats von Berlin.

Die zentralen Ziele des ADNB des TBB sind:

- die Etablierung und Festigung einer Berliner Antidiskriminierungskultur
- die Sensibilisierung für Diskriminierung und Machtverhältnisse
- das Empowerment von People of Color, Muslim_innen und Menschen mit Migrationsgeschichte
- die Qualitätssicherung der Antidiskriminierungsberatung und -arbeit
- das Voranbringen der Vernetzung zwischen Antidiskriminierungsakteur_innen.

Die drei Schwerpunktbereiche der Arbeit des ADNB des TBB sind:

1. Beratung, Intervention und Prävention
2. Koordination und Vernetzung der Antidiskriminierungsarbeit
3. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Beratung: Von Jahr zu Jahr wenden sich mehr und mehr Betroffene an die Beratungsstelle. Dies kann sowohl als ein Beleg für die Bedeutung der Arbeit des ADNB des TBB, als auch als ein Zeichen für den hohen Bedarf an qualifizierter Antidiskriminierungsberatung verstanden werden. Während in den Jahren 2003 bis 2005 insgesamt 125 Diskriminierungsfälle beim ADNB des TBB bekannt wurden, verdoppelte sich deren Zahl im Zeitraum von 2006 bis 2008 auf 242. Dieser Anstieg hat sich auch in der Folgezeit fortgesetzt: Im Jahr 2009 wurden dem ADNB des TBB 119 Diskriminierungsfälle mit 200 Betroffenen bekannt. Im Jahr 2010 waren es 116 Fälle mit 149 Betroffenen. Im Jahr 2011 stieg diese Zahl – u.a. auch aufgrund der Neugründung des Netzwerks gegen Diskriminierung von Muslimen im Jahr 2010 – noch einmal an: So wurden vom ADNB des TBB im Jahr 2011 insgesamt 206 Diskriminierungsmeldungen mit 310 Betroffenen bearbeitet.

Im Folgenden werden alle Meldungen tabellarisch entsprechend der Bereiche als Überblick dargestellt.

Diskriminierungsmeldungen 2011 aufgelistet nach Bereichen:

Bereiche	Meldungen	Betroffene
GÜTER/ DIENSTLEISTUNGEN	**62**	114
Wohnungsmarkt	*18*	*49*
Unterhaltungsgewerbe	*13*	*28*
Öffentliche Verkehrsmittel	*6*	*6*
Einzelhandel	*5*	*6*
Gesundheitswesen	*5*	*4*
Freizeit und Sport	*4*	*5*
Sonstiges	*11*	*16*
ARBEITSWELT	**41**	41
Arbeitsplatz	*25*	*25*
Arbeitssuche	*16*	*16*
BILDUNG	**37**	65
Schulen	*24*	*53*
Hochschulen	*5*	*4*
Weiterbildungsträger	*5*	*5*
schulische Ausbildung	*2*	*2*
ÄMTER/BEHÖRDEN	**31**	37
Polizei	*11*	*14*
Jobcenter	*5*	*5*
Ausländerbehörde	*3*	*5*
Landesamt für Gesundheit u. Soziales	*3*	*3*
Jugendamt	*3*	*2*
Sonstiges	*6*	*8*
SOZIALE DIENSTE	**11**	26
Kinderbetreuung	*8*	*23*
Verein	*2*	*2*
Altenhilfe	*1*	*1*
SOZIALER NAHRAUM	**8**	12
ÖFFENTLICHER RAUM	**7**	10
MEDIEN	**5**	3
POLITIKER/ PARTEIEN	**3**	1
SONSTIGES	**1**	1
Insgesamt Berlin **Frauen** **Männer** **Ohne Angabe**	**206** **157** **152** **1**	**310**

Ausführliche Falldarstellungen und Zahlen zu den Beratungsfällen, Diskriminierungsbereichen und Diskriminierungsmerkmalen aus der Beratungspraxis des ADNB des TBB finden sich in den in regelmäßig (alle zwei bis drei Jahre) herausgegebenen Antidiskriminierungsreports, die auch online eingesehen werden können.

Für das Jahr 2012 ist – angesichts des sich im ersten Halbjahr abzeichnenden Trends – noch einmal mit einer Steigerung der Fallzahlen zu rechnen.

Antimuslimischer Rassismus

„Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“

Das im August 2010 in Kooperation mit Inssan für kulturelle Interaktion e.V. gegründete Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen kann mittlerweile als ein unverzichtbarer Teil der Berliner Antidiskriminierungslandschaft beschrieben werden, da es das einzige Projekt darstellt, das speziell Menschen anspricht, die von antimuslimischen Rassismus betroffen sind. Die im Rahmen des Projekts durchgeführten Workshops zu Antidiskriminierungsrechten und die Schulung von lokalen Antidiskriminierungsbeauftragten in Moscheen und muslimischen Vereinen hat mit dazu beigetragen, die Betroffenen vor Ort zu erreichen und die Communities zu empowern. Dies wird auch an den steigenden Beratungsfallzahlen deutlich. So lag im Jahr 2011 bei 59 dem ADNB des TBB bekannt gewordenen Fällen eine Diskriminierung mit antimuslimisch rassistischer Bezugnahme vor. Ob der steigenden Fallzahlen ist es auch unablässig, dass die über das Projekt finanzierte Teilzeitstelle für Beratung, die bis zum 31.12.2012 finanziert ist, auch darüber hinaus weiter gehalten wird.

Vernetzung: Das ADNB genießt nicht nur in der Berliner Landschaft ein hohes Ansehen als Kooperationspartner sondern auch bundesweit. So ist der TBB bspw. Gründungsmitglied und aktiver Gestalter des Antidiskriminierungsverbands Deutschland (s.u.). Die Etablierung eines Antidiskriminierungsmainstreamings in Berlin ist nicht ohne ein starkes Bündnis von NGOs möglich und bedarf neben Allianzen vor allem auch eines Wissenstransfers. So ist das ADNB des TBB bspw. immer wieder Ansprechpartner für Wissenschaft und Forschung zu antidiskriminierungsrechtlichen Fragestellungen und kann so deren Inhalte und Ergebnisse mitgestalten. Gleichzeitig gehen so auch theoretische Erkenntnisse in die Praxis ein. Auf der Ebene der Vernetzung ist das ADNB selbst Teil mehrerer Netzwerke (bspw. des beim Integrationsbeauftragten angesiedelten Beratungsnetzwerkes), koordiniert jedoch auch zwei vom ADNB initiierte Netzwerke:

- Das 2003 gegründete Beratungsnetzwerk gegen Rassismus und Diskriminierung ist mittlerweile auf über 35 Mitgliedsorganisationen angewachsenen. Das Netzwerk trifft sich regelmäßig alle zwei Monate um aktuelle Themen aus der Beratungspraxis zu diskutieren. Darüber hinaus werden Sonder- und Fortbildungstermine organisiert. Ziel des Netzwerks ist die Vernetzung, der Austausch und die Professionalisierung von im Bereich AD-Bereich tätigen Organisationen.
- Das 2005 gegründete Netzwerk Berliner Anwält_innen gegen Rassismus und Diskriminierung verfügt ebenfalls über mehr als 30 Mitglieder, die sich 2 Mal im Jahr treffen.

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit: Die Bildungsangebote des ADNB des TBB fanden in der Vergangenheit in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin statt. Im Jahr 2011 konnten so zwei Diversity-Training-Grundkurse und ein Aufbauseminar durchgeführt werden. Des Weiteren wurde Ende 2011 / Anfang 2012 ein aus zwei dreitägigen Modulen bestehendes Empowerment-Training für People of Color, Schwarze Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte durchgeführt. Darüber hinaus hat der ADNB des TBB im Berichtzeitraum viele kleinere Veranstaltungen zu (anti-)diskriminierungsbezogenen Themenstellungen sowie AGG-Schulungen für diverse Zielgruppen in Schulen, Universitäten, Nachbarschaftsinitiativen, Vereinen und Parteien u.a. durchgeführt.

Das ADNB des TBB bietet seine Dienste seit 9 Jahren an. Die jährliche Verlängerung zeigt allerdings eine prekäre Situation, die es in den nächsten Jahren dringlich zu lösen gilt. Wünschenswert wäre eine Regelfinanzierung, die u. a. auch auf wachsende Bedarfe reagieren kann, die durch die Finanzierung zur Zeit nicht möglich sind (z.B. Stellenaufstockung für Beratung, mehr öffentliche Präsenz, mehrsprachige Publikationen für diverse Zielgruppen, Umfragen z.B. zum Beratungsbedarf und Zugang zu Zielgruppen, Fachtage u. ä.).
Es ist sehr zu begrüßen, dass das Projekt am 24.06.2011 in der ersten europaweiten Antirassismus-Preise der Stiftung des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (ENAR) zu den Preisträgern gehört.

Homophobie

Die Antidiskriminierungsarbeit des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg verfolgt einen horizontalen Ansatz. Er legt großen Wert darauf, sowohl mehrdimensionale Diskriminierungen von Menschen in den Blickfeld zu nehmen, als auch dagegen vorzugehen, wenn in Diskursen versucht wird etwa Rassismus gegen Homophobie auszuspielen.

Im August 2011 stellten der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) und der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) bei einer Pressekonferenz einen gemeinsam erarbeiteten Elternbrief zum Thema gleichgeschlechtliche Liebe vor.

Der mehrsprachige Brief wird zu Schuljahresbeginn von der Berliner Bildungsverwaltung an alle Berliner Schulen versendet.

Bei der Pressekonferenz wurden zudem die vom LSVD Berlin-Brandenburg im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ erstellten Handreichungen zum Thema Mobbing an Schulen vorgestellt.

SWR.de, 11.08.2011

Gegen Mobbing bei gleichgeschlechtlicher Liebe

Anlässlich des bevorstehenden Schuljahresbeginns in Berlin haben der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) und der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) einen gemeinsam erarbeiteten Elternbrief zum Thema gleichgeschlechtliche Liebe vorgestellt.

Der mehrsprachige Elternbrief soll in den kommenden Tagen von der Berliner Bildungsverwaltung an alle Berliner Schulen versendet werden.

Zudem wurden die vom LSVD Berlin-Brandenburg im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" erstellten Handreichungen zum Thema Mobbing vorgestellt. Es wurden zielgruppenspezifische Materialien für Schulleitungen, für Lehrkräfte, für Sozialarbeiter sowie für Schülerinnen und Schüler produziert. Die Materialien werden nun den Schulen zur Verfügung gestellt.

Der Elternbrief ist in deutsch-arabisch und deutsch-türkisch verfasst. "Kinder und Jugendliche sollen lernen, allen Menschen Respekt und Akzeptanz entgegen zu bringen, egal ob die andere Person hetero-, homo- oder bisexuell ist", heißt es in dem Brief. Diese Aufgabe müsse in der Familie und Schule gleichermaßen wahrgenommen werden, damit bei Kindern und Jugendlichen eine positive Einstellung zu Liebe und Sexualität und Respekt für alle Menschen wachsen könne.

Außerdem haben die Veranstalter eine Handreichung mit dem Titel "Mobbing an der Schule aufgrund der sexuellen Identität" veröffentlicht. Die Broschüre geht auf Mobbing ein und wie man Mobbing verhindern kann. Angesprochen wird das Schulpersonal.

Ausblick Legislaturperiode 2012 - 2014

In der nächsten Legislaturperiode wird der TBB (weiterhin) folgende antidiskriminierungspolitische Schwerpunkte setzen:

- Anschub eines Landesantidiskriminierungsgesetzes
- Mitarbeit an der Konzeption eines Landesprogramms zur Bekämpfung von Diskriminierung (mit eigenem Budget in Höhe von 2 - 5 Millionen Euro)
- Initiierung kontinuierlicher und mehrsprachiger Antidiskriminierungskampagnen
- Sicherung von Mitteln zur finanziellen Unterstützung strategischer Prozessführung
- Einsatz für die Einführung Positiver Maßnahmen, um strukturelle Diskriminierung nachhaltig zu bekämpfen
- Etablierung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in Berliner Verwaltungen als Modell für die Privatwirtschaft
- Bessere finanzielle Ausstattung und Erweiterung der Kompetenzen der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

IV. Kontakte zu Dachverbänden

Türkische Gemeinde in Deutschland

Auf dem Bundeskongress 2012 wurde Kenan Kolat erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die Stellvertreter_innen aus Berlin sind Hilmi Kaya Turan und Ayşe Demir. In den Bundesvorstand wurden Yemliha Koc, Serdar Yazar, Çiçek Bacık, Mehtap Çağlar und Didem Yüksel gewählt.

Auf dem Bundeskongress wurde mit einer Satzungsänderung eine Geschlechterquote beschlossen. Damit wurde zum ersten Male in der Geschichte der Einwandererorganisationen eine verbindliche und harte Quote eingeführt.

Die TGD ist in wichtigen Gremien wie zum Beispiel an der Steuerungsrunde des bundesweiten Integrationsprogramms des BAMF, im Bundesbeirat für Integration, an der Deutschen Islamkonferenz sowie am Integrationsgipfel und dessen Arbeitsgruppen vertreten.

Der TBB hat gemeinsam mit der TGD mehrere Aktionen gegen Rassismus in Deutschland durchgeführt. Dazu gehören z.B. eine Mahnwache zu Ehren der Opfer des sog. NSU am Brandenburger Tor, sowie die Aktion „Handeln! Jetzt! Es ist 5 vor 12!“ am Tag gegen Rassismus.

Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB)

Der Migrationsrat ist ein Dachverband von Migrantenselbstorganisationen, der 2004 auch mit Hilfe des TBB gegründet wurde. Zurzeit vereinigt der Migrationsrat 74 Mitglieder unter seinem Dach. Bei den letzten Migrationsratwahlen ın diesem Jahr wurde Didem Yüksel als Vertreterin des TBB in den Vorstand gewählt.

Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd)

Der Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd) wurde 2007 in Berlin von verschiedenen im Antidiskriminierungsbereich tätigen unabhängigen Beratungseinrichtungen gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern des advd gehört auch der TBB. Der advd hat sich dabei zum Ziel gesetzt, Qualitätskriterium für eine professionelle Antidiskriminierungsberatung zu erarbeiten und bei den Mitgliedsorganisationen ein kontinuierliches Qualitätsmanagement zu betreiben. Im Jahr 2012 führt der advd ein aus Mitteln der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) gefördertes Projekt zur Qualifizierung von Antidiskriminierungsberater_innen durch, aus dem auch eine Handreichung hervorgehen soll. Darüber hinaus erlaubt es der advd, auch auf Bundesebene mit starker Stimme für einen Ausbau des Antidiskriminierungsschutzes zu sprechen. Der TBB ist in der Person von Serdar Yazar seit Februar 2011 im Vorstand des advd vertreten.

V. TBB als Ansprechpartner der Berliner Politik

16.05.2011

TBB besucht die Linksfraktion

Der neue Vorstand des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg hat am 16.Mai 2011 die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus besucht.

Themenschwerpunkte dieses Besuchs waren: die zukünftigen Aktivitäten des TBB in der neuen Wahlperiode, der Neonaziaufmarsch in Kreuzberg am 14. Mai, der Rechtspopulismus in der deutschen Gesellschaft und in den Medien sowie das Partizipations- und Integrationsgesetz in Berlin.

17.05.2011

TBB Vorstand besucht Innensenator Körting

Der TBB-Vorstand hat den Innensenator Dr. Erhard Körting besucht. Am Gespräch nahmen die Vorstandssprecher Hilmi Kaya Turan, Cicek Bacik und der Geschäftsführer Kenan Kolat teil. Gesprächsthemen waren die Situation in der Ausländerbehörde, das Einbürgerungsverfahren und die Aufenthaltsproblematik von migrantischen Jugendlichen.

Der Innensenator sicherte zu, dass er sich das Thema "Ausländerbehörde" noch einmal annehmen werde und erklärte sich bereit, die Aufenthaltserlaubnisfrage von Jugendlichen nochmal zu prüfen.

Turan und Cicek erklärten nach dem Gespräch, dass sie weiterhin die Missstände in der Ausländerbehörde dem Innensenator mitzuteilen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu machen.

25.05.2011

Antrittsbesuch bei Bezirksbürgermeister Hanke

Nach der Wahl eines neuen Vorstandes im März 2011 hat der TBB-Vorstand dem Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte, Dr. Christian Hanke, einen Antritssbesuch erstattet.

Am Gespräch nahmen Çiçek Bacik, Sprecherin des Vorstandes, Mehmet Koc und Taner Atakan, Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes teil. Die Vorstandsmitglieder haben dem Bezirksbürgermeister die neuen Vorhaben des TBB vorgestellt und sich bereit erklärt, im Bezirk Mitte aktiver zu werden.

25.08.2011

TBB besucht Heinz Buschkowsky

Der TBB-Vorstand hat den Bürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky besucht. Am Gespräch nahmen der Vorstandssprecher Serdar Yazar und die geschäftsführenden Vostandsmitglieder Alişan Genç, Nalan Arkat und Derya Sarıca teil.

Die Vorstandsmitglieder haben dem Bezirksbürgermeister die neuen Vorhaben und die Projekte des TBB vorgestellt. Herr Buschkowsky informierte die TBB-Vertreter/innen über seine Integrationpolitik.

30.08.2011

Die Linke zu Besuch beim TBB

Der Spitzenkandidat der Partei Die Linke und Senator für Wirtschaft und Frauen, Harald Wolf, die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, der Landesvorsitzende Klaus Lederer, der Fraktionsvorsitzende Udo Wolf und die türkischstämmigen Kandidat/innen für das Abgeordnetenhaus Hakan Tas, Kadriye Karci, Figen Izgin und Nurda Tazegül haben den Türkischen Bund besucht. Am Gespräch nahmen von TBB-Seite die Vorstandssprecher Hilmi Kaya Turan, Cicek Bacik, Serdar Yazar, die Vorstandsmitglieder Nalan Arkat, Alişan Genç, Aydin Özsoy und der Geschäftsführer Kenan Kolat teil.

Hilmi Kaya Turan erläuterte, dass der TBB alle Parteien angeschrieben und um Stellungnahme zu unseren Wahlprüfsteinen gebeten hat. Die Forderungen des TBB würden demnach von der Partei Die Linke fast in allen Punkten erfüllt. Sowohl Herr Wolf als auch andere Politiker der Linken haben betont, dass sie immer auf die Expertise des TBB gesetzt haben und auch in Zukunft setzen wollen.

19.04.2012

Kurdische Gemeinde zu Berlin zu Gast beim TBB

Engere Zusammenarbeit zu Rassismus und institutionelle Diskriminierung in Deutschland geplant

Am 19. April 2012 tauschten sich die Vorstände der Kurdischen Gemeinde zu Berlin und des TBB über ihre Tätigkeiten und geplanten Aktivitäten in diesem Jahr aus. Zu der bisherigen Zusammenarbeit beider Organisationen konnte eine positive Bilanz gezogen werden. Hervorgehoben wurden die deeskalierenden Aufrufe zu einem friedlichen Zusammenleben aller Minderheiten in Berlin sowie das Engagement im Hinblick auf das Partizipationsgesetz.

Die Dachverbände nahmen sich zukünftig eine engere und regelmäßige Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen institutionelle Diskriminierung in Schulen, Zugang zum Arbeitsmarkt und Diskriminierung bei der Wohnungssuche vor. Das nächste Treffen soll im Juni stattfinden.

17.05.2012

TBB Adalet ve Tüketici Hakları Koruma Senatörü Heilmann'ı ziyaret etti

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Adalet ve Tüketici Hakları Koruma Senatosu Thomas Heilmann ile bir araya geldi.

TBB adına Sözcüler Çiçek Bacık, Hilmi Kaya Turan ve Genel Sekreter Serdar Yazar'ın katıldığı görüşmede Heilmann'a 5 maddelik bir istem ve öneri paketi sunuldu:

1- Hukuk alanında göçmen kökenli personelin oranı artsın
2- Hukukçularda İnsan Hakları Eğitimi'ne daha fazlı ağırlık verilsin ve böylelikle özellikle savcı ve hakimlerin ayrımıcılık konularında duyarlılıkları arttırılsın
3- İşlenen suçlarda ırkçılık motifi yasal temele dayandırılarak göz önünde bulundurulsun
4- Mahkumlar hapishanelerde ırkçılığa karşı güvenceye alınsın
5- Berlin Tüketici Koruma Merkezi daha fazla tanıtım, çokdilli ve ücretsiz danışmanlık ile göçmenlere yönelik açılım yapsın.

13.05.2012

TBB Korsanlar ile görüştü

Partiler ile görüşmeler

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Eyalet Meclisi'nde Korsanlar Berlin Fraksiyonu Uyum Sözcüsü Fabio Reinhardt ile bir araya geldi.

TBB adına Sözcü Çiçek Bacık, Yönetim Kurulu Üyesi Aydın Özsoy, Anadolu-Umutspor Başkanı Yemliha Koç ve Genel Sekreter Serdar Yazar'ın katıldığı görüşmede TBB siyasi istemlerini dile getirdi.

Korsanlar partisi için Katılım Politikası'nın ve ırkçılığa karşı çalışma yapmanın öneminin farkında olduklarını belirten Reinhardt, bu alanlarda TBB gibi sivil toplum kuruluşlarının bilgi ve görüşlerinin kendi çalışmaları için çok faydalı olduğunun altını çizdi.

Reinhardt, Korsanların istemleri arasında Alman vatandaşlığına geçişte kolaylık, Çifte Vatandaşlık, Yabancılara Yerel Seçimlerde Oy Hakkı ve Berlin Eyaleti kapsamında Ayrımcılık Yasası bulunduğundan, partinin TBB ile geniş bir ortak zemini olduğunu söyledi.

TBB heyeti Korsanların çok çabuk bir şekilde büyüme kaydettiklerini ve başarılarının devamlılığı için katılım ve göçmen politikalarında kalıcı çözüm üretmeleri ve parti içinde göçmen kökenli insanlara yer vermeleri gerektiğini vurguladı.

13.05.2012

TBB ve Yeşiller Partisi arasında görüş alış verişi

Ayrımcılık konusu Katılım Politikası'nın en önemli parçası

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Yeşiller Berlin Fraksiyonu ile bir araya geldi. Toplantıya Yeşiller Partisi adına Berlin Fraksiyonu Eşbaşkanları Bettina Jarasch, Daniel Wesener ve Uyum Sözcüsü Susanne Kahlefeld katılırken, TBB adına Yönetim Kurulu Üyesi Aydın Özsoy ve Genel Sekreter Serdar Yazar görüşmede yer aldı.

TBB, ayrımcılık konusunun Berlin'nin Katılım Politikası'nın en önemli unsuru olarak kabul edilmesi ve bu siyasetin bu yönde somut adımlar atmasını ve muhalafet partilerinin bunun takipçisi olmaları gerektiğini vurguladı.

Irkçılığa Karşı Eylem Planıuygulansın - İş başvuruları anonim şekilde yapılsın

Görüşmede katılımı arttırmak ve ayrımcılığı önlemede ilk başta devlet dairelerinin topluma örnek olmaları gerektiği konusunda ortak görüş belirtildi. Buna başlangıç olarak sivil toplum kuruluşları tarafından hazırlanan Irkçılığa Karşı Eylem Planı'nın uygulamaya geçmesi ve devlet dairelerinde anonim iş başvurusu sistemine geçilmesi önerildi.

Göçmenler merkezi semtlerden uzaklaştırılıyorlar

TBB heyeti dar gelirli insanların ve bunların arasında bulunan göçmen kökenli insanların Berlin'nin merkezi ve rağbet gören bölgelerinden kira artışlarıyla ve bir çok farklı yönetemlerle uzaklaştırıldığını şiddetle eleştirdiğini söyledi. Yeşiller Partisi TBB ve farklı bölgelerdeki kiracı inisyatifleri ile birlikte bu konu üzerinde ortak çalışma yapmak istediğinin altını çizdi.

VI. Finanzen

Finanzstruktur des TBB

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg erhält Zuwendungen für seine Projekte. Diese Zuwendungen sind zweckgebunden. Die finanziellen Ressourcen des TBB andere Aktivitäten und Dienstleistungen sind begrenzt. Für diese Zwecke sind die Beitragszahlungen der Mitglieder sowie Sponsoren notwendig. Außerdem müssen die jährlich steigenden Eigenbeiträge für bestimmte Zuwendungen (z.B. ein Eigenanteil von 20 % für das Zentrum für Integration, Beratung und Partizipation und 10% für ADNB) erwirtschaftet werden. Da anzunehmen ist, dass die Zuwendungsgeber voraussichtlich den Eigenanteil zukünftig höher ansetzen werden, müssen dringend neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Anlage

Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18.09.2011

Ausländerbehörde

Forderung: Die Ausländerbehörde wird in den Zuständigkeitsbereich des Senats für Integration, Arbeit und Soziales zugeordnet.

Begründung:

Die Ausländerbehörde ist zur Zeit dem Senatsverwaltung für Inneres zugeordnet. Die Senatsverwaltung für Inneres ist in erster Linie für die Sicherheits- und Ordnungsfragen zuständig. Die Ausländerbehörde soll die nach Berlin eingereiste Menschen als Anlaufstelle in Aufenthaltsfragen betreuen, ihnen gesetzlich vorgeschriebene Genehmigungen erteilen und sie zu weiteren notwendigen Diensten und Schritten lotsen. Die Behörde ist nicht für Sicherheitsfragen, sondern für die gesellschaftliche Partizipation der Einwanderer zuständig. Die Zuordnung der Behörde in den Senatsverwaltungen hat zugleich einen Signalcharakter, wie die Einwanderer durch die Berliner Gesellschaft empfunden werden.

Forderung:

In der Behörde wird eine zentrale Beschwerdestelle eingerichtet. Die Aufgabe der Beschwerdestelle ist es die Beschwerden der Kunden aufzunehmen, zu dokumentieren und über die Ergebnisse der Beschwerdeprüfung und ergriffenen Maßnahmen vierteljährig Bericht zu erstatten. Die Berichte gehen an einen Beirat, der aus Mitgliedern des Integrationsrates, aus Migrantenvertretern und aus zuständigen der Senatsverwaltung besteht.

Begründung:

In den letzten Jahren haben sich Beschwerden über die Behandlung der Kunden und Besucher bei der Ausländerbehörde vermehrt. Es geht in erster Linie um das Verhalten einige Mitarbeiter. Berichte zu folge werden Menschen regelrecht schikaniert, angeschrien und trotz der günstigen Aktenlage ihren rechten beraubt. Dieser Zustand wird nicht nur von den Betroffenen zur Sprache gebracht, sondern auch von Ihren Begleitern - Sozialarbeiter, Rechtsanwälte, Politiker - bestätigt.

Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen - EU-Türkei-Assoziationsratsbeschluß 1/80

Forderung: Die Aufenthaltsgenehmigungen von in der Bundesrepublik geborenen oder aufgewachsenen bzw. langjährig ansässigen Drittstaatsangehörigen werden trotz Bezug von Transferleistungen mindestens jeweils um ein Jahr verlängert.

Begründung:

Auch wenn die Jugendlichen keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind sie Teil der Bundesrepublik Deutschland und gehören zu unserer Stadt. Sie sind hier sozialisiert und werden weiterhin hier leben. Die Aufgabe des Staates ist, diesen Jugendlichen eine Perspektive anzubieten, wie Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit. Die Unterscheidung darf nicht lange hingenommen werden.

Forderung: Die Regelungen der EU-Türkei-Assoziationsrates (1/80 ARB) werden entsprechend den EuGH-Entscheidungen uneingeschränkt angewandt. Hierzu findet eine Informationskampagne statt.

Begründung:

In den letzten Jahren häufen sich viele Urteile, die die Rechte der türkischen Staatsangehörigen bestärken.
Leider werden diese sehr spärlich in das natioanle Recht umgesetzt. Die türkischen Staatsangehörigen sind
fast und praktisch den EU-Staatsangehörigen durch den ARB 1/80 (und 3/80) gleichgestellt. Der Senat soll
aufgefordert werden, eine Informationskampagne

Forderung: Ehemaligen deutschen Staatsangehörigen ist eine Niederlassungserlaubnis gemäß § 38 AufentG zu erteilen.

Begründung:

Durch die Annahme der türkischen Staatsangehörigkeit nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit
haben viele türkischstämmige Menschen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren. §38 AufentG
ermöglicht dieser Gruppe ihren alten Status wieder zu verleihen. Die Regelung 2005, die der Innensenator
mit dem TBB vereinbart hatte, wurde denjenigen, die wieder die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen
haben, genützt. Jedoch war diese Regelung für die Gruppe, die keinen Wiedereinbürgerungsantrag gestellt
haben, ins Leere gelaufen. Viele bekamen befristete Aufenthaltserlaubnisse und haben Probleme mit neuen
Mietsverträgen oder können keine Kredite aufnehmen.

Bildung

Forderung: Die Berliner Bildungseinrichtungen werden angewiesen, keine Deutschpflicht für die Pausen bzw. Freizeit zu erlassen.

Begründung:

Die KMK hat in ihrer Tagung beschlossen, dass das Verbot von anderen Sprachen nicht nur nicht sinnvoll
ist, sondern die Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung negativ beeinflussen kann. Wenn auf der einen
Seite die Mehrsprachigkeit geprägt wird, aber auf den Schulhöfen insbesondere Türkisch-Sprechen verboten
wird, ist dies nicht hinnehmbar und stellt eine Diskriminierung dar.

Forderung: Das Land Berlin sichert zweisprachige Angebote.

Begründung:

Sowohl die KMK als auch der Nationale Integrationsplan stellen fest, dass Mehrsprachigkeit ein Gewinn ist
und die Herkunftssprachen gefördert werden sollen. In den letzten Jahren fährt der Senat die Angebote
zurück, verrentete Lehrer werden nicht mehr ersetzt.

Forderung: Der Wertausgleich zwischen den Bezirken ist nach sozialen Kriterien neu anzuordnen. Die sozial schwachen Bezirke sollen nach diesen Gesichtspunkten besser finanziell ausgestattet werden. In diesen Bezirken sollten geringe Klassenfrequenzen eingeführt werden.

Begründung: In den sozial schwachen Bezirken ist der Aufwand und Bedarf an den Schulen viel höher.

Landesantidiskriminierungsgesetz (ADG)

Forderung: Das Land Berlin erlässt ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).

Begründung:

Grundsätzliches Ziel eines Landesantidiskriminierungsgesetzes ist die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes in Berlin zur nachhaltigeren Durchsetzung des Rechts auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Ein LADG kann nur für die Bereiche greifen, die in die alleinige Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen. Dies vorausgeschickt sollte ein LADG folgende Punkte beinhalten:

- Gegenüber dem Anwendungsbereich des AGG, müsste ein LADG weitere Anwendungsbereiche absichern. Diese könnten z. B. sein: Bildung, Gesundheit, Soziales und eventuell auch Zugang zu Öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie allgemeine Verwaltungsverfahren.
- Verankerung eines wirksameren Rechtsschutzes über eine verbesserte Beteiligung, Auskunftsrechte und Klagebefugnis von Verbänden/Personalräten (Stichwort Verbandsklagerecht!)
- Stärkung der Verbindlichkeit positiver Maßnahmen und bessere Verknüpfung mit anderen chancengleichheits- oder teilhabeorientierten Gesetzen wie dem Landes-Gleichstellungsgesetz (LGG), dem Landes-Gleichberechtigungsgesetz (LGBG), dem Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIngG) oder der UN-Behindertenrechtskonvention.
- Ergänzung der im AGG genannten und geschützten Merkmale bspw. um das Merkmal Sozialer Status.
- Gezieltere Adressierung der Problematik der Mehrfachdiskriminierung.
- Stärkung der Kompetenzen einer auf ministerieller Ebene eingesetzten Landesantidiskriminierungsstelle.
- Weiterentwicklung und dauerhafte finanzielle Förderung einer niedrigschwelligen und alle Merkmale umfassenden Beratungsinfrastruktur (am besten natürlich bei der LADS und nicht überall verteilt, wie es im Moment ist).

Einbürgerung

Forderung: Das Land Berlin startet eine Einbürgerungskampagne. Ferner setzt das Land Berlin das Staatsangehörigkeitsgesetz so um, dass die Prüfung des Lebensunterhalts die Situation auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt. Von der restriktiven Handhabung ist abzusehen. Des Weiteren ist eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, das Staatsangehörigkeitsgesetz in dieser Frage und für die Zulassung von Mehrstaatigkeit zu novellieren.

Begründung:

Die Zahl der Einbürgerungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Neben der Bundesgesetzgebung ist die restriktive Handhabung insbesondere bei der Prüfung des Lebensunterhalts dafür eine der Gründe. Das Land Berlin kann hier aufgrund der prekären Situation der Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt adäquate Lösungen finden. Außerdem ist hierfür eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vorzunehmen.

Arbeitsmarkt

Forderung: Das Land Berlin startet eine Initiative zur Bekämpfung der Stigmatisierung von Menschen wegen ihre Kultur und Herkunft. Die Initiative zielt unter anderem darauf ab, die Unternehmen und Personalverantwortlichen gegen Diskriminierungen zu sensibilisieren und sie dafür zu gewinnen, bei Personaleinstellungen verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen bzw. auszubilden. Die Initiative wird bis zur Erreichung einer Gleichstellung der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Beschäftigungs- und Ausbildungsquote aufrecht erhalten. Die finanzielle Ausstattung der Initiative ist sicherzustellen

Begründung:

Seit der Wiedervereinigung werden in verschiedenen Bereichen der deutschen Gesellschaft den Menschen mit Migrationshintergrund Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben, die diskreditierbar sind. Bis zur Wiedervereinigung waren auch Migranten feste Bestandteile der betrieblichen Belegschaftsstrukturen. Sie sind eher dem Personalabbaupolitik der 90 er Jahre geopfert worden. Eine aktuelle Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt. Das gelte auch für Hochqualifizierte und für die Kinder von Zuwanderern. Demnach schnitten Migranten auch bei gleicher Bildung deutlich schlechter ab als die übrige Bevölkerung. So liege etwa die Beschäftigungsquote bei zugewanderten Hochschulabsolventen nur bei 68 % gegenüber 84 % bei in Deutschland geborenen Akademikern. Bei einer Unterteilung zur einzelnen Ethnien würden große Unterschiede von Beschäftigungs- und Ausbildungsquoten festgestellt werden. Besonders Menschen mit türkischen, kurdischen und arabischen Herkunft schneiden auch bei gleicher Bildung weit schlechter ab als andere. Das ist ein Ergebnis der seit Jahrzehnte geführten gesellschaftlichen Stigmatisierungen. Die Menschenrechte in der Tradition der europäischen Aufklärung widersprechen u.a. der Stigmatisierung von Personen und sollen ihr entgegenwirken. Zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt empfiehlt die OECD u. a. die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen, einen früheren Besuch von Kindergärten sowie speziell auf Migranten zugeschnittene Praktikumsprogramme, um Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern herzustellen.

Islam

Forderung: In Berlin ist eine islamische theologische Fakultät an einer Universität einzurichten.

Begründung:

In Berlin leben über 270.000 Muslime, die ein Anrecht auf religiöse Unterweisung haben wie die evangelischen und katholischen Kinder. Zur Zeit finden islamischer und alevitischer Religionsunterricht statt. Die Lehrkräfte, die hierfür benötigt werden, sollten in Deutschland ausgebildet werden.

Forderung: Das Land Berlin bietet einen Islamkunde-Unterricht an.

Begründung:

Neben den bestehenden Angeboten einiger Verbände sehen wir es als sinnvoll, für säkulare Muslime, die ihre Kinder nicht in die bestehenden Angebote schicken, auch ein Angebot anzubieten.

Flüchtlingspolitik

Forderung: Das Land startet eine Bundesratsinitiative zur Legalisierung von papierlosen Menschen.

Begründung:

Es ist höchste Zeit, durch eine Amnestie einen Schlussstrich über die „Illegalität“ der Menschen zu ziehen.
Hierzu bedarf es einer Initiative im Bundesrat.

Forderung: Das Land Berlin setzt sich für die Aufhebung der Residenzpflicht der Flüchtlinge ein.

Begründung:

Die von Flüchtlingsorganisationen seit Jahren aufgestellte Forderung zur Aufhebung der Residenzpflicht wird
vom Türkischen Bund unterstützt.

YÖNETİM KURULU RAPORU

12.03.2011 – 11.08.2012

Terör hiç bir zaman yeraltında yaşamadı. O hep göz önündeydi. İnsanlar göz göre öldü. Evler görünür şekilde yandı. Asıl yeraltında tutulan Irkçılık kelimisedir. Hem cinayet ve yıkımın, hem de bir skandal niteliğinde yürütülen soruşturmaların sebebi ırkçılıktır.

(Kaynak: Berliner Zeitung, 14.07.2012)

İçindekiler

I. Giriş ve Genel Değlendirme **59**

II. Örgütlenme ve Üyelerle İlişkiler **60**

III. Genel Gelişmeler **62**

- **Uyum ve Göç Sorumlusu Günter Piening'in görevden ayrılması** **62**
- **Diplomaların Tanınması Yasası'nın yürürlüğe girmesi** **63**
- **Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü'nün (NSU) ırkçı cinayetleri** **64**

IV. Politik Alanlar ve Danışmanlık **71**

V. Çatı Örgütlerimiz **75**

VI. Mali Durum **76**

VII. Aus den Mitgliedsvereinen / Üye Dernek Aktiviteleri **77**

- **BGTM** **77**
- **BETÜSAB** **78**
- **Young Voice TBB** **79**
- **TEVBB** **80**

I. Giriş ve Genel Değerlendirme

15 Mart 2011 Tempelhof-Schöneberg Belediye-Salonunda yapılan TBB olağan genel kurulunda seçilen Yönetim Kurulu görev bölümü:

- Hilmi Kaya Turan (Sözcü)
- Çiçek Bacık (Sözcü)
- Serdar Yazar / Alişan Genç (Sözcü)
- Mehmet Koç (Sayman)
- Derya Sarıca (Yardımcı Sayman)
- Nalan Arkat (Üye)
- Taner Atakan (Üye)
- Esin Özuzun (Üye)
- Aydın Özsoy (Yedek Üye / Üye)

Tüzüğün öngördüğü bu bölümün yanısıra, YüKu üyelerinin **sorumluluk** alanları da belirlendi:

Politik Sorumluluk Alanları	**Sorumlu YK Üyesi**
İsdihdam ve Meslek Eğitimi	**Alişan Genç**, Taner Atakan
Okul Eğitimi	**Nalan Arkat,** Esin Özuzun, Taner Atakan
Ayrımcılık ve Dışlanma	**Serdar Yazar,** Aydın Özsoy, Derya Sarıca
Gençlik	**Derya Sarıca**, Mehmet Koç
Kültür	**Çiçek Bacık**, Derya Sarıca
Yaşlılar / Emekliler	**Aydın Özsoy**, Nalan Arkat
Sağlık	**Nalan Arkat**
Din	**Serdar Yazar**, Çiçek Bacık, Aydın Özsoy, Alişan Genç
Spor	**Çiçek Bacık**, Mehmet Koç
Göç ve Katılım	**Hilmi Kaya Turan**, Alişan Genç, Çiçek Bacık
Medya	**Çiçek Bacık**
Aile	**Esin Özuzun**, Mehmet Koç
Kadın	**Esin Özuzun**, Mehmet Koç
Bilim	**Çiçek Bacık**
Çevre Koruması	**Nalan Arkat**
Diğer Alanlar	
Üye Dernekler	**Mehmet Koç,** Taner Atakan, Alişan Genç, Aydın Özsoy
TGD Temsilciler Kurulu	**1) Alişan Genç**, Çiçek Bacık **2) VS-Mitglied**
MRBB Temsilciler Kurulu	**Serdar Yazar**, Mehmet Koç
İslam-Forumu / Islam-Okul	**Alişan Genç**, Serdar Yazar, Mehmet Koç
Kültür Kurulu	**Çiçek Bacık**
Friedrichshain-Kreuzberg İlçe Kurulu	**Mehmet Koç**, Aydın Özsoy
Migranten SenWFT	**Mehmet Koç**
Personelden Sorumlu	**Hilmi Kaya Turan**, Mehmet Koç, Serdar Yazar

	Mehmet Koç, Aydın Özsoy
	Hilmi Kaya Turan, Mehmet Koç, Serdar Yazar

II. Örgütlenme ve Üyelerle İlişkiler

Üye Politikası

TBB'nin üye ve sosyal tabanının genişletilmesi önemli amaçlarından biridir. Çıkar örgütlenmelerinin en önemli özelliği taban ve tavan arasındaki ilişkilerin sağlam ve sürekli olmasıdır.

Bu dönemde Çorum-Der, FAM (eski adı IMA) ve Türk Topluluğu yeni üye olarak TBB'ye katılmışlardır. Bu şekilde üye dernek sayısı 30'a çıkmıştır.
Yönetim Kurulu bu dönem bireysel üye kazanmada özel bir gayret göstermiştir. Üye sayısı 56'dan 75'e yükselmiştir.

Gerek örgütsel, gerekse bireysel üye kabul etme politikasında bundan böyle de çok özenli davranılması gereklidir. TBB'nin çalışma anlayışını bilen, esprisini ve amacını iyi kavramış kuruluşlara ulaşmamız gereklidir. Bu nedenle gelecekte de, üye başvuruları duyarlı bir şekilde incelenecektir.

Çalışanlar

TBB kendisini 'klasik' bir proje taşıyıcısı olarak algılamamaktadır. Projeler TBB'nin yaptığı siyesi çalışmaları desteklemesi, bazı sosyal sorunları daha yakından tkip edebilmesi ve Berlinlilere önemli hizmetler sunabilmesi ve elde ettiği sonuçlarla yapıcı siyasi istemler üretebilmesi için önemlidir.

2011 yılında değişik projelerine çoğunluğu (yıllık devlet finasmanına bağlı olduğundan) süreli iş akitleri temelinde toplam 26 kişi istihdam edildi. TBB'de şu an 14 kişi çalışmaktadır.

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumunun Yapısı

Yürütme Kurulu

- Eşit hakka sahip 3 sözcü
- Sayman
- Üyeler

Yönetim Kurulu

- Yürütme Kurulu
- Her üye derneğin 1 temsilcisi (Genel Kurulda doğrudan seçilir)
- Her şahıs grubunun 1 temsilcisi (Genel Kurulda doğrudan seçilir)

Genel Kurul

- Üye derneklerin delegeleri
- Gerçek kişilerin ve sendikacı üyelerin delegeleri

Denetleme Kurulu

- 3 kişi (Genel Kurulda seçilir)

Ü Y E L E R

Tüzel Kişiler

1. Bahadın'ı Koruma ve Güzelleştirme Derneği (BAHADIN-DER)
2. Bengi-Türk Halk Bilimi Merkezi (TÜHABİLİM)
3. Berlin Türk Bilim ve Teknoloji Merkezi (BTBTM)
4. Berlin Türk Klasik Müzik Derneği
5. Berlin Türk Kültür Konseyi (BTK)
6. Berlin Türk Sağlık Elemanları Derneği
7. Berlin Türk Seyahat Acentaları Birliği (BETÜSAB)
8. Berlin Türkiye Kadınlar Birliği (BTKB)
9. Berlin-Brandenburg Türk Veliler Birliği
10. Birikim Kültür Merkezi
11. BSV Hürriyet
12. Emekliler, Malüller ve Yaşlılar Yardımlaşma ve Dayanışma Derneği (EM-DER)
13. Esmaralda Kadın Buluşma Merkezi
14. Karadeniz Doğa Derneği
15. Karadeniz Kültür Derneği
16. KSF Anadolu Umutspor 1970
17. Kültürlerarası Sosyaldemokratlar Derneği (IS)
18. Kültürlerin Sesi Derneği
19. Malatyalılar Derneği
20. Mersin-Pankow Dostluk Derneği
21. Tokat und Çevresi Demokratlar Dermeği
22. TÖYED – Türk Engelliler, Yaşlılar ve Emekliler Derneği
23. Türk Spor Merkezi
24. Türk-Alman Akademisyenler Forumu
25. Türkçe Konuşan Psikososyal Çalışmanlar Birliği
26. Türkçe-Almanca Avrupa Okulu Dayanışma Derneği
27. YEKDANE – Berlin Kültür ve Sanat Topluluğu
28. Çorum-Der
29. FAM
30. Türk Topluluğu

Kişisel Üyeler

Üye Grubu: Sendika Görevlileri
Üye Grubu: Diğer Gerçek Kişiler
Toplam sayı: 75

1. Genel Gelişmeler

Yönetim Kurulu'nun görev süresindeki TBB'nin çalışmalarını en çok etkileyen gelişmeler şöyle özetlenebilir:

- Berlin Eyalet Parlamentosu seçimleri
- Berlin'de ilk göçmen kökenli senatör
- Uyum ve Göç Sorumlusu Günter Piening'in görevi bırakması
- Konut piyasasındaki dışlama
- Diplomaların Tanınması Yasası'nın yürürlüğe girmesi
- Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü'nün (NSU) ırkçı cinayetleri

Uyum ve Göç Sorumlusu Günter Piening'in görevden ayrılması

22 Haziran 2012 / **Hürriyet**

Göçmene karşı savunmadayız

Berlin Göç ve Uyum Sorumlusu Günter Piening, Almanya'da göçmenlerin haklarını koruyan hukuksal çerçevenin eksik olduğunu belirtirken, hala göçmenlere karşı savunma anlayışı içinde hareket edildiğini söyledi.

GÖREVİNİ bugün bırakacak olan Almanya'nın Berlin Eyaleti Göç ve Uyum Sorumlusu Günter Piening, Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu'nun (TBB) onuruna verdiği veda resepsiyonda Almanya'da göçmenlerin haklarını koruyan hukuksal çerçevenin eksik olduğunu belirtirken, Almanya'nın hala göçmenlere karşı savunma anlayışı içinde hareket ettiğini söyledi.

Piening, 1990'lı yıllarda Magdeburg'da gündüz vakti kentteki siyahileri kovalayan neonazileri koruyan zihniyetin 2000'li yıllarda başlayan Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü'nün (NSU) işlediği cinayetlerde de devam ettiğini söyledi. Günter Piening, "Sokak ortasında siyahilere yönelik saldırıdan 3-4 saat sonra olay yerine gelen polis, neonaziler yerine siyahileri gözaltına aldı. Sanki iki grup arasında çatışma çıkmış gibi gösterildi. Failler mağdur, mağdurlar ise failler olarak gösterildi. Bu zihniyet, 2000'li yıllarda NSU cinayetlerinde de devam etti. Yakınları öldürülen ve mağdur durumda olanlar, zan altında bırakıldı" dedi.

Yeni neslin göç sorumlusu

Resepsiyonda konuşan Çalışma Senatörü Dilek Kolat, Piening'in, yeni neslin 'göç sorumlusu' olduğunu hatırlatarak göçmen derneklere yönelik çalışmalarının yanı sıra, ırkçılığa, yabancı ve Yahudi düşmanlığına karşı mücadele ettiğini belirtti. TBB eski sözcülerinden Safter Çınar ise 2003 yılında göreve gelen Piening'in, "İslam Almanya'ya aittir" diyen eski Cumhurbaşkanı Wulff'tan daha önce Müslümanların bu ülkenin parçası olduğunu ve bu yönde ihtiyaçları bulunduğunu dile getirdiğini söyledi.

Diplomaların Tanınması Yasası'nın yürürlüğe girmesi

Almanya' daki yurt dışı kalifiyeli uzman kişilerin işgücünü arttırmak ve kalifiye göçmenleri Alman iş piyasasına kazandırabilmek için, 01.04.2012 tarihinde yurt dışında edinilmiş diplomaların denkliği ve kabulü ile ilgili yasa yürürlüğe girmiştir. Bu yasa ile TBB ile beraber iş veren örgütlerine, sendikalara ve bilimsel araştırmaların eleştirilerine ve siyasi istemlerine kulak verilmiştir.
Yasa Almanya çapında geçerli olup denklik işlemi ülke çapında olabildiğince eşit ve şaffaf olarak uygulanmaktadır. Söz konusu yasa ile ilk defa vatandaşlıklarından bağımsız olarak ve Almanya' da geçerli olan yaklaşık 350 düzenlenmemiş meslek grubuna ait kişiler, yurt dışında almış oldukları diplomalar ile ilgili denklik işleminde bulunma hakkına sahip olmuşlardır. Ayrıca mesleki eğitimini ve tecrübesini belgeleyen göçmenler, sadece diplomalarını tanıtmakla kalmayacak, aynı zamanda daha önce sadece Alman veya AB vatandaşlarının çalışmasına izin verilen bazı meslekleri icra etme hakkına da sahip olabilecek.
Almanya' da meslekler düzenlenmiş ve düzenlenmemiş meslek grupları olmak üzere ikiye ayrılır.Düzenlenmiş meslek grubuna ait kişiler mesleklerini Almanya' da icra edebilmeleri veya unvanlarını taşıyabilmeleri için meslek grupları için yetkili makamlara veya odalara müraacatta bulunup denklik yaptırmalıdırlar. Düzenlenmemiş meslek gruplarına ait kişiler için resmi bir denklik işlemi zorunlu değildir. Bu gruba ait kişilerin denklik yaptırmadan da iş müraacatında bulunmaları mümkündür. İşe alınıp alınmamaları iş verenin inisiyatifine bağlıdır. Her ne kadar bu meslek grupları için denklik zorunlu olmasa da yapıldığı taktirde, hem iş verene hem de kişinin kendine mesleki eğitimi ve düzeyi ile ilgili şeffaflık sağlar.

GÜNDEM

2 Temmuz 2012 - / Süleyman SELÇUK / BERLİN

Kolat: "Bir haksızlık gideriliyor"

Berlin Eyaleti Çalışma, Uyum ve Kadınlarda Sorumlu Senatör Dilek Kolat, yurtdışında alınan diplomaların Almanya'da tanınması konusunda bilgiler sunan Berlin Danışma Merkezi'ni törenle hizmete açtı.

ALMANYA'da Berlin Eyaleti Çalışma, Uyum ve Kadınlarda Sorumlu Senatör Dilek Kolat, yurtdışında alınan diplomaların tanınması konusunda göçmenleri bilgilendirmek için çalışma yapan Berlin Danışma Merkezi'ni törenle hizmete açtı.

Almanya'da 1 Nisan 2012'de yürürlüğe giren 'Diploma Denklik Yasası' çerçevesinde göçmenlerin kendi ülkelerinde aldıkları diplomaların Almanya'da tanınmasının önünün açıldığını belirten Senatör Kolat,

"Almanya'da yaşayan göçmenler vasıflarının altında çalışmamalı. Biran önce diplomalarının denkliliğini yaptırmalılar. Yeni yasayla bu tür haksızlıkların düzeltileceğini ümit ediyorum. Ülkelerinde yüksek okulda eğitim gören veya meslek eğitimi yaparak kalifiye elaman olan göçmenlerin diplomalarının tanınmasıyla ülkedeki kalifiye elman sıkıntısı az da olsa giderilecek. Bu danışma merkezi göçmenlerin özellikle de Türklerin diplomalarını denkleştirme sürecinde nereye, nasıl başvuracakları ve ne gibi evrakların olması gerektiği ile denklik işlemleri esnasında herhangi bir sorun yaşanmaması için hizmet sunacak. Diplomaların tanıması göçmenler arasında işsizliği azaltıp, verimi artıracak" dedi.

Acele edin!
Yabancı diplomalıların tanınması için belirli süre olduğuna dikkat çeken Senatör Kolat, "Diplomaların tanınması için yasa 2013 yılından itibaren üç aylık işlem süresi öngörüyor. Buna göre yapılan başvurular 3 ay içinde sonuçlandırılmak durumundadır. Almanya genelinde Nürnberg'de bir merkez oluşturuldu. Berlin Sanayi ve Ticaret Odası ile Sanatkarlar Odası, Türkiye'den alınan diplomaların tanınması için özel bir çalışma yapıyor" şeklinde konuştu.

Berlin'de üç danışma yeri
Berlin Türkiye Toplumu (TBB), Club Dialog ve LİFE Derneği'nin kendi ülkelerinden diploma alan göçmenlere, diploma denkliği ve tanınması aşamasında yardımcı olduklarını söyleyen Kolat, ülke genelinde diplomaların tanıması yasasından yararlanacakların sayısının 300 bin civarında olduğunu kaydetti. Bakan Klat, "Göçmenlerin birçoğunun diploması ve geçerli bir mesleği olmasına karşın bu diplomalar Almanya'da bu zamana kadar kabul edilmediği için insanlar iş piyasasında vasıfsız eleman gibi görülüyorlardı. Bu da tabii ki, Almanya için çok büyük kayıptı" şeklinde konuşarak diploma sahibi olanların vakit geçirmeden Lützowstrasse 106, 10785 Berlin adresindeki Danışma Merkezi'ne başvurmalarını istedi.

Danışma Yerleri:Zentralen Erstanlaufstelle: Proje sorumlusu: Joachim Dellbrück, dellbrueck@gfbm.de
aria Braun: daria.braun@obs-ev.de.
Adres: Lützowstr. 106, 10785 Berlin.
Danışma Yerleri: **Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu:**Proje Sorumlusu, Serdar Yazar, Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin, Tel: 030- 623 26 24, Fax: 030- 61 30 43 10 E-Mail: info@tbb-berlin.de
LİVFE e.V: Proje Sorumlusu Andrea Simon, Dircksenstr. 47, 10178 Berlin, Tel: 030-308 798 0, Fax: 030-308 798 25, simon@life-online.de,

Club DIALOG e.V.: Proje Sorumlusu Julia Merian Friedrichstr. 176-179, 10117 Berlin
Tel.: 030/ 204 48 59, Fax: 030/ 204 46 10, E-Mail: j.merian.faba@ club-dialog.de.

Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü'nün (NSU) ırkçı cinayetleri

Tüyler ürpertici olayların işleniş şekillerine bakıldığında çekişmeli ve tartışmalı bağlantılar ortada beliriyor.Yorum yapma tekelini kimlerin elinde tuttuğu bunun bir göstergesidir. Hakim olan yoruma eleştirisel yaklaşmak ancak 'tarihin yeniden'' yazılabilmesini mümkün kılabilir. Tartışma bundan sonrasında şimdiye kadar neler yaşandı, neler kesinlikle yaşanmamalıydı ve gelecekte neyin kesinlikle değişmesi gerektiği sorularına dogru kaydırılmalıdır.

Bu Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü'nun (NSU) ırkçı cinayetleri ile ilgili tartışmalar için de geçerlidir. Toplumda Uwe Mundlos ve Uwe Böhnhardt'ın 4. kasım 2012deki ölümünün bir dizi araştırma hatasını ortaya çıkarılmasının başlangıcı olarak görülmekte ise de, TBB'nin bu konuya bakış açısı farklıdır. Irkçı cinayetler dizisi yeniden ve tüm korkunçluğu ile Almanya'nın bir ırkçılık sorunu olduğunu vurgulamaktadır. Almanya'da yıllarca insanlar yalnızca ırkçı nedenlerden dolayı öldürüldü, yaralandı ve tehdit edildi, aynı zamanda devlet kurumları – mevcut yapısal ırkçılıktan dolayı- bu cinayetleri çözmedi, hatta dolaylı olarak destek bile verdi. NSU'nun ortaya çıkmasından çok önce bu konuda çalışan sivil toplum kuruluşlarının ve parlamenter araştırma komisyonunun çalışmaları, artık yapısal değişikliklerin gerektiğini göstermektedir

TBB, NSU ve ırkçılık konusunu toplumsal açıdan tartışmaya sunmak ve ırkçılığa karşı kesin bir duruş sergilemek için çeşitli eylemler gerçekleştirdi. İlk olarak 13.11.2011'de Brandeburg Kapısı önünde ırkçılık kurbanları için bir uyarı nöbeti tutuldu. Bu eylemi takiben 01.12.2011'de Berlin'de NPD partisi'nin ve İçişleri Bakanlığı'nın önünden geçen taşıt konvoyu ile ‚Almanya'da mevcut olan „yasal yapıların arkasına saklanlara'' karşı da aktiv olması gerektiği vurgulandı. Ve 21.03.2012'de Irkçılığa karşı Uluslararası Gün kapsamında ''12ye 5 kala'' adlı Berlin'in çeşitli yerlerinde etkinlikler serileri gerçekleşti. Buradaki mesaj ''bir şeyler yapmak için çok az zamanımız kaldı'' idi.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu

Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

TBB

Basın Açıklaması

Artık kimse Almanya'da ırkçılık olmadığını iddia edemez

Son haftalarda ortaya çıkan olaylar Almanya'daki ırkçılığı belgeliyor. Son 20 senede 180 insan ırkçılar tarafından katledildi. Sekiz Türk ve bir Yunan son senelerde ırkçı silahlı terör örgütü 'Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)' tarafından katledildi. Bu insanlar mafya olaylarına veya Türk-Kürt çatışmalarına kurban gitmekle suçlandılar. 10 seneyi aşan polis ve istihbarat kovuşturmalarında her türlü ırkçı ve yabancı düşmanlığına yönelik bağlantı rededildi.

Şimdi ise birdenbire sel gibi bilgi akıyor. Bu bilgiler niye daha önce toplanmadı, niye görülmedi? Sadece polisiye ve istihbarat yetersizlikleri mi söz konusu? Yoksa ırkçı bir zihniyet ve gizli bir el Almanya'nın güvenlik teşkilatlarında kovuşturmaları engelledi mi, veya ırkçıları destekledi mi?

Almanya'da siyaset, güvenlik güçlerini sol ve islami terörizme odakladı. Irkçılığı ihmal etti, göz ardı etti. Aynı zamanda uyum uyum diyerek göçmen topluluklarını sanık sandalyesine oturttu.

Almanya'daki ırkçılığa ve siyasetin yanlışlıklarına karşı TBB olarak dünya kamoyunda ses getirecek bir etkinlik planlıyoruz.

03.12.2011 Cumartesi günü saat 11.00'de

anti-ırkçı ve siyaseti sorgulayan sloganlarla TBB'nin önünden bir **Araba Konvoyu (AUTOKORSO)** kaldırıyoruz.

Konvoy önce Moabit'e Federal İçişleri Bakanlığı önüne gidecek. Kısa bir mitingden sonra Köpenick semtine NPD partisinin genel merkezine yönelecek. Siyasi sorumluluk ve ırkçılık arasında bağlantı kurmak istiyoruz.

NPD Almanya'da örgütlü ırkçılığın merkezidir ve devlet parasıyla finanse edilmektedir. Irkçı partinin kapatılmasını talep edeceğiz. Ve soracağız: Kim kimi yönlendiriyor. Devlet ırkçı partiyi mi? Irkçı NPD devleti mi?

Dayanışma talep etmiyoruz. Bu herkesin görevi diye düşünüyoruz. Katılımınızı istiyoruz.

- **Dövülüyoruz, sanık sandalyesine konuluyoruz.**
- **Öldürülüyoruz, ırkçılığa kurban oluyoruz.**
- **Irkçılığa meydan bırakılmaz, sanık sandelyesinde siyaset konuşulmaz.**
- **Medyadan ırkçıları seyretmek, bize yakışmaz.**

Not:
Eylemizi anti-ırkçı ve anti-milliyetçidir. Ulusal bayraklar taşınmayacaktır. Arabalarda taşınacak sloganlar ve pankartlar TBB tarafından hazırlanacaktır.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Berlin, 5.12.2011

BASIN AÇIKLAMASI

Türkiye Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu'nun duyarsızlığı sivil toplumun ırkçılık karşıtı girişimine zarar verdi!

Almanya'da yükselen ırkçılığa karşı Berlin'de gerçekleştirilen Araba Konvoyu basında geniş yer buldu. Katılan tüm kişi ve kuruluşları kutluyoruz. Konvoyla aynı saatte toplantı düzenleyen Türkiye Cumhuriyeti Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu'nu duyarsız davranışından ve antiırkçı eyleme verdiği zarardan dolayı şiddetle kınıyoruz. Sayın Davutoğlu bir devlet adamından beklenen sorumluluğu gösterememiş ve sonuç olarak sivil toplumun anti ırkçı çabalarına zararı dokunmuştur. Irkçılığa karşı mücadele demokratların birlik ve beraberliklerini gerektirmektedir. T.C. Dışişleri Bakanının bunun bilincinde olduğunu ümit ediyoruz.

Konunun perde arkası:
Son haftalarda ortaya çıkan olaylar Almanya'daki ırkçılığı belgeliyor. Son 20 yılda 180 insan ırkçılar tarafından katledildi. Sekiz Türk ve bir Yunan son yıllarda ırkçı silahlı terör örgütü 'Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)' tarafından katledildi. Bu insanlar mafya olaylarına veya Türk-Kürt çatışmalarına kurban gitmekle suçlandılar. 10 yılı aşan polis ve istihbarat kovuşturmalarında her türlü ırkçı ve yabancı düşmanlığına yönelik bağlantı rededildi.

Şimdi ise birdenbire sel gibi bilgi akıyor. Bu bilgiler niye daha önce toplanmadı, niye görülmedi? Sadece polisiye ve istihbarat yetersizlikleri mi söz konusu? Yoksa ırkçı bir zihniyet ve gizli bir el Almanya'nın güvenlik teşkilatlarında kovuşturmaları engelledi mi ya da ırkçıları destekledi mi?

Almanya'da siyaset, güvenlik güçlerini sol ve islami terörizme odakladı. Irkçılığı ihmal etti, göz ardı etti. Aynı zamanda "uyum uyum" diyerek göçmen topluluklarını sanık sandalyesine oturttu.

Almanya'daki ırkçılığa ve siyasetin yanlışlıklarına karşı TBB olarak Alman kamoyunda ses getiren bir etkinliği *03.12.2011 Cumartesi günü saat 11.00'de gerçekleştirdik.*

Anti-ırkçı ve siyaseti sorgulayan sloganlarla TBB'nin önünden beş kilometrelik ve 250 araçlı bir Araba Konvoyu (AUTOKORSO) kaldırdık. Konvoy önce Köpenick semtine NPD partisinin genel merkezine gitti. Buradan Moabit'e Federal İçişleri Bakanlığı önüne geçti. İçişleri Bakanlığının önünde herkes araçlardan inerek sağ tarafı kahverengi ile kapatılmış gözlük taktı. Alman devletin sağ gözünde kör olduğu mesajı verildi. Araba korteji buradan Alman Federal Meclisine yöneldi ve burada çelenk koyarak, saygı duruşu gerçekleştirdi ve Alman iktidarlarının siyasetini eleştirerek mitingi tamamladı.

NPD Almanya'da örgütlü ırkçılığın merkezidir ve devlet parasıyla finanse edilmektedir. Irkçı partinin kapatılmasını talep ettik. Ve sorduk: Kim kimi yönlendiriyor? Devlet ırkçı partiyi mi? Irkçı NPD devleti mi?

Siyasi sorumluluk ve ırkçılık arasında bağlantı kuruldu. Almanya'daki tüm basın eylemi naklen ve geniş bir şekilde ertesi gün kamuoyuna duyurdu. Bizim eylemimiz çok önceden planlanmış, kamuoyuna duyurulmuştu, Berlin Emniyet Müdürlüğüne ve Alman İçişleri Bakanlığına gerekli başvurular yapılmıştı.

Ne yazık ki, 30.11.2011 tarihli bir davetiye ile Türkiye Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu'da Berlin Türk Derneklerini çağırarak TBB ile aynı tarih ve saate bir toplantı koydu. 01.12.2011 tarihinde Sayın Bakanı eylemimize şeref konuğu olarak davet ettik ve toplantısını öğleden sonraya almasını rica ettik. Bize ancak 02.12.2011 tarihinde T.C. Berlin Başkonsolosluğundan bir yazı ile bakanın programının ileri bir saate alınmasının mümkün olmadığı bildirildi. TBB'nin toplantıya katılması istendi.

Cumartesi saat 10.30'dan itibaren araç kortejimizi sıralamaya başladık ve birçok insan telefon açarak kortej başlangıç noktasına gelemediklerini, polisin çevredeki yolları kestiğini bildirdi. Eylemimizden sorumlu emniyet müdürü T.C. Dışişleri Bakanının yakın bir güzergahta hareket ettiği ve diplomatik imtiyaza sahip olduğu için konvoyuna anti-ırkçı araba kortejinden öncelik tanımak zorunda olduklarını bildirdi. 250 Araç ve 400 polis refaketinde örgütlü ırkçılığın inine ve siyasetin üstüne yürüdük. Eylemiz etkin ve görkemliydi. T.C. Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu ırkçılık konusunda daha hassas ve bilinçli olsaydı, eylemimiz daha etkin ve görkemli olacaktı.

Bizi sevindirmedi? Irkçıları bilemeyiz?

Alişan Genç
Yürütme Kurulu Üyesi

Haydi Eyleme. Şimdi! 12'ye 5 var!

21 Mart 2012

Irkçılığa Karşı Uluslararası Günde

ülke çapında protesto eylemleri

1990 yılından bu yana Almanya'da ırkçı şiddet olaylarında 180'den fazla insanın öldürüldüğü bilinmektedir. Aynı zamanda siyaset ve medya toplumun tam ortasında kendisini gösteren kurumsal ve günlük hayattaki ırkçılığın üstüne yeterince gitmemektedir ve hatta göz ardı etmektedir. Irkçı terör örgütü NSU tarfından işlenen ırkçı cinayetler ile ilgili soruşturmalardaki en hafif deyimiyle(!) ihmaller Almanya'daki ırkçılığın ölümcül bir sorun olduğunu göstermektedir!

21 Mart, öğlen saat 12'ye 5 kala herkesi bulunduğunu yerde eylem yapmaya çağırıyoruz.

Sen de katıl! 12'ye 5 var!

Karar senin:

Kapının önüne çık! Gürültü yap! Afişi göster! Balon uçurt! Korna çal!...

... ırkçılığa karşı çıkmak için ...

... siyaset ve medyadaki popülizme hayır demek için ...

... ve çeşitlilik içerisinde bir yaşam inşa etmek için ...

** 21 Mart Uluslararası Irkçılığa Karşı Gün Birleşmiş Milletler Genel Konseyi tarafından 1966 yılında ırkçılığa karşı verilen ortak mücadeleyi daha da güçlendirme amacı ile oluşturuldu. 21 Mart 1960 Sharpville'de (Güney Afrika) ırkçı apartheid yasalarına karşı protesto gösterilerine katılan 69 Siyah insanın öldürüldüğü gündür.*

V.i.S.d.P Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Hürriyet, 11.03.2012

12'YE 5 KALA DIŞARIYA ÇIK

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) öncülüğünde başlatılan '12'ye 5 var' eylemi, ırkçılıkla mücadele günü olan 21 Mart'ta yapılacak.

İSTEYEN İSTEDİĞİ GİBİ

■ Almanya genelinde yükselen ırkçılığa dikkati çekmeyi de amaçlayan eyleme destek verenlerin sayısı her geçen gün artıyor. TBB Sözcüsü Hilmi Kaya Turan, "Saatler 11.55'i gösterdiğinde herkes kapının önüne çıkıp ister pankart açar, ister slogan atar, ister düdük çalar. Kim, canı ne istiyorsa onu yapacak" dedi. » Ali VARLI » 15. sayfada

Hilmi Kaya Turan

Merhaba, 01.04.2012

Irkçılığa karşı "12'ye 5 var" eylemine yoğun katılım vardı

Almanya´da ırkçılığa dikkat çekmek için "Uluslararası Irkçılıkla Mücadele Günü"nde "12'ye 5 var" adı altında geniş çaplı bir eylem düzenlendi

Almanya'nın birçok kentinde, Almanya Türk Toplumu TGD´nin öncülüğünde yapılan protesto eylemlerinde saat 11.55'te insanlar kapı önlerine çıkarak ırkçılığı kınamak amacıyla 5 dakika boyunca gürültü yaptılar. Kentlerin çeşitli noktalarında toplu protesto gösterileri düzenlendi.

Berlin'de ise Kottbusser Tor meydanında toplanan yüzlerce Alman ve göçmen kökenlinin yanısıra, aralarında Federal Meclis Milletvekilleri Aydan Özoğuz ve Petra Pau siyah renkli balonlar uçurdular. Trafiğin beş dakika durduğu Kottbusser Meydanı´ndaki araç sürücüleri de korna çalarak eyleme destek verdiler.

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu TBB Sözcüsü Hilmi Kaya Turan yaptığı açıklamada şöyle dedi, *"Bu eylem ile amacımız Almanya'da ırkçılığın tehlikeli boyutlara ulaştığına dikkat çekmek. Irkçılık sadece Almanya'ya ait değil, dünyada ırkçılık var. Alman toplumundaki sorun ise, ırkçılığın varlığının kabul edilmemesinden kaynaklanıyor. Bu Almanya´nın tarihsel geçmişinden dolayı kaynaklanan bir kompleks."*

Almanya'da ırkçılığın var olduğunu belirten Hilmi Kaya Turan, *"Irkçılık her alanda var. Çalışma ve istihdam alanında, eğitim alanında, resmi dairelerde yani her alanda var. Bu şimdiye kadar görülmek istenmiyordu"* dedi.

SPD Genel Başkan Yardımcısı ve Federal Meclis Üyesi Aydan Özoğuz da eyleme destek verirken, *"Almanya'da yaşadıklarımız çok acı. Fransa'ya da baktığımızda görüyoruz ki her yerde aşırılık, normal dışı hareketler çoğalmaya başladı"* dedi. Her türlü radikalliğe hep birlikte karşı çıkılması gerektiğini belirten Aydan Özoğuz, bu protesto gösterisinin toplumu birleştiren bir eylem olduğunu da belirtti.

Sol Parti Milletvekili Hakan Taş: "Irkçılık ülkemizde yalnız politik bir akım değil, aynı zamanda bir terör potansiyeli oluşturmaktadır."

21 Mart 2012 Irkçılıkla Mücadele Günü'nde gerçekleşen *"12 ye 5 var! Gündelik ırkçılığa karşı çıkalım"* eylemine meclis grubu ve parti olarak destek veren Sol Parti'nin Berlin Parlamentosu Milletvekili Hakan Taş: *"Saat 11:55 de milletvekilleri ve grup çalışanları Berlin Parlamentosu'nun önüne ve Sol Parti Berlin örgütü görevlileri de parti binasının önüne çıkarak, balon uçurup ırkçılığı protesto ettiler. Irkçılık ülkemizde yalnız politik bir akım değil, aynı zamanda bir terör potansiyeli oluşturmaktadır. Bunu NSU-cinayetleri diye adlandırılan cinayetler ortaya koymuştur."* dedi.

Hakan Taş, hükümetten bağımsız kuruluşların açıklamalarına göre son 20 yılda en az 180 kişinin ırkçı cinayetlere kurban gittiğini anımsatarak; *"Aşırı sağ terörizmle hukuk devletinin tüm olanakları ile mücadele edilmesi gereklidir"* diyerek sözlerini şöyle tamamladı: *"Bu terörün düşünsel kaynaklarını kurutmalıyız, diğer bir deyişle her türlü ırkçılık, islam düşmanlığı, antisemitizm ve dışlama ile mücadele etmeliyiz. Bu mücadele Sol Parti için öncelik taşımaktadır."*

Birleşmiş Milletler Anma Günü
21 Mart 1960 Sharpeville katliamı

Sharpeville, Güney Afrika: 21 Mart 1960 günü başkent Johannesburg'a 50 km uzaktaki bu ufak kentin çeşitli yerlerinde 20.000 kişi ırk ayrımını protesto etmek için toplanmıştı. Göstericiler barışçı bir şekilde yürürlerken polis kendilerine taş atıldığı iddiası ile topluluğa ateş açtı, insanlar panik içinde kaçmaya çalışırken polis ateşe devam etti ve sonunda içlerinde çok sayıda kadın ve çocuğun da bulunduğu 69 kişi öldü, üç yüze yakın insan kısmen ağır yaralandı. Altı yıl sonra 21 Mart 1966'da bu gün - *"Irk ayrımını anmak için uluslararası gün"* ilan edildi.

IV. Politik Alanlar ve Danışmanlık

TBB Danışmanlık Hizmetleri:

Genel Danışmanlık
Pazartesi günleri saat 15.00 – 18.00 arası
Çarşamba günleri saat 10.00 – 13.00 arası

Türk Hukuku - Pazartesi günleri saat 16.00 – 18.00 arası

Yabancılar Hukuku - Her ayın 1. ve 3. Pazartesi günü saat 18.30'de

Avukatlar Danışmanlığı:

Pazartesi günleri saat 16.00 – 18.00 arası
Dönüşümlü olarak:

- Ceza Hukuku, İdari- ve Medeni Hukuk
- Ceza Hukuku
- İş Hukuku ve Ceza Hukuku

d) İş ve Meslek Danışmanlığı/ Interkulturelle Berufsberatung (IKB)

TBB'nin bir projesi olan İş ve Meslek Danışmanlığı (IKB) Kumulus Plus Ağı (Netzwerk) içinde yer almaktadır ve bu projede üç eleman hizmet vermektedir. İlk dönemde avrupa projesi olan Kumulus Plus Equal fonundan ve Federal Çalışma Bakanlığı tarafından finansmanını sağlamış olup, 2005 yılı ortasında çalışmaya başlamıştır. Bu projenin 2. dönem finansmanı yine Fedaral Çalışma Bakanlığı ve Berlin Uyum, Çalışma ve Sosyal İşler Senatörlüğü tarafından 30.06.2011'e kadar sağlanmıştır. Bu projenin ana amacı Berlin'de yaşayan göçmen kökenli işsiz kişilerin işpazarındaki şanslarını artırmaktır. 11 projeden oluşan Kumulus Plus Ağı göçmenler için meslek danışmanlığı ve mesleki beceri/eğitimi kursları alanında çalışmalarını yürütmektedir.

Başlangıcından bu yana IKB projesine toplam 1.151 kişi başvurmuştur. Başvuru durumunda kişilere mesleki bilgilendirme ve danışmanlık hizmetlerinin yanısıra uygun mesleki kurslar sunulmuş ve desteklenmiştir. Bu çerçevede karşılıklı yaklaşık 1.508 görüşme yapılmıştır. Ek olarak acil durumlarda telefonla danışmanlık hizmetleri de ayrıca verilmiştir.

Anerkennungscoaching

Anerkennungscaoching projesinin en büyük amacı, Berlin' de yaşayan veya sonradan gelmiş olan göçmenlerin yurt dışında edindikleri diplomaların tanınmasına yardımcı olarak bu kişilerin Almanya' da kendi meslek dallarında daha kolay iş bulmalarını kolaylaştırmaktır.

Proje 01.11.2011 ile 31.12.2012 tarihleri arasında devam edecektir. Federal İş Ajansı projenin 31.12.2014 tarihine kadar uzatılmasını da öngörmüştür.

Proje İQ Netzwerk Berlin' in bir parçası olup, Federal Çalışma ve Sosyal Bakanlığı, Federal Araştırma ve Eğitim Bakanlığı ve Federal İş Ajansı tarafından teşvik edilmektedir.
Anerkennungscoaching projesi kapsamında özellikle Türkiye' de edinilmiş olan her meslek grubuna ait diplomaların Almanya' da tanınması için profesyonel bilgilendirme hizmeti verilmektedir.

Anerkennungscoaching projesi danışma ve refakat hizmetinin yanında müraacat için gerekli olan belgelerin ve Avrupa standartlarında özgeçmişlerin hazırlanmasından, denklik işleminin giderlerinin JobCenter veya İş ve İşçi Bulma Kurumu tarafından karşılanması için dilekçelerin yazılmasına kadar bir çok işlemi kapsamaktadır.

Eğer talep edilirse denklik sürecinden sonra da meslek veya iş bulana kadar, Anerkennungscoaching projesi kişiye profesyonel desteğini sürdürebilir.

Gerek meslek eğitimi almış kişiler, gerekse akademisyenler danışma hizmetine oldukca yoğun talep göstermektedirler. Öyle ki Ocak 2012 tarihinden 31 Mayıs 2012 tarihine kadar, Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu‘ nda bu kapsamda 50 kişiye danışma, refakat ve gerekli belgelerin hazırlanması hizmeti verilmiştir. Bunun haricinde yurt dışından da mail yolu ile gelen soru ve talepler değerlendirmeye alınmış ve kişiler ilgili makamlara yönlendirilmiştir.

a) Gençlik Projeleri

Göçmen Kökenli Gençler ve 25 Yaşın Altında Genç Yetişkinlere Yönelik, Özellikle Türk Kökenli Gençleri Özendirme ve Aracı Olma

Sosyal alanda ve eğitim konularında sorunlar yaşayan göçmen kökenli gençlere, ilgi ve yeteneklerini geliştirmek üzere, haftanın 5 gününü planlı ve düzenli bir organizasyon içinde geçirmelerini sağlamak amacıyla Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg ve Neukölln belediye bölgelerinin Gençlik Daireleri ve Jobcenter’leri ve de Berlin Ekonomi, Kadın ve İstihdam Senatörlüğü (Avrupa Sosyal Fonu - ESF) ile birlikte yürütülen MOVE, motivieren und vermitteln adlı projemiz, 25 yaş altındaki göçmen kökenli gençleri eğiterek onları bir meslek eğitimine başlamaya ve işyerinde çalışmaya özendirerek topluma kazandırmayı hedeflemektedir.

MOVE’a katılanlar, işsizlik parası ALG II alan ve/veya Jobcenter ve Gençlik Daireleri tarafından en fazla altı aylık bir süre için projemize sevk edilen gençlerdir.

Söz konusu gençler ne okul döneminde gerekli diplomalara ulaşabilmişler, ne de meslek öğrenme konusunda yeterli ve gerçekçi bilgilere sahipler. Bu nedenle kendilerine uygun bir meslek seçmekte ve güçlü ve zayıf yanlarını saptamakta zorlanmaktadırlar.

Proje finansmanı Zukunft in Zentrum ve Neukölln Belediyesi tarafından sağlanmaktadır.

b) “1-Euro” Projesi

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu 2006 yılından itibaren JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg ile ortaklaşa, halk arasında ‘1-Euro’luk işler’ olarak bilinen, Hartz IV işsizlik parası alan kişilere yönelik iş ve mesleki eğitim imkanları sunan projeler yürütmektedir.

Bu projenin amacı uzun süredir iş bulamamış olan işsizleri tekrar iş yaşamına kazandırabilmek için, kendilerine mesleki eğitim ve kamusal alanda çalışma ortamları sunmak ve böylece yeniden iş hayatına dönmelerine yardımcı olmaktır.

Katılımcılar, Fridrichshain-Kreuzberg semtindeki kamu yararına ve sosyal konularda çalışan örgütlerde, örneğin spor klüpleri, çocuk yuvaları, okullar, müze ve kültür dernekleri veya yardım kuruluşlarında işlere yerleştirildiler. Bunu yaparken özellikle kişilerin eğitim durumları ve ilgi alanları göz önünde bulunduruldu. Buradaki çalışmaları esnasında katılımcılar çeşitli branşlardaki iş koşulları hakkında bilgi sahibi oldular veya kendi becerilerini geliştirmek fırsatı bulabildiler. Aynı zamanda uzun süredir çalışma yaşamanından uzak olanların dakiklik, kararlaştırılanlara uyma ve güvenilirlik gibi nitelikleri yeniden kazanmasını sağlamak da amaçlar arasında yer almaktaydı. Projeye katılımları onların daha düzenli ve yapısal açıdan gerekli günlük yaşama alışmasına ve böylelikle, kendilerine iş hayatında başarılı olabileceklerine dair güvenlerinin artmasına katkıda bulundu.

İşbirliği yaptıklarımız devlet kurumları, göçmen örgütleri ve kültürel kuruluşlardı. Tüm bu kuruluşlarla işbirliği çok olumluydu. MAE konusunda deneyimli olmayan kuruluşlara kurallar öğretildi. Bu ve çalışmalarla ilgili düzenli olarak bu kuruluşlara bilgi verildi. Bu olumlu ortak çalışmanın sonucunda proje başarıya ulaştı.

Veli Kılavuzları Koordinasyon Merkezi
Wedding/Moabit Uygulama Bölgesi

"Veli Kılavuzları Koordinasyon Merkezi" Projesi 01.01.2011da çalışmaya başladı- Proje Berlin Kent Planlama Senatörlüğü tarafından finanse edilmektedir.

İki yıl süreli proje okullarda ve gönüllü/fahri çalışan kişileri desteklemeyi amaçlamaktadır. (örneğin gönüllü veli kılavuzlarını) ve veli/öğrenci temsilcilerini.

Yukarıda belirtilen hedeflere ulaşmak için, çeşitli destekleme sunuları geliştirilmiştir ve uygulanmaktadır:

- Veli temsilcileri, öğrenci temsilcisileri ve gönüllü veli kılavuzları için eğitim seminerleri
- Gönüllü veli kılavuzları havuzunun oluşturulması ve koordinasyonu
- Okul, veliler, öğrenciler arasındaki anlaşmazlıklarda arabuluculuk
- Bir (telefon) danışma hattı kurulması
- Yazılı malzeme geliştirilmesi ve dağıtımı (örneğin veli temsilcileri/öğrenci temsilcileri için bilgilendirme broşürleri)
- Velileri okul içi ve dışı hizmetlere yönlendirme
- okul çevresinde bir eğitim ağının oluşturuşması

Eğitim seminerlerinin uygulanmasında üye derneklerdeki ve uygulama bölgesindeki uzmanlardan yararlanılmıştır.

Proje
Süre: Ocak 2011 - Aralık 2012

Hedef Grupları
Veli temsilcileri, öğrenci temsilcisileri
önüllü veli kılavuzları

Ana Görevler

Gönüllü veli kılavuzları listesinin oluşturulması
Veli temsilcilerinin desteklenmesi

gönüllü veli kılavuzları için eğitim seminerleri

(telefon) danışma hattı kurulması

Gönüllü veli kılavuzlarının çalışmalarının koordinasyonu

Yazılı malzeme geliştirilmesi ve dağıtımı

Hedef Grupları
Veliler ve öğrenciler
Okullardaki pedagojik personel

Ana Görevler

Uygulama bölgesindeki velilere gerektiğinde eşlik etmek

(telefon) danışma hattı kurulması

Okulllara, velilere yönelik programlar ve sunular hazırlanırken danışmanlık

Öğrenci temsilcileri için eğitim seminerleri

Bilgilendirme malzemelerinin dağıtımı

Ayrımcılığa Karşı Büro (ADNB)

TBB'nin Ayrımcılığa Karşı Bürosu (ADNB) politik ve sivil topluma yönelik çalışmalarıyla önemli toplumsal katkıda bulunmaktadır. ADNB Berlin senatosunun aşırı sağcılığa, antisemitizme ve yabancı düşmanlığına karşı eyalet programı tarafından finanse edilmektedir.

ADNB'nin ayrımcılığa karşı çalışmalarında kullandığı yöntemler hem ulusal düzeyde hem Avrupa düzeyinde yeni ve üretgendir. ADNB'nin üç ağırlıklı alanı vardır: (1) ağ kurmak, (2) danışmanlık, müdahale ve önleme ve (3) halkla ilişkiler ve eğitım çalışmaları. Özelikle çeşitli durumlardan ayrımcılığa uğrayanları dikkate aldığımızda bu üç ağırlıklı alanların birbiriyle bağlanması amaca uygun ve aynı zamanda gelecekte ayrımcılığa karşı çalışmalarda ağırlığımızı koymamızda yararlı olacaktır.

Eşit muameleyi teşvik etmek, kamuoyunun duyarlı olmasını sağlamak ve ayrımcılığa uğrayanlara danışmanlık ve yardım etmek ADNB'nin hedefleri ve görevleridir. Bu hedeflerimiz ADNB'nin Berlin'de başlatığı iki ayrı ağ tarafındanda desteklenmektedir: (1) Ayrımcılığa ve Irkçılığa Karsı Danışmanlık Ağı, Berlin'de çalışama yapan birçok danışma bürolarının ve projelerinin birleşimi, (2) avukatlardan oluşan ayrımcılığa karşı ağ.

Danışmanlık:
ADNB alman kökenli olmayan ve ayrımcılğa uğramış insanlar için bir uzmanlaşmış danışma bürosu kurmuştur (Eşit Muamele için ve Ayrımcılığa Karşı Danışma Bürosu). Bu ayrımcılık köken, dilsel, cilt rengi, dinsel, cinsel yön, cinsiyet, yaş ve engellilik durumlarından olabilmektedir. Ayrımcılığa uğrayanlar ve şahitler internet sitemizden bu tür ayrımcılıkları bildirebilirler.

ADNB ayrıca Friedrichshain-Kreuzberg belediyesine demokrasiyi tehlikeye düşürebilecek fenomenlere karşı alınan tedbirlerin gerçekleştirilmesinde danışmanlık ve refakat etmektedir.

Halkla ilişkiler ve eğitim çalışmaları:
ADNB düzenli olarak seminerler ve training adı altında kurslar yapmaktadır. Bunun yanı sıra ADNB antisemitizm, islamofobi, yapısal ve kurumsal ayrımcılık, çeşitli durumlardan dolayı ayrımcılık ve **Genel Eşit Muamele** yasası ile ilgili toplantılar düzenlemiştir.

ADNB Migrationrat Berlin-Brandenburg'un desteğiyle Alman kökenli olmayan Berlinliler arasında ayrımcılıkla ilgili bir anket düzenlemiştir. Bu anketin sonuçları ayrımcılık haberleri ve örnekleriyle birlikte ADNB'nin hazırladığı Ayrımcılığa Karşı Rapor 2005-2007 adlı yayınında bulabilirsiniz. ADNB'nin bunun dışında hazırladığı yayınlar: Danışmanlık Rehberi'nin ikinci baskısı, Antisemitism, İslamofobi.

Berlin'de faaliyet gösteren birçok kuruluşlarla çok iyi ve geniş bir işbirliğinin de sayesinde çoğu zaman ihmal edilmiş ayrımcılığa karşı çalışmalar alanı toplumsal ve sosyal alanda yerini bulmuştur.

Wedding Zentrum / Brunnenstr. Süd - Osloer Straße - Moabit
Yerel Etkinlikler Planı Koordinasyon Bürosu'nun kısa tanıtımı

Berlin- Brandenburg Türkiye Toplumu 01 Mayıs 2011den beri ,''Toleransa Destek, Yetkinlikleri Güçlendirmek'' adlı Federal Program'ın Berlin'deki üç bölgesinde yerel koordinasyonu üstlenmiştir. Altı çizilmelidir ki, TBB üstlenmiş olduğu bu koordinasyon göreviyle bu program dahilinde ilk ve tek göçmen kuruluşudur.
Yoğunlukla desteklenen alanlar:

- Demokratik sivil toplumun güçlendirilmesi ,
- Demokrasi ve tolerans eğitimi,
- Toplumsal uyum.

Proje tipi

- Ağ oluşturma projesi,
- Danışmanlık sunularının tanıtılması projesi,

- Tartışma ve bilgilendirme toplantıları gerçekleştirme projesi.

Hedef grubu

- Altyapısı zayıf bölgelerdeki gençler,
- ''Eğitime uzak ortamlarda'' yaşayan gençler,
- Veliler (anne-babalar),
- Eğitmenler,
- Öğretmenler,
- Bilgileri yayacak kişiler (Multiplikatörler).

Hedef ve İçerikler

TBB- Koordinasyon bürosunun amacı Berlin-Mitte İlçe Belediyesi ile ortaklaşa Yerel Etkinlikler Planı'nın uygulamaya koyulmasıdır.
Wedding Merkez/Brunnenstrasse Güneyi Yerel Etkinlikler Planı'nın ağırlık noktası okul ve kamu çalışmalarıdır. Bu bağlamda ''Toleransa destek, yetkinlikleri güçlendirmek'' programının hedefleri özellikle okul çevrelerinde gerçekleştirilecektir. Uygulama ile bölge okullardaki ve okul dışındaki destek altyapısının iyileştirilmesi hedeflenmektedir. Koordinasyon bürosu yerel etkinlikler planının uygulamasında aktif olan çeşitli katılımcılar içinde (örneğin Mitte ilçesi Belediyesi, proje taşıyıcıları, ''Soziale Stadt Programı'', ''Aktionsräumen Plus Programı'' uygulayıcıları ve mahalle büroları/QM) arasında bir kilit noktadadır.

TBB.Koordinasyon Bürosu ''Toleransa destek, yetkinlikleri güçlendirmek'' Program bağlamında Federal Aile, Yaşlılar, Kadın ve Gençlik Bakanlığı tarafından finanse edilmektedir.

5. Çatı Örgütleriyle İlişkiler

a) Almanya Türk Toplumu

2012 yılı Genel Kurulunda Kenan Kolat tekrar başkanlığa seçildi. Berlin'den Hilmi Kaya Turan ve Ayşe Demir de başkan yardımcılığı görevini üstlendiler. Yönetim Kurulunda Yemliha Koc, Serdar Yazar, Çiçek Bacık, Mehtap Çağlar ve Didem Yükse yer aldılar.

Genel Kurulda tüzük değişikli yapılarak bir cinsiyet kotası getirilmiştir. TGD Almanya'nın çok önemli kurumlarında temsil edilmektedir. Örneğin bunlar arasında Federal Göçmenler ve Sığınmacılar Dairesi BAMF'ın Almanya çapındaki uyum programının belirlendiği ve yönlendirildiği kurul, Alman İslam Konferansı, Uyum Zirvesi ve bunların çalışma grupları sayılabilir. Aynı zamanda TGD yeni kurulan Federal Uyum Komisyonu çerçevesinde hükümetin uyumdan sorumlu bakanı Maria Böhmer'e de danışmanlık yapmaktadır.

TBB TGD ile birlikte Irkcılığa karşı uyarı nöbeti ve. Irkçılığa Karşı Ulusllararası Günde „Sen de katıl! 12''ye 5 var!"protesto eylemi düzenlemiştir

b) Berlin-Brandenburg Göç Konseyi

Berlin-Brandenburg Göç Konseyi 2004 yılında TBB'nin de desteği ile kurulmuş olan bir göçmen dernekleri çatı kuruluşudur ve şu anda 74 üyesi bulunmaktadır. 2011 yılında yapılan son seçimlerde TBB adına Didem Yüksel yönetime dahil oldu.

c) Almanya Ayrımcılıkla Mücadele Örgütü

Almanya Ayrımcılıkla mücadele Örgütüi (ADVD) 2007 yılında çeşitli ayrımcılık karşıtı kuruluş tarafından Berlin'de kurulmuştur. TBB, ADVD kurucu üyeleri arasındadır. ADVD ayrımcılığa karşı sürdürülen profesyonel çalışmalar için kalite kriterleri belirlemeye ve sürekli bir kalite

denetimi sağlamayı hedeflemiştir. 2012 yılında, Federal Ayrımcılıkla Mücadele Dairesi (ADS) tarafından finanse edilen bir proje bağlamında, ‘’ayrımcılığa karşı danışmanlık yapanların eğitimi’’ finanse edilmiştir. Bu bağlamda bir de bilgilendirme broşürü hazırlanacaktır. Böyelece ADVD’nin federal düzeyde güçlü bir konuma sahip olması da mümkün olmuştur. TBB, Şubat 2011 tarihinden beri ADVD yönetim kurulunda Serdar Yazar tarafından temsil edilmektedir.

VI. Mali Durum

TBB'nin Genel Mali Yapısı

TBB'nin en önemli mali kaynakları yukarıda anılan ve proje bazındaki kaynaklardır. Buradan alınan kaynaklar projelerde belirtilen giderler için öngörülmüştür. TBB'nin yaptığı diğer etkinlikler ve hizmetler için özkaynakları sınırlıdır. Bunlar üye ödentileri ve sponsorluk gelirleridir. Eğitim programlardan elde edilen kaynakların bir bölümü TBB'nin her yıl arttırılmakta olan kendi katkısına (TBB'nin ana projesinin %20'si ve ADNB projesinin %10’u tarafımızdan karşılanmak zorundadır) kullanılmaktadır. Bu miktarın önümüzdeki dönemde de artacağından yola çıkarak finansman kaynaklarımızın arttırılması gerekmektedir.

VII. Aus den Mitgliedsvereinen / Üye Dernek Aktiviteleri

Berliner Gesellschaft Türkischer Mediziner /
Berlin Türk Sağlık Elemanları Derneği (BGTM)

Hürriyet, 09.06.2011

Bilet dolandırıcılarına suç duyurusu

Berlin'de okulların tatil olmasına kısa bir süre kala ucuz uçak bileti ile insanları dolandıranlar yine sahneye çıktı. Bilet mağduru Sinan Salar savcılığa suç duyurusunda bulunurken BETÜSAB tatilcileri uyardı.

Berlin'de okul tatili öncesi uçak bileti dolandırıcıları yine türedi. İnternet üzerinden ucuz bilet vaadiyle vatandaşları dolandıranların ortaya çıktığını söyleyen Berlin Türk Seyahat Acenteleri Birliği BETÜSAB İkinci Başkanı ve Basın Sözcüsü Necati Kaya, tatilcilerin dikkatli olmasını istedi.

AİLECE ORTADA KALDILAR

Berlinli Sinan Salar, iki çocuğu ve eşi ile Türkiye'ye üç günlüğüne gitmek için bilet aldığını fakat uçamadığını belirterek kendisine bilet satan Gülten A. isimli kadın hakkında savcılığa suç duyurusunda bulundu. Bilet mağduru Sinan Salar, "Bir arkadaşımın aracılığı ile Gülten A. isimli kadından 360 Euro'ya dört uçak bileti aldım. Fakat uçamadım. Kendisi ile görüştüm. Bilet parasını iade edeceğini söyledi. Ortadan kayboldu. Sonradan öğrendim ki benim gibi bir çok kişiyi dolandırmış. Savcılığa avukatım aracılığıyla hakkında suç duyurusunda bulundum" dedi.

"BETÜSAB" UYARDI

Berlin Türk Seyahat Acenteleri Birliği BETÜSAB İkinci Başkanı ve Basın Sözcüsü Necati Kaya ise dolandırıcılara karşı tatilcileri "Dolandırıcıların tuzağına düşmeyin" sözleri ile uyardı. Yolcuların mağdur olmamak için bilet alırken güvenilir ve tanıdık seyahat acentelerini tercih etmeleri tavsiyesinde bulunan Kaya "İnternet üzerinden bilet alırken de mutlaka güvenilir şirketlerden bilet rezervasyonu yapılmalı. Aksi takdirde yaz tatili başlamadan zehir olabilir" diye konuştu.

„Alman-Türk Gençlik ve Aile Festivali"
Ho(sch)geldün Berlin 2012 – Willkommen Berlin

Avrupa'nın en büyük çocuk, gençlik ve aile merkezi FEZ Berlin, 19 ve 20 Mayıs tarihlerinde „Hoşgeldün Berlin" adı altında Eğitim - Macera ve Kültür Festivali düzenliyor.

FEZ-Berlin'in, Young Voice TBB ile beraber düzenlediği bu Türk-Alman Gençlik ve Aile Festivali bu yıl da yine ünlü Türk kökenli komedyen Murat Topal'ın himayesinde, „Ben, sen, o - Biz Berlünüz! sloganıyla yapılacak.

Festival boyu canlı yaşama imkanı bulacağınız, farklı kültürlerden interaktif ve yaratıcı etkinlikler, spor ve tüm aileye yönelik eğlenceler ile ara verilmeden devam eden bir sahne programı sizleri bekliyor. Festival boyu Türk ve Alman sanatçılar göl kenarına kurulan sahnede program yapacaklar.

Festivale büyük destek veren komedyen Murat Topal yeteneğini konukların beğenisine sunacak. Popüler şarkılarıyla Zeynep ve Grubu, Anadolu'nun bağrından kopan dans ve melodileriyle Davul - Zurna ekibi, Beatboxing ile King EXXX, Rap sanatçısı MC ESGEE, Yekdane Kültür ve Sanat Topluluğu'nun Türk Halk Oyunları ekibinin gösterileri ve Bodyslang Kids ile Hip Hop Tanztheater'ın dans gösterileri, Kabare Pupala'nın küçük ziyaretçiler için hazırladığı kukla tiyatrosu da sizleri bekliyor.

Festival boyunca ziyaretçiler, değişik kültürlerden masal kahramanlarını eğlenceli hikayeler içinde görecek ve birebir interaktif yaşayacak. Pamuk Prenses, Kırmızı Başlıklı Kız, Keloğlan ve Nasrettin Hoca sizlere 19 ve 20 Mayıs'ta hoş geldiniz "Ho(sch)geldün Berlin" diyecek.

Proje koordinatörü Derya Sarıca sizleri festivale davet ederken Merhaba Dergisi aracılığıyla Berlinlilere şöyle sesleniyor: *„Amacımız birlikte yaşadığımız toplumlarla dostça beraber olmak, onlarla beraber oyunlar oynamak, beraber eğlenmek ve diğerlerinden yeni şeyler öğrenmek. FEZ bu festivali, Türk kültürünü tanımak isteyen ya da hali hazırda Türk kültürünü yakından tanıyanlar için düzenliyor. Ho[sch]geldün Berlün – Willkommen Berlin! Tüm Berlünlüler ve Berlünlü olmak isteyenler için Alman-Türk Gençlik ve Aile Festivali'ne tüm Berlinliler davetlidir."*

Festivalin adresi ve saatleri şöyle:
19 ve 20 Mayıs Cumartesi 13.00 - 19.00 ve Pazar 12.00 - 18.00 arası. Giriş ücretsiz.

Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg /
Berlin-Brandenburg Türk Veliler Birliği (TEVBB)